

Preußische Allgemeine



Nr. 34 · 26. August 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Wenn der Staat alles regelt

Die Bundesrepublik auf dem Weg in eine neue Form des Sozialismus
Seiten 3 und 8



Tote Oder Die Vergiftung der deutsch-polnischen Beziehungen Seite 5



Königin der Herzen Vor 25 Jahren verstarb Lady Diana Seite 10

FOTOS: SHUTTERSTOCK (M); IMAGO/CHRISTIAN THIEL, PA

VON RENÉ NEHRING

Nun also Kanada. Am Montag brachen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) zu einem dreitägigen Arbeitsbesuch in das nordamerikanische Land auf, um – laut Bundesregierung – „die bilaterale Zusammenarbeit im Klima- und Energiebereich mit den kanadischen Partnern (zu) vertiefen“. Konkret ging es unter anderem um die Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit in Sachen Biowasserstoff sowie um die Lieferung von Flüssiggas (LNG) von Kanada nach Deutschland.

Was mit schönen Worten wie „Energiepartnerschaft für die Zukunft“ beschrieben wurde, offenbart ein hohes Maß an Verzweiflung, das die Bundesregierung im Hinblick auf den Herbst erwarteten Energienotstand befallen hat. Wie groß muss die Not sein, wenn man buchstäblich an einem anderen Ende der Welt um Energielieferungen betteln muss?

Um so peinlicher, dass Kanadas Premierminister Justin Trudeau gleich zu Beginn eingestehen musste, kurzfristig kaum Gas abgeben zu können. Die zusätzliche Förderung und Lieferung von LNG erfordert den Aufbau einer komplexen Infrastruktur, die nicht nur Geld kostet, sondern vor allem Zeit erfordert. Noch gewagter ist die Aussicht auf Wasserstoff, da die damit verbundenen Projekte überwiegend noch im Planungszustand sind.

Die Probleme sind hausgemacht

Ein weiteres Problem ist die Erwartungshaltung der Bundesregierung. So scheiterte der Wirtschaftsminister bei seinem vorherigen Anlauf, die deutschen Gasengpässe durch Lieferungen aus Katar zu kompensieren, maßgeblich an seinem Beharren auf kurzlaufende Lieferverträge. Denn trotz der akuten Nöte und dem offensichtlichen Scheitern des bisherigen Weges will Berlin keineswegs vom Ziel der Energie-

wende abweichen. Ob die Kanadier weniger anspruchsvoll sind als die Kataris und sich mit kurze Vertragslaufzeiten zufriedengeben, wird man sehen.

Bei all dem darf man nicht vergessen: Weder der derzeitige Energiemangel noch die damit verbundenen horrenden Preise – am Montag dieser Woche berichteten Medien, dass eine Megawattstunde Gas im Großhandel inzwischen 282 Euro koste, während es vor einem Jahr noch 26 Euro (!) waren – müssten sein. Sie sind vielmehr Folge der deutschen Energiewende, die zum nahezu gleichzeitigen Ausstieg aus den bisherigen Hauptenergieträgern Atomkraft und Kohle führte und stattdessen auf den Ausbau von Wind und Solar setzte, obwohl diese gar nicht in der Lage sind, unser Land ganzjährig rund um die Uhr zu versorgen. Weshalb als „Brückentechnologie“ Gas ausgebaut wurde, was Deutschland wiederum direkt in eine größere Abhängigkeit von seinem Hauptgaslieferanten Russland führte.

Vor diesem Hintergrund muss die beim Ausbruch des Ukrainekriegs verhängte Sanktionspolitik gegen Russland hinterfragt werden. Auch wenn von deutschen Politikern und Medien viel darüber geklagt wird, dass der russische Präsident Putin uns das Gas abdrehen würde, bleibt es doch ein Fakt, dass Deutschland – mit seinen Verbündeten – als Antwort auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands gegen die Ukraine auf breiter Front einen

ENERGIE UND SICHERHEIT

Berlin ringt mit den Folgen seiner eigenen Politik

Auf der Suche nach Wegen aus der Energiekrise wirkt die Regierung zunehmend verzweifelt. Dabei ist die Lage die Konsequenz ihrer souveränen Entscheidungen

Wirtschaftskrieg gegen Moskau eröffnet hat, zu dessen Maßnahmen auch ein Verzicht auf die Inbetriebnahme der Erdgasleitung Nord Stream 2 gehört.

Letztere ist faktisch fertig und könnte nach dem Abschluss der bereits begonnenen Prüfung ans Netz gehen. Habeck und Scholz bräuchten also weder nach Katar noch nach Kanada zu fliegen, um dort um Energie zu betteln, sondern nur nach Rügen zu fahren, um die Pipeline in Betrieb zu nehmen. Bislang gilt das freilich als Tabu, als unsolidarischer Akt gegenüber dem Abwehrkampf der Ukrainer. Doch völlig zu Recht fragte dieser Tage der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki, was es der Ukraine nützt, wenn in Deutschland die Lichter ausgehen. Ganz im Gegenteil ist nur eine wirtschaftlich starke Bundesrepublik in der Lage, Hilfe zu leisten.

Eine Umkehr ist möglich

Natürlich würde von einem solchen Schritt auch Russland profitieren, andererseits stellt sich die Frage, was Deutschland mit seiner bisherigen Sanktionspolitik erreicht hat? Zumal Berlin diejenige Hilfe, die den Ukrainern in ihrem Abwehrkampf tatsächlich geholfen hätte, nämlich die Lieferung schwerer Waffen, bislang nur hinhaltend geleistet hat.

Die deutsche Politik sollte eingestehen, dass ihr Ansatz, durch Wirtschaftssanktionen auf den russischen Präsidenten Druck auszuüben und diesen zu einem

Friedensschluss zu bewegen, nicht erfolgreich war, andererseits durch die Explosion der Energiekosten unserem Land (und das heißt vor allem seinen Bürgern), massive Schäden entstanden sind.

Zu den Hebeln, über die Berlin zur Abwendung der Energiekrise verfügt, gehört auch die Verlängerung der Laufzeiten der letzten drei aktiven Atomkraftwerke (AKW). Gerade hier zeigt sich, dass die hiesigen Probleme keine Naturereignisse sind, sondern vielmehr die Konsequenz aus souveränen Entscheidungen deutscher Politik. Deutschland ist, obwohl es einst die produktivsten und sichersten AKW der Welt hatte, aus eigenem Entschluss aus der Kernkraft ausgestiegen. Und aus eigenem Entschluss hält es noch immer an diesem Ausstieg fest, obwohl überall um uns herum neue Kraftwerke entstehen.

Derzeit sieht es nicht so aus, als seien Scholz, Habeck & Co. zu einer Umkehr von ihrem kostspieligen Irrweg bereit. Deshalb droht Deutschland in wenigen Wochen tatsächlich ein Ausgehen der Lichter – mit kalten Temperaturen in den Häusern und um so erhitzteren Gemütern auf den Straßen und Plätzen der Republik. Sollte es so weit kommen, wäre dies nicht das Ergebnis der Politik finsterner Mächte oder irgendwelcher Extremisten, sondern die Folge der Entscheidungen einer Regierung, der das Festhalten an eigenen Weltbildern wichtiger war als die realpolitischen Interessen unseres Landes und seiner Bürger.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die CDU vor ihrem ersten Bundesparteitag in der Ära Merz Seite 4

Kultur

In ihrer Komödie „Freibad“ zeigt Doris Dörrie ein Haifischbecken voller Frauen Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Eine neue Initiative soll die vom Verfall bedrohte Burg Ragnit retten Seite 13

Lebensstil

Die Villa Eugenia in Hechingen vis-à-vis der Hohenzollernburg Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Preismanipulationen „Shrinkflation“, „Skimpflation“ und „Drip Pricing“ – so heißt es heute, wenn Preise fast unbemerkt vom Verbraucher ansteigen, ohne dass sich dieses in der offiziellen Inflationsrate niederschlägt

Die versteckte Inflation

Konsumententäuschung durch Schrumpfung – Geringere Warenmenge bei gleichbleibenden Preisen

VON WOLFGANG KAUFMANN

In den letzten zwölf Monaten kletterte die Inflationsrate in Deutschland von 3,8 auf 7,5 Prozent. So stark hat sich der Inhalt eines vom Statistischen Bundesamt definierten Produktwarenkorb verteuert. Allerdings widerspiegelt dieser Preisanstieg nur die offizielle, sichtbare Inflation, die jedem Verbraucher ins Auge sticht, wenn er nun beispielsweise drei Euro für ein Stück Butter bezahlen muss.

Dem gegenüber steht die versteckte und manchmal fast unsichtbare Inflation, welche die Konsumenten letztlich genauso belastet. Deren Hauptformen sind die Shrinkflation, die Skimpflation (siehe Artikel unten) und das Drip Pricing (siehe Artikel rechts). In allen diesen drei Fällen geht es gleichermaßen darum, dass die Kunden nun weniger für ihr Geld bekommen als bisher, wobei dies anders als im Falle des Auftauchens neuer Preisschilder aber eben nicht auf Anhieb erkennbar ist und auch die Statistiker vor Probleme stellt.

Dabei lässt sich die Shrinkflation – abgeleitet vom englischen Wort „Schrumpfen“ – aber zumindest noch teilweise nachweisen und erfassen. Sie entsteht dadurch, dass Hersteller die Warenpreise pro Gewichtseinheit oder Stück erhöhen, dies aber gegenüber den Verbrauchern zu kaschieren versuchen, indem sie den Artikel oder die Packung verkleinern beziehungsweise die Anzahl der Artikel in Großpackungen reduzieren. So wurden beispielsweise die Riegel von Toblerone durch größere Lücken zwischen den charakteristischen Schokoladenspitzen um 30 Gramm erleichtert.

Andere Firmen bringen dahingegen Schachteln mit Teebeuteln in Umlauf, die nur noch 80 statt 100 Stück enthalten – bei gleichem Preis, versteht sich. Eine typische Form der Shrinkflation ist zudem, wenn Klopapierrollen plötzlich weniger Blätter enthalten, aber genauso viel kosten wie vorher. Manche Unternehmen ersetzen ihre alten Packungen auch ganz demonstrativ durch halb so große Nachfolger, wobei der Preis indes nicht halbiert, sondern in deutlich geringerem Maße reduziert wird.

Angesichts dessen veranstalten Verbraucherschützer seit einiger Zeit Wett-

bewerbe wie die Suche nach der „Mogelpackung des Jahres“. Den ersten Preis gewann hier 2021 die Homann Feinkost GmbH in Bad Essen, die eine Design- und Namensänderung für ihre Paprika-Soße nutzte, um die Füllmenge von 500 auf 400 Milliliter zu verringern, wobei der Handel dann auch noch mehr Geld für das neue Produkt verlangte, sodass letztlich eine Preissteigerung von über 50 Prozent herauskam.

Auch bei Rama ist weniger drin

Laut Christoph-Martin Mai, dem Referatsleiter Verbraucherpreise beim Statistischen Bundesamt, fließen solche Dinge jedoch in die Berechnung der Inflationsrate ein. „Verringert ... ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleichbleibendem Preis, wird dies in der Preisstatistik wie eine Preiserhöhung behandelt“, beteuerte er.

Allerdings steht zu vermuten, dass derartige und andere Manipulationen

jetzt immer öfter untergehen, weil die Statistiker schlichtweg überfordert sind, wenn Tausende und Abertausende von Herstellern flächendeckend mit Packungsgrößen und Stückzahlen jonglieren. Zuletzt ist Rama im August unangenehm damit aufgefallen, dass neuerdings bei gleichem Preis in der gleichen Bechergroße statt 500 nur noch 400 Gramm Streichfett enthalten sind.

Auf jeden Fall reagieren Verbraucher sehr allergisch auf die Shrinkflation, denn eine langfristig tragfähige Produzent-Konsument-Beziehung basiert auch auf Vertrauen und Fairness. Daher empfinden die Kunden es als hinterhältig, wenn der Warenwert heimlich, still und leise geschmälert wird. Oder der Hersteller gar die Dreistigkeit besitzt, einen „neuen“ Artikel zu präsentieren, wobei die „Erneuerung“ aber lediglich darin besteht, dass die Verpackung weniger Inhalt aufweist. Schließlich wollen die Verbraucher korrekte Informationen erhalten, um fun-

dierte und rationale Kaufentscheidungen treffen zu können.

Dahingegen streben die Unternehmen danach, ihre Kunden zu halten, auch wenn höhere Einkaufspreise für Rohstoffe Preiserhöhungen unumgänglich erscheinen lassen. Und Marktpsychologen sind nun einmal zu der Erkenntnis gelangt, dass das „Schrumpfen“ der Ware letztlich immer noch weniger abschreckend wirkt als deren explizite Verteuerung.

Gleichzeitig versucht man aber, den Leuten die Shrinkflation doch irgendwie schmackhaft zu machen. Dabei kommen im Moment vor allem zwei Strategien zum Einsatz. Einerseits heißt es, die kleineren Packungsgrößen seien deutlich praktischer. So bezeichnete Homann sein 400-Milliliter-Soßenglas angesichts der demographischen Entwicklung, die zu mehr Single-Haushalten führe, als nachgerade „ideal“. Andererseits wird die angebliche Umweltfreundlichkeit der neuen Verpackungen gepriesen.

PREISAUFSCHLÄGE

Der Trick mit Tropfpreisen

Zu den drei Hauptformen der versteckten Inflation zählt das sogenannte Drip Pricing – also die Verwendung von „Tropfpreisen“. Hier wird dem Kunden zunächst nur ein attraktiver, weil niedriger Hauptpreis genannt, damit er sich für das Produkt entscheidet. Erst dann folgen diverse Informationen über zusätzlich anfallende Gebühren, Steuern und Ähnliches, ohne die der Konsument die Ware oder Dienstleistung nicht erhalten kann, wobei diese Angaben aber eben quasi „tropfenweise“ kommen.

Das Ganze basiert auf der Beobachtung, dass viele Verbraucher den Gesamtpreis inklusive aller Zuschläge und somit auch die Inflation unterschätzen, wenn sie den eingangs wahrgenommenen Basispreis als „Schnäppchen“ empfinden. Wie Marktforscher ermittelten, führen selbst Zusatzforderungen von mehr als zehn Prozent dann kaum noch zum Abbruch des Kaufvorganges vonseiten des Kunden.

Oftmals arbeiten Fluggesellschaften und Reiseanbieter mit Drip Pricing. So wird erst am Ende der Buchung eines Flugtickets erkennbar, dass die Verwendung von bestimmten Zahlungsmitteln zu Aufpreisen führt. Oder man platziert die Mitglieder einer Familie kreuz und quer in der Maschine, bis diese bereit sind, eine Sonderzahlung für das Zusammensitzen zu leisten.

Die „Tropfpreise“ von Reiseunternehmen wiederum verschweigen zunächst die Notwendigkeit der Entrichtung von kommunalen Tourismusabgaben oder obligatorischen Vor-Ort-Gebühren für die Nutzung von eigentlich ganz selbstverständlichen Serviceleistungen.

Das Drip Pricing verleitet Konsumenten dazu, weniger Preisvergleiche anzustellen, um sich auf diese Weise vor zu hohen Kosten infolge der Inflation zu schützen. Oder es erhöht zumindest den kognitiven und zeitlichen Aufwand für diejenigen, die es doch genauer wissen wollen, bevor sie eine Entscheidung treffen. Das wiederum führt zu Ärger, welcher sowohl gegen den Anbieter als auch gegen den Gesetzgeber gerichtet ist, der solche Praktiken zulässt. W.K.



Weniger Inhalt, gleicher Preis: Die Verbraucherzentrale Hamburg ließ Konsumenten über die fiesesten Mogelpackungen abstimmen. Diese versteckten Preissteigerungen fließen nicht in die Inflationsstatistik ein. Es handelt sich um eine sogenannte Shrinkflation

Dienstleistung

Willkommen in der Servicewüste

Knausern und Schludern beim Personal – Wenn der Verbraucher für schlechtere Bewirtung oder Beratung den vollen Preis zahlen soll

Im Oktober 2021 tauchte erstmals der neuartige Begriff Skimpflation auf – abgeleitet vom englischen Wort „skimp“ für „knausern“ oder „schludern“. Bei der Skimpflation sinkt die Qualität von Dienstleistungen, während der Preis aber gleich bleibt oder sogar noch steigt. Wie bei der Shrinkflation handelt es sich hier vor allem um eine Reaktion auf höhere Kosten, wobei diesmal die Service-Erbringer betroffen sind, so zum Beispiel durch steigende Löhne für ihre Mitarbeiter. Außerdem kann auch Arbeitskräftemangel die Ursache sein.

Zu den typischen Ausdrucksformen der Skimpflation gehören beispielsweise deutlich längere Wartezeiten beim Si-

cherheitscheck am Flughafen und die mittlerweile fünfmal höhere Wahrscheinlichkeit als noch vor einem Jahr, am Zieltort ohne Gepäck dazustehen, obwohl die Tickets keineswegs billiger verkauft werden. Dazu kommen eingeschränkte Öffnungszeiten für kulturelle und sonstige Einrichtungen aller Art trotz unveränderter Eintrittspreise sowie die reduzierte Auswahl an Speisen in Restaurants aufgrund personeller Einsparungen im Küchenbereich, ohne dass der Kunde davon in irgendeiner Weise mitprofitiert.

Darüber hinaus äußert sich die Skimpflation in einer geringeren Zahl von Beschäftigten in Unternehmen wie Callcentern oder Hotels. Das führt dann dazu,

dass Reinigungsleistungen seltener erbracht werden als bisher – bei gleichem Zimmerpreis. Oder der Kunde ewig in telefonischen Warteschleifen ausharren muss, obwohl er sich wegen der einstmals so guten Erreichbarkeit des Anbieters bewusst für einen nicht ganz so günstigen Vertrag entschieden hat.

Oftmals dient die Corona-Pandemie heute als Rechtfertigung für die Skimpflation. Die drastischen Abstriche beim Service werden als unvermeidbare Folge der staatlich verordneten Hygienemaßnahmen hingestellt – auch wenn diese gar nicht mehr notwendig sind.

Skimpflation ist ebenfalls eine Form der Geldentwertung, da der Verbraucher

Weniger Service sorgt auch für tiefgreifende Unzufriedenheit bis hin zur Staatsverdrossenheit, weil sich die Lebensqualität der Menschen spürbar verschlechtert

letztlich mehr ausgeben muss, wenn er den gleichen Service wie bisher erhalten will. Doch damit nicht genug: Sie sorgt auch für tiefgreifende Unzufriedenheit bis hin zur Staatsverdrossenheit, weil sich die Lebensqualität der Menschen spürbar verschlechtert. So machen Dienstleistungen im deutschen Warenkorb immerhin um die 53 Prozent aus.

Allerdings lässt sich diese Art der Inflation schlecht erfassen, wie das Statistische Bundesamt ganz offen eingesteht. Im Gegensatz zu verkleinerten Packungsgrößen bei gleichbleibendem Preis gebe es bei Serviceverschlechterungen kaum Möglichkeiten, diese rechnerisch zu berücksichtigen. W.K.

Irrsinniges Zutrauen

Obwohl der Staat längst Mühe hat, seine bestehenden Aufgaben zu erfüllen, wächst der Glaube an seine Allmacht und Problemlösungskompetenz. Über die Mentalität einer Gesellschaft, die längst auf dem Weg in eine neue Form des Sozialismus ist

VON REINHARD MOHR

„Denn wir leben im Dauerzustand der Katastrophe, und wenn wir uns auch vor der dunklen Wolke fürchten, die über uns hängt, so ist die Furcht doch auch mit einem heimlichen Vergnügen vermischt ... Die Geschwätzigkeit der westlichen Welt sorgt schon dafür, dass jede Untergangsmöglichkeit gehörig ausgemalt wird.“
Friedrich Sieburg, „Die Lust am Untergang“, 1954

Augenblick mal! Wurde uns nicht gerade noch von der Ampel-Regierung ein „klimaneutrales Deutschland“ versprochen, ohne Kohle, Gas, Öl und Atomkraft, nur mit angeblich „sauberen, regenerativen“ Energien wie Sonne und Wind, die auch noch einen neuen Wirtschaftsboom auslösen würden? Motto: Die ökologische Friedensmacht Deutschland zeigt der Welt, wie es geht?! Wenn nicht wir, wer dann?!

Jetzt aber spottet die halbe Welt über uns, während wir von Katar bis Kanada um Öl und Gas betteln, schmutzige Kohlekraftwerke wieder anwerfen, in aller Eile „LNG-Terminals“ zum Empfang von Flüssiggas aufbauen, eine „Gasumlage“ aufs Auge gedrückt bekommen, massive Strompreiserhöhungen ins Haus flattern und die übrige Inflation an der Zehn-Prozent-Marke kratzt.

„Entlastungspakete“ gegen den „Wut-Winter“

Plötzlich grassiert die Angst vor einem „Wut-Winter“, gar einem „Volksaufstand“ angesichts der galoppierenden Lebenshaltungskosten. AfD und Linkspartei drohen mit neuen „Montagsdemonstrationen“. So werden eilig immer neue „Entlastungspakete“ geschmürt, „Rettungsschirme“ aufgespannt und unermüdlich weitere Phrasen für das Regierungsamtliche Bemühen erfunden, möglichst alle negativen Entwicklungen „abzufedern“.

So weh es im Augenblick tut – der Preis ist ein unverzichtbares, realistisches Signal für Knappheit und Überfluss, Menge und Qualität, ein ökonomisches Fieberthermometer. Die Temperatur mit Gewalt herunterzudrücken, so wie es alle kommunistischen Regime mit staatlich festgesetzten Höchstpreisen getan haben, ist am Ende ruinös für die gesamte Wirtschaft. Das gilt übrigens auch an den Finanzmärkten, die die Europäische Zentralbank mit ihren horrenden Ankäufen von Staatsanleihen hoch verschuldeter Staaten wie Italien und Griechenland manipuliert hat. Die EZB war es auch, die die Inflationsrisiken stets kleinredete.

„You'll never walk alone!“ verspricht der Bundeskanzler nun, wie stets schlumpfig grinsend. Niemand soll mit den Problemen alleingelassen werden, sagt der Mann, der gerade selbst genug Probleme am Hals hat. Vom „Tankrabatt“ bis zum „9-Euro-Ticket“, von einer „Strompreisbremse“ bis zum „Gaspreisdeckel“ ist schier alles im Angebot. Öffentliche Gebäude werden nachts nicht mehr angestrahlt, drinnen sollen für die Heizperiode Maximaltemperaturen von 18 Grad gelten, der Warmbadetag im Hallenbad wird gestrichen, Leuchtreklame verboten. Die Älteren kennen das noch als „Verdunkelung“ vor alliierten Bombenangriffen.

Politische Vorgaben, soziale Kontrolle

Dazu kommen jede Menge Verhaltenstipps von höchster Stelle: Schneller duschen mit Robert Habeck, am besten unter drei Minuten, ist nur einer von vielen. Und: Bitte nur kaltes Wasser im Handwaschbecken! Die soziale Kontrolle – vom mittäglichen Rasensprengen in der Kleingartenanlage bis zum stromintensiven Heizstrahler in Nachbars Wohnung – wird immer dichter, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis allabendlich nach



Der Staat als Dukatenscheißer: So ähnlich wie bei dieser Skulptur in Goslar stellen sich viele Bürger die Organisation ihres Gemeinwesens vor. Viele Politiker bestärken sie gern in dem Glauben, alles regeln zu können

Foto: ullstein

„Tagesschau“ und „heute“-Nachrichten der Tagesspitz zum Energieeinsparen folgt – in selbigem Andenken an die Verkehrserziehungsserie der 60er und 70er Jahre: „Der siebte Sinn“. Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann empfiehlt jetzt schon die Wiederentdeckung des guten alten Waschlappens. Für die Hightech-Nation Deutschland, den langjährigen Exportweltmeister, sind diese Ratschläge aus dem Geist von „Kehrwoche“ und „schwäbischer Hausfrau“ ein peinliches Menetekel.

Gewiss, Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine mit all seinen Folgen konnte niemand voraussehen, aber wie unter einem Brennglas zeigt sich nun Zweierlei: Wie unvorbereitet, ja naiv, die deutsche Politik angesichts schwerer Krisen ist – und, paradox genug, wie groß zugleich die Staatsgläubigkeit ist, die schier grenzenlose Anspruchshaltung an die Politik, der am rechten und linken Rand im selben Atemzug oft pure Verachtung entgegenschlägt. Dazu gesellt sich eine medial angefachte Hysterie, als stünden wir vor einem Hungerwinter wie 1946/47.

Staatsgläubige Vollkaskomentalität

Unbestreitbar hat sich in den letzten Jahrzehnten – Spiegelbild der berüchtigten „German Angst“ – eine Vollkaskomentalität entwickelt, die allgemeine und von den Medien bestärkte Erwartung also, dass der Staat letztlich für alle Lebensrisiken aufkommen muss. So wird der alljährliche Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, einer mächtigen Lobbyorganisation, regelmäßig wie ein Apostelbrief des Paulus behandelt, der weithin unkritische Verbreitung findet. Dabei ist die interessengeleitete Botschaft immer die gleiche: Die Armut wächst, und die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Also muss immer noch mehr „Geld in die Hand genommen werden“, wie die wohlfeile Standardfloskel lautet.

Jenseits fragwürdiger statistischer Effekte – bei wachsendem Wohlstand erhöht sich eben auch die Schwelle, ab der man als „arm“ gilt – bleibt ein politisches Rätsel: Noch nie waren die Sozialausgaben so hoch wie 2022. Allein im Bundesetat sind dafür 161 Milliarden Euro vorgesehen, ein Drittel des gesamten Etats. Auch im Verhältnis zum Bruttosozial-

produkt machen die gesamten Aufwendungen von Bund, Ländern und Kommunen, von der Pflege übers Wohngeld bis zum Asylbewerberleistungsgesetz, mehr als dreißig Prozent aus, die höchste Sozialquote seit Bestehen der Bundesrepublik – 1,1 Billionen Euro.

Noch nicht enthalten sind darin milliardenschwere Pensionsrückstellungen für Beamte und versteckte Schuldentitel, von der riesigen Schuldenaufnahme im Rahmen der unzähligen EU- und Euro-Transferleistungen zu schweigen. Die Staatsquote, der öffentliche Anteil am Bruttosozialprodukt, bewegt sich inzwischen auf die 50 Prozent zu. Zum Vergleich: In der alles andere als bitterarmen Schweiz sind es weniger als 35 Prozent.

Wo der Staat überall versagt

Was schon während der Corona-Pandemie sichtbar wurde, offenbart sich nun noch deutlicher: Eine Mischung aus überbordender, ineffektiver Bürokratie, kleinteiliger Regelungswut mit voraussehbarer Chaosfaktor und einem sich plötzlich ziemlich autoritär gebärdendem Selbstbewusstsein, der Staat wisse am besten, was in der Krise zu tun sei.

Dabei zeigen die Fakten, dass gerade der Staat allzu oft versagt, wenn es um die strategische Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft geht, jedenfalls da, wo er sich mit seinen großspurigen Zukunftsplänen übernimmt, ob in der Bildungspolitik, bei Digitalisierung und Energiepolitik – Stichwort übereilter Atomausstieg, einseitige Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen –, den strukturellen Mängeln bei Bahn- und Flugverkehr (siehe das Dauerdesaster des Hauptstadtflughafens) oder bei der Katastrophenvorsorge, Beispiel Ahrtalflut.

Der flächendeckende Betrug mit falschen Coronatest-Abrechnungen hat exemplarisch ein Grundproblem der wachsenden Staatswirtschaft veranschaulicht: Je mehr Milliarden über Transferleistungen *de facto* unkontrolliert durch die Republik flottieren, je häufiger das Geld aus großen Töpfen gleichsam auf der Straße liegt, desto leichter fällt es kriminellen Banden – immer vorne dabei: arabischstämmige Clans –, einen großen Teil davon in die eigenen Taschen zu lenken. Hubertus Heils neues „Bürgergeld“ ab 2023 ist dann nur noch ein schönes Zubrot aus dem Staatssäckel.

Die Fakten zeigen, dass gerade der Staat allzu oft versagt, wenn es um die strategische Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft geht, ob in der Bildungspolitik, bei Digitalisierung und Energiepolitik, den strukturellen Mängeln bei Bahn- und Flugverkehr oder bei der Katastrophenvorsorge

So richtig es ist, dass der Staat im äußersten Notfall auch massiv eingreift wie in der Weltfinanz- und in der Coronakrise, so falsch ist es, daraus einen Dauerzustand zu machen und endgültig auf die schiefe Bahn eines halbgenutzten steuerfinanzierten Pseudosozialismus zu geraten, der die Illusion verbreitet, eine Art paternalistische Planwirtschaft 3.0 könne alle Probleme lösen.

Zuviel Geld für Untätigkeit

Denn es wird immer klarer, dass insgesamt zu viel Geld in Nichtarbeit investiert wird und zu wenig in Arbeit und Produktivität, zu viel in unproduktiven Konsum und zu wenig in die Dynamik zukünftiger Märkte. Händeringend werden Hunderttausende Auszubildende und Arbeitskräfte gesucht, während in ähnlicher Zahl gesunde, arbeitsfähige Menschen mit und ohne Migrationshintergrund dauerhaft Sozialleistungen beziehen – und das in einem gerade sehr attraktiven „Arbeitsnehmermarkt“ mit steigenden Löhnen.

Könnte es sein, dass die Anreize zur Arbeit derweil zu gering sind, die Idee von Eigenverantwortung, sozialem Aufstieg und Leistungswillen aber inzwischen zu schwach geworden ist in Zeiten von „Work-Life-Balance“, ziellosen Bachelor-Studiengängen und eines allzuständigen Sozialstaats? Inzwischen gilt ja schon als moralisch anrüchlich, dass Leute, die mehr verdienen und daher mehr Einkommenssteuer zahlen als Zeitgenossen, die gar keine Steuern zahlen, von einer entsprechenden Entlastung nominell auch mehr profitieren. Schleicht sich da womöglich der Gedanke ein, dass es eigentlich gar keine Einkommensunterschiede mehr geben sollte?

Auch die Debatte über eine „Übergewinnsteuer“ folgt der Auffassung, man könne die noch zu tolerierende Höhe von Gehältern und Profiten, am besten weltweit, von Staats wegen nach einheitlichen rationalen Kriterien festlegen. Müsste man dann nicht aber auch eine „Untergewinnsteuer“ einführen, die, je nach Branche und Umsatz, das Höchstmaß an Jahresverlusten eines Unternehmens definiert und bei Überschreitung das Minus mit Steuermitteln ausgleicht? Vielleicht in einem Jahr so, im andern so, organisiert von einer dreißigköpfigen Gewinnermittlungskommission in memoriam Patricia Schlesinger nach dem Vorbild des rbb-Verwaltungsrats?

Immer neue „Gerechtigkeitslücken“

Nein, man muss kein kaltherziger „Neoliberaler“ und kein zynischer „Marktradikaler“ sein, um dieses systematische Aushebeln der Markt-Preis-Mechanik für gefährlich zu halten, denn es zieht immer neue „Ausgleichsmaßnahmen“ im Namen angeblicher Gerechtigkeit nach sich. Doch schon die letzten Jahre haben gezeigt, dass „soziale Maßnahmen“ wie Mütterrente und Rente mit 63 immer neue „Gerechtigkeitslücken“ an anderer Stelle aufreißen, die im nächsten Durchgang wieder mühselig – und teuer – geschlossen werden müssen.

Charakteristisch für diese fatale Logik, die Regeln der Marktwirtschaft immer häufiger außer Kraft zu setzen, ist auch die populäre Forderung nach Verlängerung des 9-Euro-Tickets, das letztlich eine dreimonatige Geschenk- und Gratisaktion war, die nebenbei die zahlreichen Mängel der überforderten Bahn-Infrastruktur offenbart hat. Statt diese möglichst rasch zu beheben, folgen nicht wenige aus dem rotgrünen Milieu der Kinderlogik, es sei ja immer genug Geld da – wie der Strom, der aus der Steckdose kommt.

Doch wie die aktuelle Energiekrise zeigt, kann das ein fataler Irrtum sein.

● **Reinhard Mohr** schreibt unter anderem für „Die Welt“ und „Neue Zürcher Zeitung“. Zuletzt erschien „Deutschland zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung. Warum es keine Mitte mehr gibt“ (Europa Verlag 2021). www.europa-verlag.com

● MELDUNGEN

98-Jähriger vor Jugendgericht

Berlin – Die Berliner Justiz hat Anklage gegen einen 98-Jährigen erhoben, der Wachsoldat in einem Kriegsgefangenenlager gewesen sein soll. Der Beschuldigte soll von November 1942 bis März 1943 als Wehrmachtssoldat in einem sogenannten Stammlager auf dem Gebiet der heutigen Westukraine eingesetzt gewesen sein, in dem sowjetische Soldaten unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten worden sein sollen. Viele Gefangene verhungerten oder starben an Krankheiten. Dem ehemaligen Soldaten wird Beihilfe zum Mord vorgeworfen. Die Anklage soll vor einer Jugendkammer des Berliner Landgerichts erhoben werden, weil der Beschuldigte zum Tatzeitpunkt Heranwachsender war. Das Gericht ließ die Anklage vom Mai bislang aber vorerst nicht zu, sondern gab bei der Staatsanwaltschaft Nachermittlungen in Auftrag. N.H.

Windräder belasten die See

Hamburg – Sich langsam selbst auflösende sogenannte galvanische Opferanoden, welche verhindern sollen, dass die Stahlkonstruktionen für die 1500 Windenergieanlagen sowie 30 Umspann- und Konverterplattformen vor den deutschen Küsten korrodieren, führen zu auffälligen Schadstoffkonzentrationen im Wasser und auf dem Meeresboden. Das gaben das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg beziehungsweise Rostock und das Helmholtz-Zentrum Hereon in Geesthacht jetzt in einer gemeinsamen Presseerklärung bekannt. Insbesondere fanden die Experten dieser beiden Institutionen erhöhte Mengen an Blei, Aluminium, Zink, Indium und Gallium. Bislang kam es angeblich noch zu keinen unmittelbaren Auswirkungen auf die Meeresumwelt, obwohl pro Jahr und Anlage zwischen 150 und 750 Kilogramm Anodenmaterial ins Wasser gelangen. Trotzdem sollen die Windpark-Betreiber nun auf Fremdstrom-Anoden umsteigen, die deutlich weniger Schadstoffe abgeben. W.K.

Holzdiebstahl in den Wäldern

Berlin – Laut der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, AGDW – Die Waldeigentümer, wird jetzt zunehmend Nutzholz gestohlen, wobei es sich oftmals um Brennholz handelt, dessen Preis binnen Jahresfrist auf das Dreifache gestiegen ist – sofern die Händler überhaupt noch etwas liefern können. Die Forstleute rechnen deshalb mit einem Verlust in Höhe von 0,5 bis zwei Prozent des Jahreseinschlags, womit der Schaden bundesweit etliche Millionen Euro ausmachen dürfte. Wie der Sprecher der AGDW, Jürgen Gaulke, mitteilte, nimmt die Zahl der Fälle zu, in denen größere Mengen Holz verschwinden, weil die Täter gleich mit Kränen und Spezialfahrzeugen anrücken, um ganze Stämme aufzuladen. Deshalb steht zu vermuten, dass auch professionelle Banden auf Diebestour gehen und nicht nur Menschen, welche aus Angst vor einem kalten Winter mit Heizungsausfällen zur Selbsthilfe schreiten. W.K.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION

Abschied von der Merkel-Partei?

Noch kein konservativer Aufbruch in Sicht – Wie sich die CDU auf ihren baldigen Parteitag vorbereitet



Wie führungsstark ist Friedrich Merz? Der CDU-Parteitag in Hannover wird im September vielleicht eine Antwort darauf geben

VON ANSGAR LANGE

Zwei Fragen können zurzeit selbst eingefleischte Unions-Anhänger nur schwer beantworten: Wofür steht die CDU? Und was unterscheidet sie von ihren politischen Gegnern? Eines ist offensichtlich: Angela Merkel spielt keine große Rolle mehr für das Selbstverständnis der CDU. Aber im Apparat der Partei arbeiten noch viele überzeugte Merkelianer.

Dem aktuellen Parteivorsitzenden Friedrich Merz ist es noch nicht gelungen, den Markenkern der Partei neu zu definieren. Auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik gelingt es ihm am ehesten, die schwächelnde Bundesregierung vor sich herzutreiben. Der rhetorisch versierte Sauerländer vermag im Bundestag als scharfzüngiger Debattenredner zu überzeugen. Das unterscheidet ihn wohlwollend von der bleiernen Merkel-Zeit. Doch bei innenpolitischen Themen prä-

gen weder Merz noch die von ihm geführte Fraktion noch die Partei bisher das Meinungsklima.

Merz war der Hoffnungsträger der Konservativen. Diese hat er schwer enttäuscht, weil er sich für ihr Verständnis zu sehr um ein zeitgeistiges Image bemüht. Sein Umschwenken bei der Frauenquote hat viele irritiert. Die Stammwählerschaft fremdelt erkennbar mit Merz. Dieses neue Auftreten ist natürlich auch Sachzwängen geschuldet. Tanzt der neue Parteivorsitzende beim Thema Gendern aus der Reihe und wendet er sich gegen die Cancel-Kultur, dann bedienen die Medien recht schnell wieder das alte Feindbild vom „Sauerland-Trumpf“.

Die CDU müsste angesichts der Erinnerungslücken und kommunikativen Unfähigkeit des Bundeskanzlers, der sozialen Kälte und des ideologischen Furors der Grünen sowie der Orientierungslosigkeit der FDP jetzt mit Köpfen und Themen punkten. Am 9. und 10. September

tagt der 35. Parteitag der CDU in Hannover. Doch dieser Parteitag widmet sich vor allem organisatorischen Fragen und strukturellen Veränderungen der Parteiarbeit. Auch die Wahl einer stellvertretenden Generalsekretärin steht an. Die Bürger, die mit bangem Blick einem Mangel-Winter entgegensehen, dürfte dies alles ziemlich kalt lassen. Das neue Grundsatzzprogramm soll dann erst zur Europawahl im Jahr 2024 verabschiedet werden.

„Bürgerliche“ Grundwertecharta

Die Programm- und Grundsatzzkommission arbeitet unter der Leitung des Bundestagsabgeordneten Carsten Linne-mann. Außerdem haben zehn Fachkommissionen ihre Arbeit aufgenommen. Bisher liegt eine Grundwertecharta vor. Diese enthält die übliche Lyrik. Die CDU sei die „Volkspartei der Mitte“ und fragwürdige Sentenzen wie „Die CDU versteht sich als die Kraft, die Menschen wertschätzt und für das Morgen begeistert“.

Man sei sozial, liberal und konservativ – „und im besten Sinne bürgerlich“.

Das Bürgerliche der CDU zeige sich vor allem darin, dass man für „eine offene Gesellschaft“ eintrete. Hier möchte man sich offenkundig von einer anderen, alternativen Partei abgrenzen, der man das „Bürgerliche“ abspricht.

Mit Stolz verweist die Grundwertecharta darauf, dass bislang vier Bundeskanzler und eine Bundeskanzlerin aus den Reihen der CDU das Land maßgeblich geprägt hätten. Die Verdienste beginnen beim Grundgesetz, nennen Soziale Marktwirtschaft, Westbindung und europäische Einigung und hören bei der deutschen Einheit – also bei Kohl – auf. Mit der „ewigen“ Kanzlerin Angela Merkel werden also keine Verdienste verbunden. Unausgesprochen schwingt hier vielleicht die Erkenntnis mit, dass Merkel – Stichwort Energiewende – für einige Probleme der aktuellen Zeit einen Großteil der Verantwortung trägt.

Diejenigen, die mit Merz und Linne-mann einen konservativen oder wirtschaftsliberalen Aufbruch erhofft hatten, dürften von der Lektüre der Grundwertecharta wohl eher enttäuscht sein.

Der Antrag des Bundesvorstandes an den 35. Parteitag der CDU Deutschlands widmet sich ebenfalls vor allem organisatorischen Fragen. Die Union soll die digitalste Partei Deutschlands werden. Hierzu soll dann auf der Ebene der Kreisverbände das Amt des Digitalbeauftragten im Vorstand verankert werden. Ob personell immer stärker „aufgeblähte“ Vorstände wirklich schlagkräftiger werden, wird man sehen.

Recht seltsam wirkt die Formulierung: „Es ist die originäre Aufgabe eines jeden Mitglieds in der CDU, aktiv Frauen zu werben.“ Jeder Kreisvorsitzende hat demnach sogar eine Berichtspflicht über die Entwicklung des Frauenanteils und die Maßnahmen zur Frauenförderung im jeweiligen Verband.

Ob der CDU als „Volkspartei der Zukunft“ so der Weg der eigenen Erneuerung gelingt? Zweifel bleiben. Zudem müsste es besser als bisher gelingen, neben Merz weitere markante Köpfe samt Themen zu präsentieren. Angesichts der Affinität der Medien zu den Grünen wird dies sehr schwer werden.

ERDÖLVERARBEITUNG IN SCHWEDT

Alternativen für russisches Öl verzweifelt gesucht

Viel Aktionismus, aber keine Fortschritte – Kampf um Versorgung der PCK-Raffinerie in der Uckermark

In knapp vier Monaten soll Deutschland nach dem Willen der Bundesregierung vollständig auf Ölimporte aus Russland verzichten. Bereits im Mai hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) eine sogenannte Taskforce gebildet, die klären soll, wie der Betrieb der PCK-Raffinerie in Schwedt nach dem Jahreswechsel aufrechterhalten werden kann. Die Raffinerie in der Uckermark wird bislang über die Druschba-Pipeline fast vollständig mit russischem Öl versorgt.

Brandenburgs Ministerin der Finanzen und Europa, Katrin Lange, hat nun allerdings im Interview mit den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ (PNN) starke Zweifel vorgebracht, ob bis Dezember noch ein gleichwertiger Ersatz für die russischen Öllieferungen gefunden wird. Zugleich stellte die SPD-Ministerin auch die Wirksamkeit der Sanktionen in Frage: „Sanktionen hatten immer das politische

Ziel, eine Änderung der russischen Haltung zu erreichen“, so Lange, „und davon ist ja überhaupt nichts zu sehen – übrigens seit 2014 nicht.“ Bereits Anfang August hatte Lange im Deutschlandfunk mit Blick auf den deutschen Ausstieg aus russischem Pipeline-Öl gemahnt: „Wir sind nicht verpflichtet, uns selbst zu schaden.“

„Schwedt muss am Netz bleiben“

In der rot-schwarz-grünen Koalition lösten die Äußerungen Langes sehr verschiedene Reaktionen aus. Brandenburgs CDU-Fraktionschef Jan Redmann erinnerte daran, dass die Ministerin als Vertreterin Brandenburgs selbst Teil von Habecks Taskforce sei und deshalb auch in der Verantwortung stehe, Lösungen für Schwedt zu entwickeln. Langes Äußerungen wertete der CDU-Fraktionschef als Beleg, „dass es offensichtlich keine Fortschritte gibt“. Sollte das so bleiben, müsse

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) von seinem einseitig erklärten Embargo für russisches Pipeline-Öl abrücken: „Schwedt muss am Netz bleiben“, so Redmann.

Scharfe Kritik an Langes Aussagen kommt dagegen von den ebenfalls in Potsdam mitregierenden Grünen: Deren Fraktionschef im Landtag, Benjamin Raschke, appellierte: „Die Ukraine verdient unsere Solidarität, das gilt für uns alle.“ Aus Sicht des Grünen braucht es in diesem Konflikt „Standvermögen und keinen kurzfristigen Aktionismus“.

Problem: „Es gab keinen Plan B“

Mit dem Scheitern der bisherigen Bemühungen, Ersatz für das russische Pipeline-Öl zu finden, scheint sich jedoch der Entschluss der Bundesregierung, auf eine Sonderregelung zu verzichten, immer mehr als ein kurzfristiger Aktionismus herauszustellen. Im Streit um ein Öl-Em-

bargo hatten sich die EU-Staaten im Mai auf Druck Ungarns auf einen Kompromiss geeinigt. Dieser sieht einen Verzicht auf russische Öl-Lieferungen über den Seeweg vor. Ölimporte per Pipeline, wie etwa im Fall von Schwedt, sind dagegen weiter möglich.

Neben Ungarn haben auch die Slowakei und Tschechien erklärt, diese Möglichkeit nutzen zu wollen. Die Bundesregierung teilte dagegen ihren Verzicht auf die Ausnahmeregelung mit. Nach dem Willen der Ampelkoalition sollen zum Jahresende die russischen Öllieferungen nach Deutschland ganz beendet werden.

Brandenburgs Finanz- und Europaministerin Lange bezeichnete diese Entscheidung in ihrem „PNN“-Interview nun als einen „deutschen Alleingang, der ohne irgendeine Folgenabschätzung beschlossen wurde. Es gab keinen Plan B. Und das ist jetzt das Problem“. Hermann Müller

UMWELT

Tote Fische – Vergiftete Beziehungen

Umweltkatastrophe in der Oder weckt Zweifel an der oft gelobten Zusammenarbeit mit Polen

VON NORMAN HANERT

Anglern im Grenzgebiet von Nieder- und Oberschlesien waren bereits Ende Juli tote und halbtote Fische in der Oder im Flussabschnitt zwischen dem Dorf Linden [Lipki] und Ohlau [Olawa] aufgefallen. Den deutschen Behörden wurde das massenhafte Fischsterben allerdings erst am 9. August bekannt, als ein Schiffskapitän in Brandenburg verdete Tiere sichtete. Eine offizielle Mitteilung polnischer Behörden trudelte erst am 11. August ein. Die polnische Feuerwehr hat nach eigenen Angaben mittlerweile bislang fast 160 Tonnen toter Fische aus der Oder geborgen. Das Bundesumweltministerium schätzt die Menge der auf der westlichen Oderseite aufgefundenen Fischkadaver bislang auf etwa 36 Tonnen.

Das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei in Berlin geht unterdessen von toxischen Algen als unmittelbarer Ursache für das Sterben aus. Demzufolge haben Analysen hohe Konzentrationen an Giften einer Brackwasser-Algenart im Oderwasser bestätigt. Allerdings vermuten die Forscher keine natürliche Ursache der Algenplage. Die unter Verdacht stehende Goldalge kommt nämlich „auf den betroffenen Oder-Abschnitten unter natürlichen Bedingungen nicht massenhaft vor“, so das Institut.

Suche nach den Schuldigen

Üblicherweise vermehren sich Goldalgen in Gewässern, in denen sich salziges Meerwasser mit Süßwasser mischt. Als Anlass für die hohe Salzkonzentration in der Oder wird mittlerweile eine Einleitung durch ein polnisches Unternehmen vermutet. Die Liste möglicher Verursacher, die bereits von polnischen Medien genannt wurden, ist bemerkenswert lang: Am 3. August hatten polnische Umweltbehörden zunächst erklärt, von der Industrie freigesetztes hochgiftiges Mesitylen sei die Ursache des Sterbens. Dies stellte sich kurz darauf als falsch heraus.

Auch der Bergbaukonzern KGHM wird immer wieder als möglicher Verursacher genannt. Wie die „Gazeta Wyborcza“ berichtet, sollen aus einem Werk von KGHM im niederschlesischen Glogau zwischen dem 29. Juli und dem 10. August



Tonnenweise geborgen: Märkischer Fischer holt Fischkadaver aus der Oder bei Schwedt

Foto: imago/Christian Thiel

2022 große Mengen an Salzwasser in die Oder geflossen sein. Laut dem Bericht waren die Einleitungen an sich legal. Der derzeitige niedrige Wasserstand der Oder könnte allerdings dafür gesorgt haben, dass der Fluss die Salzeinleitung nicht verkraftet hat. Allerdings hat dieser Erklärungsversuch einen Haken: Glogau liegt stromabwärts, nördlich von Breslau und Opatowitz. Die Salzwassereinleitung durch den Bergbaubetrieb kann damit nicht das Fischsterben erklären, dass bei Ohlau, also weiter südlich, beobachtet wurde. Auch eine Papierfabrik in Ohlau, 30 Kilometer südöstlich von Breslau, ist in Verdacht geraten. Das Unternehmen reagierte auf die Vorwürfe ebenfalls mit dem Hinweis, es seien auch flussaufwärts, beim Gleiwitzer Kanal, tote Fische gefunden worden.

Das polnische Portal „Onet“ berichtet wiederum, dass Ende Juli das Umweltamt in Kattowitz bereits Ermittlungen gegen das Rüstungsunternehmen Labedy in

Gleiwitz eingeleitet haben soll. Dabei soll es um den Verdacht gegangen sein, den Gleiwitzer Kanal verschmutzt zu haben. Angeblich wurden polnische Umweltbehörden schon im März aktiv, als erste tote Fische aus dem Kanal gefischt wurden.

Obendrein teilte Brandenburgs Umweltministerium am 20. August mit, bei Proben, die an der Messstelle Frankfurt (Oder) in der Zeit vom 7. bis 9. August entnommen wurden, seien hohe Konzentrationen eines Pestizids festgestellt worden. Nach Angaben des Ministeriums in Potsdam ist allerdings davon auszugehen, dass die nachgewiesene Dosis nicht unmittelbar tödlich für Fische gewesen ist.

Warschau hält an Ausbau fest

Polens Umweltministerin Anna Moskwa reagierte dennoch am selben Tag mit dem Vorwurf, in Deutschland würden Falschmeldungen verbreitet. Auf Twitter schrieb die Ministerin: „Achtung, eine weitere Fa-

ke News wird in Deutschland verbreitet!!! Pestizide und Herbizide. In Polen wurde der Stoff getestet und unterhalb der Bestimmungsgrenze nachgewiesen, d. h. ohne Auswirkungen auf Fische oder andere Tiere, und ohne Verbindung zum Fischsterben.“

Trotz des Umwelt-Desasters in der Oder will Polens Regierung offenbar am umstrittenen Ausbau des Flusses für die Schifffahrt festhalten. Polens Vize-Außenminister Szymon Szykowski vel Sek führte gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (RND) zur Begründung für die Pläne neben den bisher genannten ökonomischen nun auch strategische Gründe an. Transportwege seien in heutigen Zeiten ein sehr wichtiger Aspekt der Sicherheit, so der Außenminister. Brandenburgs Landesregierung sieht in den polnischen Ausbauplänen insbesondere für den Nationalpark unteres Oder-tal eine Gefahr.

PATRONAGE-VERDACHT

Bürgermeister von Berlin-Mitte droht Abwahl

Grünen-Politiker Stephan von Dassel soll einen „alten Bekannten“ unzulässig protegieren haben

Mit einem hauchdünnen Vorsprung hatte eine INSA-Umfrage die Berliner Grünen mit 21 Prozent im Juli noch vor der SPD und den Christdemokraten (jeweils 20 Prozent) gesehen. Vorwürfe gegen den Grünen-Politiker Stephan von Dassel könnten nun allerdings die Zustimmungswerte für die Partei wieder sinken lassen. Der grüne Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, durch das Anbieten einer privaten Geldzahlung versucht zu haben, nach einem Stellenbesetzungsverfahren im Bezirksamt einen unterlegenen Stellenbewerber persönlich abzufinden.

Wie die „Berliner Zeitung“ berichtet, hat die Position Leitung Steuerungsdienst „ein alter Bekannter Dassels“ bekommen, „der ihn schon beim Grünen-Wahlkampf unterstützt hat und außerdem eine hohe Position bei den Grünen innehat“.

Der abgelehnte Bewerber, ein Verwaltungsbeamter in einer großen Berliner Einrichtung, sah sich allerdings mit mehr Berufserfahrung und auch formal besser qualifiziert. Üblicherweise werden strittige Stellenbesetzungen von den Juristen im Bezirksamt betreut. Am Ende landen solche Fälle oftmals vor dem Verwaltungsgericht.

Von Dassel soll laut Berichten der „Berliner Morgenpost“ und des „Tagespiegel“ stattdessen dem abgelehnten Bewerber drei Monatsgehälter als Ausgleich angeboten haben. Laut dem unterlegenen Bewerber hat zunächst ein persönliches Gespräch mit dem Bezirksbürgermeister stattgefunden. Zwei Tage später soll von Dassel eine SMS geschickt haben, in der er fragte, ob man sich auch mit einer „privatrechtlichen Vereinbarung“ zu gleichen Konditionen einigen könne. Als Begründung soll er laut dem Bewerber angeführt

haben, dass sich der Ausgleich wohl nicht über den Bezirkshaushalt abrechnen lasse. Von Dassel bestreitet, dem Kandidaten Geld angeboten zu haben. Er habe nur geprüft, ob die Klage durch eine Geldzahlung über das Bezirksamt abzuwenden sei, so der Grüne.

Am 8. September wird es ernst

Diese Argumentation kann tatsächlich sogar als Bestätigung der Vorwürfe gesehen werden. Bei einem korrekten Verlauf der Stellenvergabe bräuchte das Bezirksamt einen Prozess vor dem Verwaltungsgericht eigentlich nicht zu scheuen. Zudem diskutieren Bezirkspolitiker und Medien nun den Verdacht, dass von Dassel zur Abfindungszahlung Steuergelder verwenden wollte, um einen Prozess zu vermeiden und letztendlich auch den Parteifreund auf dem Posten halten zu können. Mittlerweile hat Stephan von Dassel ein

Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt. Als Dienstaufsicht über die Bezirke ist die Regierende Bürgermeisterin von Berlin, Franziska Giffey (SPD), selbst zuständig. Giffey bezeichnete die Einleitung eines Disziplinarverfahrens als „zwingend“: „Weil aufgrund der Unterlagen, die Herr von Dassel uns eingereicht hat, nicht ausgeschlossen werden kann, dass er als Beamter des Landes Berlin gegen seine Dienstpflichten verstoßen hat.“

Ganz offen abgerückt ist mittlerweile die Grünen-Fraktion im Bezirksparlament, die wie SPD, Linkspartei, CDU und FDP den Rücktritt von Dassels fordert. Von Dassel selbst lehnt allerdings bislang einen Rücktritt ab. Bleibt er dabei, droht ihm bei einer Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 8. September die Abwahl. Bei den Grünen hat auch bereits die Suche nach einem Nachfolger begonnen. Hermann Müller

KOLUMNE

Busspur als Hindernis

VON THEO MAASS

Am 4. August kam es zu mehreren Explosionen auf dem Sprengplatz in Berlin-Grünwald und daraus resultierend zu mehrtägigen Waldbränden. Die AVUS – die Verbindungsautobahn vom Autobahn-Außenring zum Stadtring, wurde gesperrt. Der Verkehr, insbesondere der mit Lastwagen, musste im Bezirk Zehlendorf über die beiden parallelen Hauptverkehrsstraßen fahren und stand – mit den anderen Verkehrsteilnehmern – im Stau.

Dummerweise hatte der Bezirk Steglitz-Zehlendorf unter der Führung der neuen grünen Bezirksbürgermeisterin gerade damit begonnen, auf der Clayallee eine Busspur einzurichten. Jahrzehntlang hatte dort jedoch noch nie ein Bus im Stau gestanden. Die Busspur dient offenbar lediglich dazu, den Anwohnern die Parkplätze zu rauben. Hier zeigt sich, wie mit Tricks und Täuschung nur mehr wieder gegen den Individualverkehr vorgegangen wird.

Infolge der AVUS-Sperrung quälten sich Lkw und der „normale“ Verkehr über eine einzige Verkehrsspur, während alle 15 Minuten ein Bus der BVG sich auf der Busspur seinen Weg bahnte. Die von den Grünen immer gern für alles Mögliche als Begründung herangezogene Umweltbelastung muss in dieser Woche dort exorbitant hoch gewesen sein. Durch dieses praktische Beispiel wird die Nützlichkeit und das Erfordernis einer Stadtautobahn unter Beweis gestellt. Aber ohne die neuen Busspuren auf der Clayallee wäre die Not weniger groß gewesen. Zyniker haben einmal behauptet, die Grünen versuchten Probleme zu lösen, die es ohne sie gar nicht gäbe. Die betroffenen Anwohner der Clayallee wohnen im bevorzugten Ortsteil Dahlem, wo die Grünen und die FDP gleichermaßen weit überdurchschnittlich abschneiden. Vielleicht führt die einwöchige AVUS-Sperrung in diesen Wohnquartieren ja zu einem politischen Lerngewinn.

MELDUNG

Gasumlage: „Maß ist voll!“

Magdeburg – Die Handwerkskammer Halle warnt angesichts der ab Herbst fälligen Gasumlage, dass das Maß an finanziellen Belastungen für die mittelständische Wirtschaft überschritten sei. Laut Hauptgeschäftsführer Dirk Neumann wird die Gasumlage bei einem durchschnittlichen Handwerksbetrieb im Kammerbezirk Halle zu jährlichen Mehrkosten von 2500 bis 3000 Euro führen. In den energieintensiven Gewerken wie Bäckereien und Metallbau ist nach Angaben des Handwerkschefs sogar noch mit einer deutlich höheren Belastung durch die Umlage zu rechnen. Neumann warnt, die Betriebe müssten die Kosten an die Verbraucher weitergeben und bangen um ihre Existenz. Mit der ab Oktober fälligen staatlichen Gasumlage von 2,419 Cent je Kilowattstunde sollen nach dem Willen der Bundesregierung die gestiegenen Beschaffungskosten von den Gasimporteuren an die Kunden weitergegeben werden. N.H.

● MELDUNGEN

Geld für Impfpfopfer

Tokio – Im japanischen Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales wurde eine Abteilung eingerichtet, welche sich speziell mit Corona-Impfschäden befasst und bereits 3680 Anträge auf Entschädigungen aufgrund von Sterbefällen nach der Impfung erhielt. In 850 Fällen erkannte die Behörde inzwischen verbindlich an, dass die Vakziningaben zum Tode geführt haben, wobei es nach japanischem Recht vollkommen ausreicht, wenn ein „wahrscheinlicher kausaler“ Zusammenhang besteht. Und nun floss erstmals auch Geld an die Hinterbliebenen eines Impfpfopfers. Dabei handelt es sich um eine Frau im Alter von immerhin schon 91 Jahren, die nach der „Immunsierung“ gegen COVID-19 „plötzlich und unerwartet“ an einem Herzinfarkt und parallelen allergischen Reaktionen starb. In Japan können die Angehörigen von Impftoten umgerechnet bis zu 330.000 Euro erhalten – und genau diese Summe hat der japanische Staat jetzt an die Trauernden überwiesen. W.K.

Tierfutter statt Weizen

Kiew – Wie anhand der Internetseite des Koordinationszentrums der Vereinten Nationen zur Sicherung des Exports von Lebensmitteln aus der Ukraine ersichtlich ist, lief seit der Einigung über die Durchführung der Transporte durch das Schwarze Meer kein einziges Schiff mit Weizen in Richtung der afrikanischen Staaten mit hungernder Bevölkerung aus. Zwar wurden ab dem 1. August auf 16 Frachtern 450.000 Tonnen landwirtschaftlicher Produkte aus der Ukraine ausgeführt, jedoch handelte es sich dabei zumeist um Mais, der als Tierfutter in den Iran und die Türkei sowie nach Südkorea, Irland und Großbritannien ging – laut Auflistung der UN betrug das Liefervolumen hier 380.000 Tonnen Mais. Dazu kamen 60.000 Tonnen Sonnenblumenmehl oder -öl und 11.000 Tonnen Sojabohnen. Weizen im Umfang von 3000 Tonnen hatte dahingegen nur der Frachter „Sormovskiy 121“ an Bord, der am 15. August in den türkischen Hafen Tekirdağ am Marmarameer einlief. W.K.

Visaverbot trifft Opposition

St. Petersburg – Der St. Petersburger Journalist Maxim Kirejew berichtet für den MDR über die Sorge russischer Oppositioneller bezüglich eines generellen Visaverbots für den Schengen-Raum. Die EU würde damit Oppositionellen in Russland die Möglichkeit einer schnellen Flucht nehmen. Wer sich künftig gegen Putins Regime stelle, werde für viele Jahre im Gefängnis verschwinden. Kritik übte neben anderen Putin-Gegnern auch Leonid Wolkow, der Stabschef von Alexej Nawalnyj. EU-Reisen als Privileg zu bezeichnen, hält er für verwirrend und entgegen dem Verständnis von internationalem Recht laufend. Seit Beginn des Ukrainekriegs haben tausende Russen das Land aus Furcht vor politischer Verfolgung verlassen, darunter Journalisten und politische Aktivistinnen, IT-Spezialisten, aber auch Künstler und einfache Bürger. MRK

RUSSLAND

Soldaten-Familien begehren auf

Putin zunehmend unter Druck – Unmut über den Ukrainekrieg selbst bei Eliten und Kriegsbefürwortern

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Der Mordanschlag auf Darja Dugina, einer eifrigen Befürworterin des Ukrainekriegs und Tochter von Putins rechtsnationalen Ideengeber Alexander Dugin, hat blankes Entsetzen bei Putins Kriegspropagandisten ausgelöst. Die Explosion eines Sprengsatzes am Auto der 29-Jährigen am Rande Moskaus löst viele Spekulationen aus und zerstört – ebenso wie die jüngsten Explosionen auf der Halbinsel Krim, einem beliebten Urlaubsort der Russen – die Illusion, dass der Krieg weit entfernt sei. Der Anschlag wirft zudem ein negatives Licht auf die Moskauer Sicherheitsbehörden. Er könnte bereits bestehende Spannungen in der Gesellschaft verschärfen.

Zunehmend gerät Präsident Wladimir Putin unter Druck: Seine „militärische Spezialoperation“ in der Ukraine hat nicht den gewünschten Erfolg, die Wirtschaftssanktionen zeigen Wirkung und der Unmut der Eliten wächst ebenso wie die Kritik der vom Krieg unmittelbar betroffenen Bevölkerungsteile.

In den vergangenen Monaten haben 1200 Unternehmen Russland verlassen. Der Wirtschaftswissenschaftler Andrej Jakowlew glaubt, dass die Stimmung in der russischen Elite angespannt sei, weil es

dort keine Gewinner mehr gebe. „Mit Putin an der Spitze ist es sinnlos, auf Veränderungen zu hoffen“, so der Experte. Die Sanktionen des Westens hält er jedoch für kontraproduktiv: „Man scharft sich hinter dem Führer, weil man die Angriffe als unfair wahrnimmt.“

Eine Umfrage der amerikanischen Denkfabrik „Center for European Policy Analysis (CEPA)“ kommt im Gegensatz zum Levada-Zentrum, demzufolge die Mehrheit der Russen Putins „Militärische Spezialoperation“ in der Ukraine unterstützt, zu dem Ergebnis, dass man den realen Grad der Unterstützung nicht benennen könne, da die Befragten aus Angst nicht offen mit Soziologen über dieses Thema sprechen wollten. Der Soziologe Erik Schirjajew sagt, dass selbst die Position der Kriegsbefürworter nicht eindeutig sei. Vielen gefalle die Militäroperation nicht, dennoch rechtfertigten sie sie. Angeheizt durch die öffentliche Propaganda fänden die Menschen ihre eigenen Argumente pro Putin. Zu den Kriegsbefürwortern zählen laut Schirjajew vor allem ältere Männer, während Frauen und junge Menschen eher gegen den Krieg seien. Auch Kriegsbefürworter habe der Angriff auf die Ukraine zutiefst schockiert.

Die anonym durchgeführte Umfrage von CEPA habe offenbart, dass die weitere

Unterstützung Putins in hohem Maße davon abhängen, wie weit die Menschen den Gürtel enger schnallen müssen. Eine ungewisse Zukunft und hohe Preisanstiege beeinflussten die Zustimmung zu einem Krieg, für den die Bevölkerung einen hohen Preis zahlen müsse. Der Zustimmungsgrad von 60 Prozent dürfte bald sinken. Viele wünschten sich, dass der

Krieg, auch wenn sie ihn für notwendig erachten, bald ende.

Die größte Unzufriedenheit besteht in den Landesteilen, deren Familien in Unwissenheit über ihre Angehörigen im Kriegsgebiet leben müssen. Dass Putin ethnische Minderheiten etwa aus Tschetschenien, Süd-Ossetien, Tuwa, Tartarstan, Baschkortostan und Tschuwaschij in den Krieg wirft anstatt ethnische Russen zu mobilisieren, wird öffentlich thematisiert. Das ruft ethnische Gruppen auf den Plan, die sich über die ungleich verteilte Kriegslast beschweren.

In mehreren Chats haben sich Familien vermisster Soldaten zusammengeschlossen, insgesamt sind 2500 Angehörige Mitglieder geworden, die sich der Gefahr stellen, strafrechtlich verfolgt zu werden. Ende vergangenen Monats unterzeichneten 106 Personen einen Protestbrief, den drei mutige Frauen aus verschiedenen Regionen zur Präsidentenadministration nach Moskau brachten. Radio Swoboda berichtete darüber, auf YouTube wurde ein Video veröffentlicht, in dem die 44-jährige Irina Tschistjakowa aus Petrosawodsk den Brief der Familien an das Ministerium vorliest.

Sie vermisst seit Monaten ihren Sohn Kyrill, der nach erst drei Monaten in der Armee in den Krieg geschickt wurde. Tschistjakowas Mitstreiterin Maria Schumowa vermutet, dass ihr 23-jähriger Sohn Wladimir in Butscha ums Leben gekommen ist. Sie hat kein Verständnis dafür, dass russische Soldaten bei Kiew eingesetzt wurden: „Ich denke, wenn es überhaupt notwendig war, dann für den Schutz des Donbass ... Ich will eine Antwort darauf haben, wofür unsere Kinder in die Gegend von Kiew geraten und gestorben sind, wenn sie doch für die Verteidigung des Donbass eingezogen wurden.“

Für Empörung sorgt bei den Familien auch die Untätigkeit der Behörden, die von ihnen verlangen, selbst zu beweisen, dass ihre Verwandten in Kriegsgefangenschaft geraten oder gefallen sind, obwohl seit Kriegsbeginn kaum noch Kontakt zu den Soldaten möglich war. Die Familien fordern die Einrichtung einer zentralen Stelle, die ihnen bei der Suche nach ihren Familienangehörigen hilft. Laut amerikanischen Quellen sollen inzwischen 75.000 Russen getötet worden sein.

Russland könnte ein heißer Herbst bevorstehen, da nach Ansicht von Experten die Sanktionen erst dann ihre Wirkung voll entfalten werden. Die Unzufriedenheit über das Massensterben in Putins Krieg könnte das Fass zum Überlaufen bringen.

„Ich will eine Antwort darauf haben, wofür unsere Kinder in die Gegend von Kiew geraten und gestorben sind, wenn sie doch für die Verteidigung des Donbass eingezogen wurden“

Maria Schumowa
Mutter eines 23-jährigen Soldaten



Sind aus verschiedenen Regionen nach Moskau gereist, um Putin den Brief der Familien vermisster Soldaten zu überreichen: Maria Schumowa aus dem Gebiet Wologodska Irina Tschistjakowa aus Petrosawodsk und Anna Danilowa aus Samara (v.l.)

PARLAMENTSWAHLEN IN ITALIEN

Ein Land streitet über eine Flamme

Kritiker sehen Parteilogo der „Fratelli d'Italia“ als Symbol des Faschismus – Giorgia Meloni bestreitet das

In der vergangenen Woche mussten die Parteien, die sich am 25. September um Parlamentssitze in Italien bewerben, ihre Logos beim Wahlleiter hinterlegen. Mit Spannung wurde erwartet, ob Giorgia Meloni, Spitzenkandidatin der Fratelli d'Italia (Brüder Italiens, FDI), ihrer Partei eine Auffrischung verpasst. Doch daraus wurde nichts.

Auf einer Pressekonferenz präsentierte die Favoritin das Logo ihrer Partei – inklusive der trikoloren Flamme: grün-weiß-rot lodern auf einem schwarzen Strich. Faschistische Nostalgiker sagen, er symbolisiere den Sarg Benito Mussolinis. Die Flamme stehe für das „Ewig-

keitslicht“, das auf dem Sarg des Duce im norditalienischen Predappio steht. Der Ursprung des Symbols ist nicht völlig aufzuklären. Zweifelsohne geht er auf die Idee des neofaschistischen Nachkriegsführers Giorgio Almirante zurück.

Der Ende der 80er Jahre gestorbene und bis heute populäre Rechts-Politiker hat stets behauptet, die Flamme stehe für eine Armee-Einheit aus dem Ersten Weltkrieg. Jahrzehntlang war sie das Logo der neofaschistischen Sozialbewegung MSI. Als Almirante starb und sein Nachfolger Gianfranco Fini einen Pakt mit dem Konservativen Silvio Berlusconi schloss, wurde die Flamme kleiner und

verschwand schließlich, als die Postfaschisten 2008 mit Berlusconi Forza Italia ein Bündnis schlossen.

Erste weibliche Regierungschefin

Aus der Konkursmasse des MSI und der Nachfolgerorganisation Alleanza Nazionale entstanden 2014 die „Brüder Italiens“ und die trikolor Flamme tauchte wieder auf. Nach den jüngsten Umfragen kämen die FDI auf 25 Prozent, Giorgia Meloni hat also beste Chancen, erste weibliche Regierungschefin zu werden.

Viele, auch in ihrer Partei, hatten erwartet, sie würde sich für einen moderaten Auftritt entscheiden. Doch es kam

anders. „Das ist das Symbol, auf das wir so stolz sind“, twitterte Meloni nach der Präsentation. „Zweideutig, eindeutig“, befand der „Corriere della Sierra“ den Auftritt. Meloni selbst versicherte zwar, die Flamme habe nichts mit dem Faschismus zu tun. Antifaschistische Opferverbände waren dennoch empört. Auch parteiintern ist Unbehagen zu spüren. „Ich kann verstehen, dass das Symbol für viele Menschen wichtig ist. Für andere ist es mit Blick auf die Zukunft nicht wichtig“, sagte Rachele Mussolini, Enkelin des Duce, die für die FDI im Stadtrat der Hauptstadt Rom sitzt.

Peter Entinger

VON NORMAN HANERT

Derzeit dreht sich die Sorge in der deutschen Industrie vor allem darum, überhaupt in den nächsten Monaten mit Gas versorgt zu werden.

Langfristig ist jedoch absehbar, dass sich gerade energieintensive Unternehmen den Standort Deutschland mit seinen ohnehin schon hohen Energiekosten nicht mehr antun werden.

Bloomberg, die große amerikanische Agentur für Wirtschaftsnachrichten, wies erst vor Kurzem auf das Risiko sozialer Unruhen durch die hohen Energiekosten hin. Gepaart war dies mit der Warnung vor einer Abwanderung energieintensiver Unternehmen aus Deutschland. Bloomberg zitiert unter anderem Ralf Stoffels, den Geschäftsführer der BIW Isolierstoffe GmbH, einem Hersteller von Silikonteilen für die Automobil-, Luftfahrt- und Haushaltsgeräteindustrie. Der Manager äußert ganz offen die Befürchtung einer „schleichenden Deindustrialisierung der deutschen Wirtschaft“.

Erste Anzeichen für eine solche Entwicklung gibt es. Wegen der hohen Gaspreise haben etwa die Delkeskamp Verpackungswerke GmbH im Juli angekündigt, zum Jahresende ihre Papierfabrik im niedersächsischen Nortrup zu schließen. Als Grund verwies die Firmenleitung auf die Entwicklung der Energiekosten, die „weder planbar noch absehbar“ sei. Mit der Schließung gehen im Landkreis Osna-brück 70 Arbeitsplätze verloren.

30 Millionen Euro monatlich mehr

Bei SKW Piesteritz, einem der größten Düngemittelproduzenten Deutschlands, geht es zunächst einmal „nur“ um eine Produktionsunterbrechung und Kurzarbeit. Auf das Unternehmen in Sachsen-Anhalt kommen ab dem 1. Oktober durch die Gasumlage Mehrkosten von monatlich 30 Millionen Euro zu. Das sei finanziell nicht zu stemmen, so ein Sprecher des Unternehmens mit Sitz in Wittenberg. Nach Angaben des Firmensprechers ist SKW spätestens zum 1. Oktober gezwungen, die Produktion stillzulegen und Kurzarbeit anzumelden.

Insgesamt muss die deutsche Industrie durch die Gasumlage milliarden-schwere Mehrkosten einkalkulieren. Allein die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland rechnet nach Angaben des Branchenverbands VCI mit einer jährlichen Zusatzbelastung von mehr als drei Milliarden Euro. Die Papierbranche geht von einer Milliarde Euro aus. Dazu kommen noch die Belastungen durch die drastisch höheren Gas- und Strompreise sowie die Verteuerung von Rohstoffen.



VW profitiert schon seit Langem von günstigen Produktionspreisen: In Raab [Győr] werden Motoren hergestellt

KOSTENEXPLOSION

Die Deutsche Industrie sucht günstigere Standorte

Steigende Preise für Energie sind für viele produzierende Firmen nicht mehr zu stemmen – Als Land mit stabilen Kosten könnte Ungarn profitieren

Die Brüsseler Denkfabrik Bruegel sieht durch die Energiepreise nicht nur auf deutsche Unternehmen ein massives Problem zukommen: „Einige Industrien werden in starken Stress geraten und ihre Produktion in Europa überdenken“, so Simone Tagliapietra vom Bruegel-Institut. Wie zur Bestätigung dieser Warnung hat vor kurzem Slovalco, einer der größten slowakischen Aluminiumhersteller, angekündigt, ab September die Arbeit vorerst ruhen lassen. Als einen Grund nannte das Unternehmen die hohen Strompreise.

Auch Budel-Hütte in den Niederlanden, eine der größten Zinkschmelzen Europas, will ab September die Produktion vorerst stoppen.

Sollten es tatsächlich zu einer Abwanderungswelle energieintensiver Un-

ternehmen kommen, kann sich ein EU-Land Hoffnungen machen, davon zu profitieren.

Budapest bietet durch günstigen Strom Vorteile

Schon seit dem EU-Beitritt Ungarns haben Autohersteller wie Audi, BMW und Mercedes sowie auch viele Zulieferer das Land als günstigen Produktionsstandort entdeckt. Die nächste Welle von Investitionen könnten Chemiefirmen und Papierhersteller sein, die hierzulande nicht mehr kostendeckend produzieren können. Punkten kann Ungarn nämlich mit sehr günstigen Energiepreisen.

Bei einem Vergleich der Energiepreise in 26 europäischen Hauptstädten durch die ungarische Energieregulierungsbehörde vom Dezember 2021 war

Strom in Budapest am zweitbilligsten. Bei den Gaspreisen schnitt die ungarische Hauptstadt sogar als günstigster Standort ab. Ungarns Regierung hat dafür gesorgt, dass dieser Vorteil erhalten bleibt.

Vergangenes Jahr hat Ungarn mit dem Gazprom-Konzern einen langfristigen Vertrag bis Ende 2036 abgeschlossen. Vereinbart wurde dabei, die Gaslieferungen nicht mehr über das Gebiet der Ukraine laufen zu lassen, sondern über die TurkStream-Leitung. Im Juli vereinbarte Ungarns Außenminister Peter Szijarto mit Gazprom obendrein noch eine Erhöhung der Liefermenge.

Anders als die deutsche Bundesregierung will Ungarns Premier Viktor Orbán auch nicht auf russische Öllieferungen verzichten.

RUSSISCHER AUTOMARKT

Eine Branche im freien Fall

Weniger Neuwagen, weniger Händler – Die Hälfte der Autohäuser muss wohl schließen

Vor zehn Jahren stand der russische Automarkt kurz davor, den deutschen als größten in Europa abzulösen. Mehr als 2,9 Millionen verkaufte Neuwagen meldeten die russischen Zulassungsstellen für das Jahr 2012. Im Monatsdurchschnitt ergab das einen Absatz von 244.000 Fahrzeugen. Im Mai 2022 sind die Zahlen infolge der westlichen Sanktionen drastisch gefallen. Nur noch 24.268 Neuzulassungen gab es. Nicht nur die Kfz-Produktion ist also eingebrochen, auch der Handel ist praktisch zum Erliegen gekommen. Zum Vergleich: In Deutschland, wo der Absatz ebenfalls stottert, wurden im Mai noch mehr als 200.000 Autos verkauft.

Neuwagen sind in Russland zur Mangellware geworden. Viele westliche Hersteller haben bereits im März ihre Lieferungen nach Russland eingestellt, die Produktion

vor Ort gestoppt oder gleich ganz den Markt verlassen.

Staat fördert Autokäufe

Der Staat will nun mit umgerechnet mit 337 Millionen Euro Autokäufe subventionieren. Geld ist in Russland aufgrund der sprudelnden Rohstoffeinnahmen genug vorhanden. Moskau nimmt sich ein Beispiel daran, wie der Westen seine Krisen bewältigt. In Deutschland gab es nach der Finanzkrise von 2008 die Abwrackprämie, in Frankreich gibt es seit der Corona-Krise Kaufprämien auch für Verbrenner.

Frühere Sanktionen hatten in Russland oft dazu geführt, dass die Eigenproduktion gefördert wurde. Bei den russischen KFZ-Fabriken fehlen infolge der Sanktionen jedoch die Ersatzteile, deshalb stehen dort

seit Monaten die Bänder still. Zumindest beim Marktführer Avtovaz im russischen Togliatti sind die Bänder Ende Juni wieder angelaufen. Während der langen Leerlaufphase hatten die Arbeiter zwei Drittel ihres Lohnes weiter erhalten. In Togliatti werden auf drei Montagelinien der Lada Granta, die Niva-Familie sowie die Modelle Lada Largus und Lada Xray sowie die Modelle Renault Logan und Renault Sandero hergestellt. Produziert wird der Lada Granta allerdings mit dem Namenszusatz „Classic 2022“. Die Bezeichnung weist darauf hin, dass das Auto vor allem bei der Sicherheit „klassisch“ ist, sprich auf dem Stand des vorvorigen Jahrzehnts. Kunden müssen unter anderem auf ABS, Airbags und Gurtstraffer verzichten.

Der Rückfall bei den Standards soll mit der Zeit wieder aufgerüstet werden, wenn

neue Lieferanten verfügbar sind. Alternativlieferanten suchen die Russen jetzt in China, das in vielen Fällen die in Russland nicht mehr verfügbare Sanktionswaren ersetzen und so auch die Sanktionen umgehen wird. Der Classic-Granta ist das „günstigste Auto auf dem Markt“, es soll zu Preisen ab umgerechnet 10.000 Euro in den Handel kommen.

Die Autokrise wird auch die Händler erreichen. Beim größten russischen Autohändler „Rolf-Group“, der sich allerdings auf Luxusmodelle spezialisiert hatte, geht man mittlerweile davon aus, dass bis Jahresende die Hälfte der Autohäuser im Land aufgeben muss. Im April gab es noch mehr als 3200 davon. Wie das Wirtschaftsblatt „Wedomosti“ berichtet, wird erwartet, dass die Zahl in diesem Jahr auf 1600 sinkt.

Bodo Bost

MELDUNGEN

Bodenschätze erobert

Ottawa – Nach Schätzungen der kanadischen Denkfabrik SecDev, die jetzt von der „Washington Post“ veröffentlicht wurden, hat Russland inzwischen ein Territorium in der Ukraine erobert, auf dem sich Bodenschätze im Wert von mehr als zwölf Billionen Euro befinden. Aktuell kontrollieren die Truppen Moskaus 2209 Lagerstätten aller Art. Dort dürften 63 Prozent der Kohlevorkommen, elf Prozent des Erdöls, 20 Prozent des Erdgases, 42 Prozent der Erze und 33 Prozent der Seltenen Erden der Ukraine liegen. Sollte es Russland gelingen, die aktuell besetzten Gebiete auf Dauer zu annektieren, würde Kiew fast zwei Drittel seiner unterirdischen Reichtümer verlieren. Dann wäre die Ukraine tatsächlich der Agrarstaat, für den sie fälschlicherweise schon jetzt oft gehalten wird, obwohl auf ihrem Gebiet 117 der 120 am stärksten nachgefragten Bodenschätze zu finden sind – darunter Eisenerz, Titan, Mangan, Nickel, Lithium, Uran und Gold. W.K.

Bäcker im Stich gelassen

Berlin – Angesichts der enormen Steigerungen der Energiekosten fühlen sich die Handwerksbäcker in Deutschland von der Politik im Stich gelassen. Daniel Schneider, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Bäckerhandwerks, sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Das Versprechen der Bundesregierung, niemanden in der Krise alleinzulassen, ist bis jetzt nicht eingehalten worden.“ Die Möglichkeiten für die Bäckereien, die steigenden Kosten an die Kunden weiterzugeben, bezeichnete Schneider als begrenzt, da sich in einem wettbewerbsstarken Markt die Preise nicht einfach erhöhen ließen. Zudem werden laut dem Verbandschef die Kunden aktuell auch preissensibler. Schneider rechnet auch im nächsten Jahr mit einer „massiven Kostensteigerung“ für das Bäckerhandwerk. Laut einer Schätzung betreiben 70 Prozent der rund 10.000 Handwerksbäcker in Deutschland ihre Backstuben mit Gas. N.H.

Illegal, aber geduldet

München – Laut einer Untersuchung des Förderprojekts IKT für Elektromobilität werden in Deutschland 1800 sogenannte Supercharger-Stationen ohne geeichte Zähler betrieben. Da dies gegen das Eichrecht verstößt, ist der Betrieb der Ladesäulen damit eigentlich illegal. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, sind auch Ladesäulen weiterer Anbieter wie Tritium, Efacec und Delta betroffen. Andere Anbieter wie ABB, Alpitronic, ADSTec (Porsche) und Compleo betrieben dagegen gesetzlich-konforme Ladesäulen mit geeichten Zählern. Den zuständigen Behörden sind die Ladesäulen ohne geeichte Zähler offenbar bekannt. Der Leiter des Bayerischen Landesamts für Maß und Gewicht, Thomas Weberpals, erklärte gegenüber dem „Handelsblatt“, dass der Betrieb der Ladesäulen ohne geeichte Zähler „nicht behindert und nicht sanktioniert“ werde: „Wir sollen das geltende Recht durchsetzen und gleichzeitig die Elektromobilität nicht behindern.“ N.H.

KOMMENTARE

Sozialismus 2.0

RENÉ NEHRING

Für die meisten Deutschen mag der Vorwurf mit Blick auf ihre eigene Geschichte erstaunlich klingen: Die Bundesrepublik auf dem Weg in einen neuen Sozialismus? Was für Unfug!

Natürlich hat das Deutschland von heute nichts mit dem gescheiterten „realexistierenden Sozialismus“ der DDR – und auch nicht mit dem „nationalen Sozialismus“ des „Dritten Reichs“ – gemein. Weder regiert hier eine diktatorische Einheitspartei, noch gibt es eine Planwirtschaft. Und bis auf wenige Ausnahmen gibt es eine sehr weitgehende Rede-, Presse- und Meinungsfreiheit.

Und doch vollziehen sich seit Jahren Entwicklungen, die in eine bedenkliche Richtung zeigen. So gibt es zwar keine alles bestimmende Einheitspartei, doch wird auf zahlreichen Themenfeldern der akzeptierte Diskussionsrahmen stetig enger. Wird zum Beispiel über die Ursachen des Klimawandels ergebnisoffen diskutiert? Oder über die Notwendigkeit der „Euro-Rettungspolitik“? Oder über die Folgen einer unkontrol-

lierten Zuwanderung? Nein! Vielmehr wird jede Debatte dazu mit dem Verweis auf „die Wissenschaft“ oder eine vermeintliche Alternativlosigkeit oder eine höhere Moral unterbunden.

Auch Teile der Wirtschaft sind schon lange nicht mehr frei in ihren Entscheidungen. In einer ordnungspolitisch geregelten Marktwirtschaft legt zum Beispiel der Staat lediglich fest, welche Abgaswerte ein Auto haben darf. Wie die Hersteller diese erreichen, ist Sache der Ingenieure. Im Deutschland des 21. Jahrhunderts meint der Staat jedoch, das Ende des Dieselantriebs und den Umstieg auf Elektroautos vorschreiben zu können. Das ist klassische Planwirtschaft.

Die Anmaßung mancher Politiker geht sogar soweit, laut darüber nachzudenken, wieviel Wohnraum für die Deutschen ausreicht und wieviel sie dafür maximal bezahlen sollen. Auch das ist klassisches sozialistisches Denken.

Wohin es führt, wenn der Staat alles an sich reißt, hat das Ende der DDR 1989 gezeigt. Nach dem Zusammenbruch durften die Bürger wieder in Eigeninitiative den Karren aus dem Dreck ziehen.

Hochbetagte vor Gericht

NORMAN HANERT

Als der Bundestag mit Blick auf NS-Verbrechen im Jahr 1979 die Verjährungsfrist für Mord aufhob, war dies der Schlusspunkt einer langen „Verjährungsdebatte“. Vermutlich keiner der damals Beteiligten dürfte gehaut haben, dass die Strafverfolgung bei solchen Verbrechen noch Jahrzehnte später andauern würde.

Dabei ist inzwischen immer öfter von „juristischem Neuland“ die Rede. Im Jahr 2011 verurteilte das Münchner Landgericht erstmals einen nichtdeutschen Wachmann eines NS-Todeslagers, den 91-jährigen John Demjanjuk, wegen Beihilfe zum Mord ohne konkreten Tatnachweis. Das Gericht schloss sich dabei der Argumentation der Staatsanwaltschaft an, nach der der gebürtige Ukrainer als SS-Helfer Teil der „Vernichtungsmaschine“ gewesen sei. Bis dahin musste in NS-Verfahren die individuelle Schuld eines Angeklagten nachgewiesen werden.

Inzwischen sind weitere Verfahren gegen hochbetagte Angeklagte gefolgt. Ein Brandenburger Gericht verurteilte erst vor wenigen Wochen einen 101-jährigen, der Wachmann im KZ Sachsenhausen gewesen ist, ebenfalls aufgrund des Vorwurfs, Teil einer „Vernichtungsmaschinerie“ gewesen zu sein.

Mittlerweile kündigt sich an, dass die Berliner Justiz mit der Anklage eines 98-Jährigen, der als junger Wehrmachtssoldat Kriegsgefangene bewacht hatte, einen neuen „juristischen Meilenstein“ errichten will. Die Justiz muss sich dabei jedoch die Frage nach ihren Maßstäben gefallen lassen. Noch beim Honecker-Prozess Anfang der 90er Jahre stellte der damalige Richter die Frage, welchen Sinn ein Prozess macht, bei dem der Angeklagte zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung vermutlich nicht mehr lebt.

Auch die extreme Ausweitung dessen, was im juristischen Sinne als Mittäterschaft angesehen wird, kann langfristig noch weitreichende Folgen haben.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Die ganze Geschichte ein Irrweg? In Zeiten ständiger Kritik an der „kulturellen Aneignung“ könnte man die Frage stellen, ob der jahrhundertlange Austausch zwischen den verschiedenen Teilen der Welt nicht rückgängig gemacht werden muss. Foto: imago

KOLUMNE

Schändliche Aneignung?

FLORIAN STUMFALL

Das sage noch einer, die Schweizer seien hinter ihren Bergen nicht auf der Höhe der Zeit. Das Gegenteil ist richtig, wie ein schönes Beispiel darlegt, das sich vor wenigen Tagen ereignet hat. Zu Zürich in der Bar „Das Gleis“ des Zollhauses wollte doch tatsächlich der österreichische Musiker Mario Parizek mit sogenannten Dreadlocks auftreten, jenen zwar dünn geflochtenen, aber dafür langen Rastalocken, obwohl er unübersehbar von weißer Hautfarbe ist.

Dieses ruchlose Ansinnen wurde indes im Ansatz unterbunden und das Konzert kurzerhand gestrichen. Ein Weißer mit einer Frisur schwarzafrikanischen Herkommens? Schandbar! Ein unerträglicher Versuch kultureller Aneignung, wie diese stets eine perfide Form des Rassismus darstellt. Da musste auch das Bemühen des Musikers scheitern, sich herauszureden in dem Sinne, dass er diese Frisur seit seinem 13. Lebensjahr trage, als Ausdruck seines „Kampfes gegen rechts“. Doch die kulturelle Aneignung ist derart verletzend, dass auch ein edler Beweggrund darüber nicht hinwegtäuschen kann.

Ein Schweizer Einzelfall, eine erfreuliche Ausnahme, könnte man befürchten? Aber nein. Bereits gegen Ende Juli wurde in der Bundeshauptstadt Bern das Konzert einer überwiegend weißen Latino-Combo mit Namen „Lauwarm“ abgebrochen, weil ebensolche Rastalocken von Leuten mit der falschen, das heißt wiederum weißen Hautfarbe getragen wurden.

Neues Schweizer Markenzeichen

Man sieht: Die politische Korrektheit hält siegreich Einzug auch in der Schweiz, und bald wird der Kampf gegen den Rassismus in all seinen Formen und im Besonderen gegen die „weißen Dreadlocks“ zu den unverzichtbaren Kennzeichen der Eidgenossenschaft gehören, ebenso wie Wilhelm Tell, die Präzisions-Uhr und der Rütlichswur.

Allerdings hinterlassen diese beiden hoffnungsfrohen Ereignisse den Zweifel einer beunruhigenden Ungewissheit. Denn wenn man auch zuverlässig hoffen darf, dass die Zeiten endgültig vorbei sind, in denen jeder sein Haar so trug, wie es ihm eben passte, fragt man sich doch mit zunehmender Sorge, wie es eigentlich sein kann, dass weiße Spielleute lateinamerikanische, ja kreolische Musik zum

Besten geben, ob mit Haaren oder ohne. Hier weist die kulturelle Sensibilität noch sichtbare Lücken auf.

Zu Sorge geben noch weitere Lebensbereiche Anlass. Es häufen sich die Fälle, da man in deutschen Städten weiße Menschen exotische Lokale betreten sieht, die dann dort Platz nehmen, um sich ein chinesisches, mexikanisches oder, meinetwegen, arabisches Mahl servieren zu lassen. Wo bleibt hier der Aufschrei, wo die Klage über eine kulturelle Aneignung im ganz wörtlichen Sinne? Wer wirft derartige Frevler aus dem Lokal, wer schützt dessen Besitzer vor solchen Übergriffen?

Wie verhält sich das Verbot kultureller Aneignung mit dem Traum einer multikulturellen Gesellschaft? w

Da wir aber bei den fremdländischen Küchen auf drei überseeische Beispiele verwiesen haben, stellt sich eine weitere, bislang unbeantwortete Frage von bestürzender Dringlichkeit. Wie verhält es sich mit der räumlichen Definition in Sachen der kulturellen Aneignung? Sprechen wir von Mexiko, so ist die Sache klar: Mexiko steht unter dem Schutz des Verbotes. Wie aber, wenn jemand Tapas schätzt, und dabei kein Spanier ist? Fällt das trotz Gleichschaltung durch die EU auch unter kulturelle Aneignung? Oder wie steht es mit Frankreich – und bildet hier gegebenenfalls das Elsass eine Ausnahme?

Unstrittig dürfte sein, dass die Deutschen, so sie es mit dem Verbot der kulturellen Aneignung ernst nehmen, hinfort auf ihr Lieblingsgetränk Kaffee werden verzichten müssen, denn der stammt aus Afrika oder Lateinamerika. Die Briten wird es mit dem Tee ebenso hart treffen. Das Rechnen mit den fälschlicherweise arabisch genannten Ziffern dürfte ebenfalls bald ein Ende nehmen, denn sie stammen aus Indien und sind erst auf dem Weg wiederholter Aneignung auf uns gekommen.

Wie sollen wir es halten mit dem Kulturgut der Seide, des Porzellans, die doch beide nicht nur aus China stammen, sondern auch noch auf zweifelhaften Wegen

angeeignet wurden? Die Harfe stammt aus dem antiken Ägypten – bald wird sie in europäischen Orchestern nicht mehr erklingen, und die Liebhaber von Rotwein müssen der Rebsorte Shiraz Adieu sagen, denn die kommt aus Persien. Man sieht, was sich bereits bei dem Zusammenbruch globaler Lieferketten angedeutet hat: Auch sie dienen nur der kulturellen Aneignung und werden sich bald als überflüssig erweisen, ebenso wie der gesamte weltweite Handel – so jedenfalls sollte die Hoffnung linksgrüner, moralisierender Weltverbesserer lauten.

Und umgekehrt?

Was aber, wenn man aus europäischer Sicht die Sache umdreht und das Verbot der kulturellen Aneignung auf die Dritte Welt anwendet? Was hat sich diese an Kulturgütern angeeignet, angefangen von der Zahnpasta bis zum Wasserkraftwerk? Was wäre dort ohne Penicillin, befestigte Straßen und Kunstdünger? Längst hat man sich jedenfalls in den Kapitalen an Autos, Supermärkte, Konzerte europäischer Klassik, Buchläden und elektrisches Licht gewöhnt. Schwer zu ermessen, was diesen Vorgang von der kulturellen Aneignung unterscheidet.

Oder darf man dort, was wir nicht dürfen? Man hat manchmal den Eindruck. Hierzulande ist beispielsweise der schwarz geschminkte Othello längst einen unrühmlichen Theater-Tod gestorben – als Abgrund der Niedertracht, die man nur englisch bezeichnen kann: „Blackfacing“. Doch bei den Aborigines in Australien herrscht die Sitte, sich bei gewissen Ritualen das Gesicht weiß zu färben. Was soll man davon halten? „Whitefacing“ im Outback! Ein weites Feld tut sich auf für die Mission der politischen Korrektheit. Seien wir froh und dafür dankbar, in einer Zeit zu leben, die keine anderen Sorgen hat.

Nur eine Frage bleibt noch: Wie verhält sich das Verbot der kulturellen Aneignung mit dem Traum einer multikulturellen Gesellschaft? Wie werden da die Rollen verteilt? Die innige Verschmelzung bei gleichzeitigem Berührungsverbot ist eine Aufgabe, die wahrlich nach einer Weltformel ruft. Oder aber man sucht die Antwort in der schlichten Wirklichkeit: Die nämlich enthüllt das hysterische Gequengel als Schwachsinn.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Ein Haifischbecken voller Frauen

Männer müssen draußen bleiben – Doris Dörrie wagt mit ihrer neuen Filmkomödie „Freibad“ Sprung in ein multikulturelles Tiefwasser

VON HARALD TEWS

Schwimmbäder sind in diesem Sommer Orte handfester Auseinandersetzungen geworden. Das zeigen zahlreiche Meldungen von Massenschlägereien, in die immer öfter migrantische Mitbürger verwickelt sind, die offenbar ein anderes Verständnis von Badekultur entwickelt haben und für welche deutsche Regeln ein rotes (Bade-)Tuch ist. Weil das Begrapschen von Frauen im Becken und außerhalb davon offensichtlich Teil dieses südländischen Macho-Verständnisses ist, bieten immer mehr Schwimmbäder an bestimmten Tagen und zu bestimmten Zeiten reines Frauenschwimmen an.

Auch in Doris Dörries neuer Filmkomödie „Freibad“, die am 1. September gerade noch rechtzeitig vor Ende der Badesaison in die Kinos kommt, heißt es: Männer müssen draußen bleiben. Wenn schon nicht im Kino, so doch im Film. „Freibad“ ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein reiner Frauenfilm, praktisch das feministische Gegenstück zu Dörries altgedienten, um nicht zu sagen: einzigen Filmhit „Männer“ von 1985, wengleich Dörrie mit Filmen wie „Kirschblüten – Hanami“ später noch recht respektable Kinowerke gelungen sind.

Während man sich in dem „Männer“-Film noch über Heiner Lauterbach und Uwe Ochsenknecht unbeschwert amüsieren konnte, wie sie sich als typisch eitle Gecken in Unterhose halbnackt zu Affen machen, geben sich die „Freibad“-Frauen weit zugeknöpft. Es geht so weit, dass muslimische Geschlechtsgenossinnen im „Burkini“ – umgangssprachlich auch im Film als „Ganzkörperkondom“ bezeichnet – im Bad ihre Bahnen ziehen.

Das ruft geradezu extremistischen Widerstand des von Andrea Sawatzki ge-



Exorzismus im Schwimmbad: Mit einem Kruzifix gehen Eva (Andrea Sawatzki, links) und ihre Schwimmfreundin Gabi (Maria Happel) gegen muslimische Badegäste vor

spielten Stammgasts Eva hervor, die sich in ihrer feministischen Ehre gepackt sieht: Sie zieht aus Protest komplett blank. Nackter Körper trifft im Wasser auf von Fuß bis Kopf bedeckten Körper: Seit den Zeiten, als sich Oliver Hardy und Stan Laurel als „Dick“ und „Doof“ gegenüberstanden, gelten solche Kontrastfiguren als Komödien-Garanten. Bei Dörrie gehen das Ganze dieses Mal komplett baden.

Freischwimmer auf dem Trockenen

Mit ihrem Thema, dem Kampf der Kulturen im Schwimmbad, ist die Regisseurin

so tief in ein Haifischbecken eingetaucht, dass es einem beim Zusehen schmerzt. Mit brachialer Gewalt – ein abgedroschener Frauenkampf, Exkremete im Becken oder Wasserverfärbung beim Urinieren – versucht Dörrie ein gesellschaftliches Reizthema auf die heitere Seite zu ziehen. Es hat manchmal den Anschein, als würde sie gerade ihr Freischwimmerabzeichen auf dem Trockenen machen.

Als sie mit dem Film anfing, war ihr vielleicht noch nicht bewusst, wie politisch heiß es aktuell in Schwimmbädern zugeht und welche Brisanz die Kleider-

ordnung besitzt. So ist in diesem Sommer ausgerechnet von feministisch linker Seite die Forderung nach Oben-Ohne-Baden in öffentlichen Schwimmbädern für Frauen erhoben worden. Argument: Was für Männer erlaubt ist, muss gleichberechtigt auch für Frauen gelten.

Dass dieses einem Affront gegenüber Musliminnen gleichkommt, denen jegliche Nacktheit ein Dorn im Auge ist, haben die feministischen Freunde der Multikulti-Welt nicht bedacht. Welche Ironie wäre es wohl, wenn man aus Gründen der Gleichberechtigung stattdessen sowohl

alle Frauen als auch Männer in Burkinis zwingen würde? Das hieße mal eine reaktionäre linke Errungenschaft.

Adonis statt Baywatch-Nixe

Männer sind in Dörries „Freibad“ jedoch Mangelware. Ihr Film handelt von einem reinen – fiktiven – Frauenbad, von dem es in Deutschland mit dem Freiburger Loretobad faktisch nur ein einziges gibt, aber das schon seit 1886. Abgesehen von einem Sohn, den eine türkische Familie in Dörries Schwimmbad schmuggelt, einer Transperson mit Rock und Schnauzbart und einem bebrillten Adonis als Ersatz für eine fahnenflüchtige Schweizer Baywatch-Nixe von dunkler Hautfarbe tummeln sich nur Frauen in diesem Bad.

Und das ist vielleicht gar nicht so unklug. Männer hätten alles nur verkompliziert und das Augenmerk auf die Machokultur gelenkt. Sie bleiben also verschont, bleiben aber Teil eines Problems vor allem für Frauen aus anderen Kulturen. Als aus Ermangelung für eine weibliche Badeleiter-Vertretung Samuel Schneider als Rettungsschwimmer Nils für Ruhe im Becken sorgen soll, nimmt die zahlungskräftige orientalische Kundschaft aus der Schweiz Reißaus, die zum deutschen Bade-Exil kam. Denn ähnlich wie in Frankreich ist in der Schweiz in öffentlichen Schwimmbädern nur enganliegende Badekleidung erlaubt, die nicht die Arme und Beine bedecken darf.

Am Ende plätschert alles in Wohlgefallen vor sich hin. Mit ihrem „Freibad“ hat sich Dörrie, die sich selbst seit Langem als „Freibadgängerin“ bezeichnet und die über die Jahre den Wandel der Badekultur in diesem Land beobachten konnte, für den Toleranzpreis beworben. Erlaubt ist, was gefällt, so ihre Botschaft. Einen Humorpreis wird sie mit diesem Werk jedoch kaum gewinnen.

TV-KRITIK

Untergang in sechs Teilen

Mit der Serie „Liberame“ quält sich das ZDF mit dem Migrationsdrama auf dem Mittelmeer ab

Es ist ein Notfall, wie er im Mittelmeer derzeit häufiger passieren könnte: eine Jacht voller unbeschwerter Segler trifft auf ein überfülltes, manövrierunfähiges Migrantensboot. Was tun mit den verzweifelten Menschen? Auf hoher See ist die Rettung Schiffbrüchiger eine Pflicht. Andererseits macht sich ein Skipper des Schleppertums verdächtig, bringt er illegale Einwanderer in einem europäischen Hafen an Land. Ein Dilemma, das der Kapitän Jan Garbe (Friedrich Mücke) gegen das mehrheitlich ablehnende Votum seiner Crew im Alleingang entscheidet. Er nimmt das Migrantensboot in Schlepp.

Was der ZDF-Sechsteiler mit dem pathetischen Titel „Liberame“ („Befreie mich“, gesendet am 5. und 7. September im Dreierpack von jeweils 45-Minuten ab 20.15 Uhr) in den folgenden Folgen aufzählt, ist ein ehrenwerter, aber letztlich misslungener Versuch, möglichst viele Facetten der Migrationskrise wie unter dem Brennglas abzuarbeiten. Auf See kommt es zum tragischen Verhängnis. Während die Nachtwache Helene (Ina Weisse), eine Anwältin, betrunken am Ruder einschläft, reißt das Schleppseil. Im aufkommenden Sturm kentert das abgehängte Boot, sieben der Insassen ertrinken.

Jahre später erkennt der Kapitän in einem Taxifahrer zufällig einen Überlebenden wieder. Garbe lädt ihn und dessen Familie zu sich nach Hause ein, eine Art Wiedergutmachungskaffee soll es wohl sein. Da sitzen sie nun, die gutsituierten Deutschen und die syrischen Eheleute mit Sohn, die ihre ertrunkene Tochter beklagen und die Frage aufwerfen, ob das Schleppseil womöglich mutwillig zer-

schnitten wurde. Die Situation eskaliert. Im Zuge der weiteren Folgen wird die zum Verkauf angebotene Jacht in Brand gesteckt, ein Stein zerschlägt das Fenster der Garbes, und eines Tages ist die halb-wüchsige Tochter Ellie spurlos verschwunden.

Wenn das öffentlich-rechtliche Fernsehen die heiklen Themen Seenotrettung und Migrationskrise aufgreift, müssen al-

le Vorgaben des politisch herrschenden Zeitgeists erfüllt sein. Selbstredend wird die syrische Familie als nobel, gebildet und gut integriert dargestellt. Die Biographien der anderen Immigranten sind derart herzerreißend, dass selbst die polnische Cafébesitzerin, in deren Laden einer der Syrer aushilft, zutiefst ergriffen ist.

Geradezu erfrischend ist, dass zumindest die Schwester des Bootsführers (Natalia Belitski) den nüchternen Kontextpart gibt. Dieammerspielartige Handlung wirkt wie ein sorgsam abgesteckter Parcours, der mit den tatsächlich existierenden Konflikten der Masseneinwanderung möglichst wenig kollidieren will. Eher drängt sich der Eindruck auf, die Deutschen seien das Problem und hätten unter ihrer moralischen Verantwortung zu ächzen. So spielt etwa die in der schicksalhaften Nacht am Steuerruder eingeschlafene Anwältin eine Strauchelnde, die – Achtung Metapher! – ihre Schuld am Tod einiger der Wirtschaftsmigranten mit Alkohol ertränkt und zum Schluss beruflich ihrerseits untergeht.

Moral tropft aus allen Wanten, und die Auflösung ist ähnlich unglaublich wie manch andere Wendung dieses allzu bemühten Drehbuchs auch. *Anne Martin*



Rettung naht: Auf dem Seelenverkäufer wartet man auf deutsche Hilfe

● MELDUNGEN

Köthener Bachfesttage

Köthen – Vom 28. August bis zum 4. September finden im anhaltischen Köthen die Bachfesttage statt. In 70 Veranstaltungen an verschiedenen Spielstätten lassen handverlesene Künstlergruppen und zwei der besten Jugendensembles des Landes die lebensprallen Köthener Jahre Bachs von 1717 bis 1723 wiedererleben. Die Live-Veranstaltungen werden zum Teil auf dem YouTube-Kanal des Festivals oder auf www.bachfromhome.live übertragen. *tws*

Olympische Graphiken

Berlin – Das Bröhan-Museum präsentiert vom 26. August bis 30. Oktober das Werk des Grafikdesigners Otl Aicher. Der Künstler, der dieses Jahr 100 Jahre alt geworden wäre, hat vor 50 Jahren bei den olympischen Sommerspielen in München mit seinen Designs und Piktogrammen das Bild von den „heiteren Spielen“ geprägt. Infos: www.broehan-museum.de *tws*

WŁADYSŁAW GOMUŁKA

Vom Reformier zum Reaktionär

Die Wiege des am 6. Februar 1905 geborenen Polen Władysław Gomułka stand im galizischen Krosno. Er wurde Schlosser sowie Gewerkschafts- und Mitglied der Kommunistischen Partei Polens. In der Zweiten Polnischen Republik wurde er mehrfach verhaftet. Das hatte ein vorläufiges Ende, als Polen geteilt wurde. 1939 bis 1942 lebte er im sowjetisch besetzten Ostteil seines Heimatlandes. Als die Deutschen auch diesen Teil im Zuge des deutsch-sowjetischen Krieges besetzten, ging er in den Untergrund.

1942 gehörte er zu den Gründern der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei. In der Nachkriegsregierung seines Landes bekleidete er neben dem Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten von 1945 bis 1949 auch das des Ministers für die „wiedergewonnen Gebiete“.

Gomułka gehörte zu den Befürwortern eines eigenen Weges zum Sozialismus, eines polnischen Sonderweges. Das brachte ihn in Konflikt mit den Stalinisten, die sich mit Hilfe der Sowjetunion vorerst durchsetzten. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen und kam sogar für einige Jahre in Haft.

Die Wende brachte nach dem Tode Josef Stalins der sogenannte Polnische Oktober. Die politischen Unruhen im Herbst 1956 spülten Gomułka, mit dem viele die Hoffnung auf einen nationaleren Kommunismus verbanden, an die Macht. Am 21. Oktober 1956 übernahm er den in den Ostblockstaaten entscheidenden Posten des Parteichefs.

Gomułka bremste die Sozialisierung, und ihm gelang auch eine Hebung des Lebensstandards. Letztlich war er jedoch nicht willens oder in der Lage, die in ihn gesetzten Erwartungen und Hoffnungen zu erfüllen. Aus dem Reformier wurde ein Reaktionär. Zu Zeiten des Prager Frühlings, der von jenem Reformwillen getragen wurde, der ihn einst an die Macht gebracht hatte, gehörte er neben Walter Ulbricht zu dessen entschiedensten Gegnern.

Gomułka suchte Erfolge in der Außenpolitik und Unterstützung von



Vor 40 Jahren gestorben: Gomułka

der Bundesrepublik. Auf seine Initiative hin kam es schließlich zum Warschauer Vertrag. Dessen Bestimmungen zur Oder-Neiße-Linie waren ein großer außenpolitischer Erfolg des ehemaligen Ministers für die „wiedergewonnen Gebiete“.

Der reichte aber nicht aus, um zu verhindern, dass eine Woche nach Vertragsunterzeichnung ein Arbeiteraufstand ausbrach, während dem Gomułka von seinen Genossen zum Rückzug gezwungen wurde. Der neue Hoffnungsträger hieß Edward Gierek. Vor vier Jahrzehnten, am 1. September 1982, starb Władysław Gomułka in der masowischen Kleinstadt Konstancin-Jeziorna.

Manuel Ruoff



Setzte sich für ein Verbot von Landminen ein: Diana, Princess of Wales, 1997 in Bosnien-Herzegowina

Foto: pa

LADY DIANA

Die wahre Königin der Herzen

Vor einem Vierteljahrhundert verstarb die berühmteste und meistfotografierte Frau der Welt nach einem Autounfall in Paris, der bis heute noch viele Fragen offenlässt

VON HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

Prinzessin Diana war eine Tochter von Edward John Spencer, dem 8. Earl Spencer. Sie gehörte zu den schillerndsten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Noch heute wirkt sie wie eine Ikone auf die Menschen. Die Adelige, die man in der Öffentlichkeit als Lady Di, Lady Diana oder als Königin der Herzen kannte, war eine Schönheit. Sie trug sehr ausgewählte modische Kleidung und verstand es darüber hinaus, die Menschen durch ihr elegantes und sympathisches Auftreten für sich zu gewinnen.

Auf Einladung des Bundespräsidenten statteten der Prinz und die Prinzessin von Wales der Bundesrepublik Deutschland vom 2. bis 7. November 1987 einen Besuch ab. Nach dem Staatsbesuch der britischen Königin Elizabeth II. im Jahre 1978 handelte es sich um den zweiten offiziellen Besuch von Mitgliedern des britischen Königshauses in der Bundesrepublik. Nach ihrem Aufenthalt in Bonn am 2. November machten Prinz Charles und Prinzessin Diana eine fünftägige Rundreise durch die Bundesrepublik, die sie nach Köln, München, Hamburg, Celle und Hannover führte.

Bei einem Mittagessen zu Ehren des Prinzen und der Prinzessin von Wales in Hannover-Herrenhausen bekam ich neben vielen ausgewählten Gästen die Gelegenheit, dem Paar persönlich zu bege-

nen. Prinz Charles trat dabei gewohnt staatsmännisch in Erscheinung. Diana wirkte auf mich zurückhaltend und schüchtern. Ihre scheuen Augen versuchten den neugierigen Blicken der geladenen Gesellschaft zu entweichen.

Wohlthuende Trennung von Charles

Nach ihrer Trennung von Prinz Charles konnte sich Dianas Persönlichkeit frei entfalten. Dabei stand sie gewissermaßen zum ersten Mal auf eigenen Füßen. Die Prinzessin von Wales befreite sich von

den Einschränkungen des Hofes und blühte sichtlich auf. Sie wirkte auf die Menschen glaubwürdig und authentisch. Das unterstrich ihr Engagement für die Opfer von Landminen nachhaltig. Man nahm ihr die Empathie ab, die sie während ihrer zahlreichen Zusammentreffen mit den Opfern ehrlich zeigte.

In Diana spürte man die wahre Königin der Herzen. All das konnte man bei den Windsors so nicht erkennen. Die königliche Familie um Prinz Charles wirkte dagegen spröde sowie verängstigt, und es fehlte allen an einer gewissen Ausgelassenheit, die man aber bei Diana während ihrer unzähligen öffentlichen Auftritte sehr positiv wahrnahm.

Im Juli dieses Jahres hat sich die British Broadcasting Corporation (BBC) für den Umgang mit der verstorbenen Prinzessin Diana offiziell entschuldigt. Vorausgegangen war ein im Jahr 1995 legendäres BBC-Fernsehinterview mit Prinzessin Diana, in dem die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt des Vereinigten Königreichs versuchte, ein eklatantes Fehlverhalten zu vertuschen. Ein Journalist hatte damals Dianas Bruder Charles Spencer gefälschte Kontoauszüge gezeigt, die scheinbar belegten, dass Mitarbeiter am Hofe dafür bezahlt wurden, Diana auszuspiionieren. Daraufhin hatte Spencer seine Schwester mit dem BBC-Journalisten bekannt gemacht und ihr empfohlen, ein Interview zu geben.

In dem denkwürdigen Fernsehinterview vor mehr als 20 Millionen Zuschau-

ern im November 1995 hatte Diana die Affäre ihres Mannes Charles mit seiner heutigen Ehefrau Camilla für das Scheitern ihrer Ehe verantwortlich gemacht. „Wir waren zu dritt in dieser Ehe“, erklärte die Prinzessin einem geschockten Fernsehpublikum. Zudem gestand sie, selbst ebenfalls untreu gewesen zu sein. All dies schadete der Prinzessin nicht, weder die Scheidung von Charles noch der Verlust des Prädikats „Royal Highness“ konnten ihre Beliebtheit schmälern.

Fehlverhalten der BBC

In gewisser Weise begann sie nach ihrer Trennung von Charles das Spiel mit den Medien mitzuspielen. Als „alleinerziehende“ Mutter kam sie dem Klatsch zuvor, indem sie selbst Informationen über ihr Privatleben lancierte. Ihre ganz eigene Art und Weise, ihr Privatleben zum Gegenstand von Klatschpresse und Berichterstattung zu machen, hat ordentlich dazu beigetragen, dass sie schon zu Lebzeiten als berühmteste, meistfotografierte Frau der Welt galt: Königin der Herzen eben.

Als Diana am 31. August 1997 bei einem Autounfall ums Leben kam, waren die beiden Prinzen Harry und William erst zwölf beziehungsweise 15 Jahre alt. Dennoch hat Diana es geschafft, ihren Söhnen so viel Mutterliebe mit auf den Weg zu geben, dass sie sich dadurch ein Leben lang geleitet fühlen. Harry sagte einst im Hinblick auf das karitative Engagement der Brüder: „Wir geben das weiter, was unsere Mutter verkörperte, als sie noch am Leben war.“

Die beiden Söhne enthüllten im Sommer 2021 eine lebensgroße Bronze-Statue von ihrer Mutter vor dem Kensington Palace in London. Am 6. September 1997 sang Elton John „Candle in the Wind“ bei der Beerdigung seiner Freundin Prinzessin Diana von Wales in der Westminster Abbey unter Verwendung eines neuen Textes. Er begann nun mit den Worten „Goodbye England’s Rose“. Elton John hat die 1997er Version von „Candle in the Wind“ niemals wieder aufgeführt. Er lehnte den Wunsch von Dianas Söhnen ab, das Lied auf dem Gedenkkonzert „Concert for Diana“ zu spielen. Bei Konzerten spielt er stets die ursprüngliche Fassung von 1973.

Ungeklärter Stiftungsstreit

Bereits zu ihren Lebzeiten gab es eine private „Diana-Stiftung“ (The Princess of Wales’ Charities Trust), deren Existenz bis zu ihrem Tod geheim gehalten wurde. Hauptsächlich wurde der Fonds aus Mitteln finanziert, die Organisationen und Firmen beziehungsweise Sponsoren dafür bezahlten, dass Diana sie besuchte oder sie repräsentierte. Die Stiftung förderte damit zahlreiche kleinere gemeinnützige Organisationen.

Diana wollte die Arbeit der Stiftung möglichst von der Öffentlichkeit fernhalten. Einige Organisationen und Projekte erfuhren nicht einmal, dass das Geld, das sie bekamen, aus dem Diana-Fonds stammte. Im August 1998 trat der „The Princess of Wales’ Charities Trust“ an Prinz William und Prinz Harry mit der Bitte heran, die Arbeit ihrer Mutter fortzusetzen und die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Diese private Diana-Stiftung sollte aber nicht mit der „Diana Gedächtnis Stiftung“ (Diana Princess of Wales Memorial Trust) verwechselt werden. Diese Stiftung wurde kurz nach Dianas Tod zu ihrem Andenken und zu dem Zweck, die zahllosen Spenden in ihrem Sinne weiterzuleiten, gegründet. Bis heute gibt es darüber Unstimmigkeiten, wie man diese Stiftung weiterführt. Dianas Bruder, Charles Spencer, und die beiden Prinzen William und Harry befürworten heute die Auflösung der Stiftung.

● Heinrich Prinz von Hannover,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlich-Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. Er arbeitet als Verleger in Göttingen.

Bei einem Mittagessen zu Ehren des Prinzen und der Prinzessin von Wales in Hannover-Herrenhausen bekam ich neben vielen ausgewählten Gästen die Gelegenheit, dem Paar persönlich zu begegnen

LALE ANDERSEN

„Lili Marleen“ machte sie berühmt

Die in Preußen geborene Sängerin, Liedtexterin und Schauspielerin starb vor 50 Jahren in Wien

VON MARTIN STOLZENAU

Lale Andersen hieß eigentlich Liese-Lotte Helene Berta Brunnenberg, stammte von der Wesermündung in Nordwestdeutschland und erlangte als Sängerin, Liedtexterin sowie Schauspielerin internationale Bekanntheit. Mit dem Lied „Lili Marleen“, dem ersten Millionenseller der deutschen Schallplattengeschichte, erlangte sie Weltruhm. Beim Erklängen dieses Liedes schwiegen an einigen Fronten des Zweiten Weltkrieges sogar für einige Minuten die Waffen.

So sehr das Lied bei den Soldaten auf Freude stieß, so wenig konnten sich die Nationalsozialisten damit anfreunden. Auch weil ihr später untersagt wurde, das Lied zu singen, lebte sie einige Jahre zurückgezogen auf der Nordseeinsel Langeoog. Nach dem Ende von Krieg und NS-Herrschaft gelang ihr ein künstlerischer Neuanfang bis hin zur Teilnahme am Grand Prix Eurovision de la Chanson Européenne, dem heutigen Eurovision Song Contest, sowie Auftritten in Fernsehshows und Fernsehfilmen. Das US-amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ zählte sie zu den „berühmtesten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts“.

Der spätere Weltstar wurde am 23. März 1905 in Lehe, das heute ein Ortsteil von Bremerhaven ist, aber damals zu Preußen gehörte, geboren. Ihr Vater war ein Schiffssteward. Das junge Mädchen floh früh aus dem Elternhaus, heiratete schon mit 17 Jahren den Maler Ernst Wilke und wurde Mutter von drei Kindern.

Doch parallel träumte die junge Frau von einer Karriere als Sängerin und Schauspielerin. Sie trennte sich von ihrem Mann, gab die Kinder zu Verwandten und widmete sich in Berlin einer künstlerischen Ausbildung. 1931 erfolgte die offizielle Scheidung ihrer Ehe.



Bei einem Fernsehauftritt im Hamburger Hafen: Lale Andersen an Bord des Schiffes „Jan Molsen“ an den Landungsbrücken

Im selben Jahr hatte sie unter dem Namen Liese-Lotte Wilke im Deutschen Künstlertheater in Berlin ihren ersten Auftritt. Es folgten weitere Engagements in mehreren Berliner Theatern und 1933 eine Verpflichtung am Schauspielhaus in Zürich. Sie hatte eine Beziehung zum Intendanten Rolf Liebermann, trat nun unter dem Künstlernamen Lale Andersen auf und wechselte dann an die Kammerspiele in München. Auftritte an anderen Theatern und Kabarettbühnen folgten,

wobei sie mehr und mehr mit Volksliedern, Chansons und Schlagern hervortrat. Ab 1937 fungierte der Pianist und Kapellmeister Carl Friedrich Pasche als ihr ständiger Klavierbegleiter.

1945 gelang ihr der Neustart

1939 nahm Lale Andersen das von Hans Leip bereits 1915 getextete und von Norbert Schulze vertonte Lied „Lili Marleen“ unter dem Titel „Lied eines jungen Wachtpostens“ auf. Vom Soldatensender

Belgrad verbreitet stieg das Lied zum Sehnsuchtslied auf beiden Seiten der Fronten auf. Beim lautstarken Erklängen des Titels zum Sendeschluss gegen 22 Uhr schwiegen die Waffen.

Doch dann fiel die Sängerin nicht zuletzt mit ihren fortdauernden Kontakten zu Emigranten in Ungnade und erhielt ein Auftrittsverbot. Laut dem britischen Sender BBC war sie sogar in einem Konzentrationslager inhaftiert. Letzteres war allerdings eine Falschmeldung. Vielmehr

überstand sie das Kriegsende auf der Insel Langeoog.

Nach dem Ende von Krieg und NS-Herrschaft stand Lale Andersen mit ihrer eigenwilligen Stimme schnell wieder als Star im Rampenlicht. Sie glänzte mit Chansons sowie Seemannsliedern, absolvierte internationale Tourneen und heiratete 1949 den Schweizer Komponisten Artur Beul, der ihr über 20 Lieder auf den Leib schrieb. Das reichte von „Die Fischer von Langeoog“ über „Mit zwei Augen wie den deinen“ und „He, hast du Feuer Seemann?“ bis zum gospelartigen „Moses, Moses“. Dazu kamen ihre eigenen Übersetzungen und selbstverfasste eigene Lieder wie „Besame mucho“, „Sunset Boulevard“ und „Spiel mir eine alte Melodie“.

Lale Andersen war im Hörfunk und in den frühen Fernsehsendungen präsent. 1961 vertrat sie ihr Land beim Grand Prix Eurovision de la Chanson Européenne in Cannes. 1969 sorgte sie in Peter Zadeks Fernsehfilm „Der Pott“ mit dem Antikriegslied „Tragt sie sanft“ für zusätzliches Aufsehen. Ein Jahr später war sie mit ihren plattdeutschen Liedern der Mittelpunkt eines musikalischen Fernsehporträts ihrer Nordseeinsel Langeoog. 1972 brachte die Künstlerin dann ihre Autobiographie „Der Himmel hat viele Farben“ heraus, welche die „Spiegel“-Bestsellerliste eroberte.

Zu der Zeit erkrankte Andersen an Leberkrebs. Daran starb sie am 29. August 1972 in Wien. Sie wurde 67 Jahre alt. Ihre letzte Ruhestätte fand sie auf dem Dünfriedhof auf Langeoog. An ihrem Geburtshaus in Bremerhaven erinnert heute eine Gedenktafel an sie. Auf Langeoog blieb der Sonnenhof, ihr Haus, erhalten und wird ihr Grab gepflegt. Dazu erinnert ein Denkmal, das Lili Marleen an einer Laterne zeigt, an die berühmte Inselbewohnerin. 1999 stiftete die Sparkasse von Bremerhaven den „Lale-Andersen-Preis“.

DEUTSCHES ECK

Wo die Mosel in den Rhein fließt

Vor 125 Jahren wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Koblenz eingeweiht

In der Herrschaftszeit des preußischen Königs Wilhelm I. und der Amtszeit des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck geschah Beachtliches. Es wurden der deutsche Dualismus zwischen der norddeutschen und der süddeutschen Großmacht beendet und die Deutschen geeint. Heute sehen wir darin vor allem das Werk Bismarcks. Im monarchisch geprägten Deutschland hingegen war die Neigung vorhanden, Großereignisse einem Herrscher und nicht dessen Kabinettschef zuzuschreiben. Zudem hatte sich Wilhelm vor allem in der Endphase seiner Regentschaft und seines Lebens viele Sympathien erworben durch ein freundliches, bescheidenes, gelassenes und humorvolles Auftreten.

Hinzu kam sein indirekter Nachfolger Wilhelm II., der versuchte, für seinen Großvater die Bezeichnung „Wilhelm der Große“ durchzusetzen. Nach dem Ableben Wilhelms I. im Jahre 1888 entstanden so Hunderte von Kaiser-Wilhelm-Denkmalen. Zu den größten zählt neben dem im Kyffhäusergebirge das an der Porta Westfalica. Bauherr des Letzteren war die preußische Provinz Westfalen.

Analog dazu und in mancher Beziehung vergleichbar schuf die Rheinprovinz das Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Deutschen Eck. Am 13. Dezember 1888 be-

schloss der 35. Rheinische Provinziallandtag auf Antrag des Provinzialausschusses, durch einen Wettbewerb zu entscheiden, wo und in welcher Form ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal der Provinz entstehen sollte. 25 Vorschläge gingen ein.

Als Sieger ging der Entwurf des Düsseldorf Architekturbüros Jacobs & Wehling hervor. Der sah ein Denkmal in der südlichen Felswand des Drachenfels im Siebengebirge vor, doch erwies sich dessen Realisierung als zu teuer. Am 11. Dezember 1890 versuchte der Provinziallandtag wenigstens einen Standort zu bestimmen. Eine Abstimmung im Plenum führte jedoch zu keinem Ergebnis.

Daher ließ das Provinzialparlament Kaiser Wilhelm II. die letztendliche Wahl. Am 16. März 1891 wurde per Kabinettsordre Koblenz als Standort festgelegt. Hierfür soll auch Wilhelms I. Witwe Augusta plädiert haben. Dort hatte das damalige prinzipale und spätere kaiserliche Paar von 1850 bis 1858 im Kurfürstlichen Schloss residiert und insbesondere sie hatte sich in der Stadt wohl gefühlt. Konkret sollte das neue Denkmal am Deutschen Eck errichtet werden, wo die Mosel in den wohl deutschesten aller deutschen Flüsse, den Rhein, fließt.

Nachdem der Ort des Denkmals bestimmt war, schrieb der Provinzialver-

band 1892 einen neuen Wettbewerb aus. Eine Jury, der neben verschiedenen Professoren aus der Provinzialhauptstadt Düsseldorf und der Reichshauptstadt Berlin auch der Direktor der königlichen Nationalgalerie seit 1874, der Kunsthistoriker Max Jordan, angehörte, sprach sich für einen Entwurf des Architekten Bruno Schmitz und des Bildhauers Emil Hundrieser aus.

Schmitz war damals sehr gut im Geschäft. So zeichnete er als Architekt ebenfalls verantwortlich für die auch zu jener Zeit entstandenen Kaiser-Wilhelm-Denkmalen an der Porta Westfalica und im Kyffhäusergebirge. Während an der Porta Westfalica das Kaiserstandbild vom österreichischen Bildhauer und Medailleur Caspar von Zumbusch entworfen wurde, arbeitete Schmitz am Deutschen Eck wie



Am 31. August 1897: Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck

beim Kyffhäuserdenkmal mit dem in Königsberg geborenen preußischen Bildhauer Emil Hundrieser zusammen.

Im September 1895 wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Das Denkmal ist 37 Meter hoch, von denen 14 Meter auf das bronzene, 63,5 Tonnen schwere Reiterstandbild entfallen, das auf einer steinernen, aus Granit gearbeiteten Pfeilerhalle steht. Wie bei Herrschern üblich wird Wilhelm zu Pferde dargestellt. Wie weiland im wirklichen Leben trägt der Monarch eine Generalsuniform. Weniger realistisch ist da schon der geflügelte, weibliche Genius zu Wilhelms Linken. Diese Kombination erinnert an das von 1895 bis 1897 errichtete Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal an der Berliner Schloßfreiheit.

Allerdings gibt es einen bemerkenswerten Unterschied. Bei dem am 22. März 1897 enthüllten Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal führt der Genius das Pferd. Bei dem nur wenige Monate später, am 31. August, eingeweihten Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck führt der Herrscher gemäß den Änderungswünschen seines bei der Einweihung anwesenden Enkels Wilhelm II. selbst sein Ross ohne fremde Hilfe, und die Aufgabe des Genius beschränkt sich darauf, des Kaisers Krone in den Händen zu tragen.

Manuel Ruoff

VON NORMAN HANERT

Als im August 2021 die letzten US-Soldaten hastig aus Kabul abrückten und die Taliban die Kontrolle über die afghanische Hauptstadt übernahmen, war dies ein klares Zeichen für eine schwere Niederlage des Westens gegenüber einem technologisch weit unterlegenen Gegner. Je länger nun der Krieg in der Ukraine andauert, desto stärker stellt sich die Frage, ob das Bündnis westlicher Staaten auch einen konventionell ausgetragenen Krieg gegen einen gleichwertigen Gegner verlieren würde.

Faktisch findet im Osten Europas ein Stellvertreterkrieg statt, bei dem sich Russland und die NATO gegenüberstehen. Dabei hat Kiew allein aus den USA vom 24. Januar bis zum 3. August militärische Hilfe im Wert von 25 Milliarden US-Dollar erhalten, so Berechnungen des Kielers Instituts für Weltwirtschaft.

Teil des jüngsten Hilfspakets aus Washington sind 20.000 Mörsergranaten und 75.000 Granaten mit dem Kaliber 155 Millimeter für die von den USA gelieferten M777-Haubitzen. Die Lieferzahlen sehen nur auf den ersten Blick eindrucksvoll aus. Gemessen am Bedarf der russischen Armee würde die Lieferung aus den USA nämlich nicht einmal für zwei Kriegstage in der Ukraine reichen. Ukrainische und westliche Quellen gehen davon aus, dass die russische Armee Tag für Tag in zwischen 50.000 und 75.000 Artilleriegranaten verschießt. Die Möglichkeiten der Ukrainer liegen lediglich bei einem Zehntel davon.

Das „Royal United Services Institut“ (RUSI), eine Forschungseinrichtung der britischen Streitkräfte, hat sich in einer Studie mit der Frage beschäftigt, wie Russlands Rüstungsindustrie es schafft, die hohe Feuerkraft seiner Artillerie in der Ukraine über Monate aufrecht zu erhalten. Tatsächlich stellt die Versorgung von Armeen mit Hunderttausenden von Soldaten und Tausenden von Geschützen und Panzern mit Munition einen extremen Kraftakt dar.

Praxistauglichkeit fraglich

Bei seinem Vergleich der westlichen und der russischen Rüstungsindustrien kam das RUSI zu der Erkenntnis, dass die Munitionsvorräte der USA bestenfalls für zwei Wochen eines hochintensiven Kampfes reichen, wie ihn die russischen Streitkräfte in der Ukraine seit Monaten führen.

Die Möglichkeiten der kleineren Nato-Partner sind dementsprechend noch geringer einzuschätzen. Schon bei der Libyen-Intervention im Jahr 2011 hatten sich Großbritannien und Frankreich nach einem Monat Luftsätze an die USA wenden müssen, weil ihnen die Laser-gesteuerten Präzisionsbomben



An russischen Panzern einfach abgeprallt: Gefeierte US-Panzerabwehrrakete vom Typ Javelin

Foto: Mauritius

WEHRTECHNIK

Die trügerische Hoffnung auf die neuen „Wunderwaffen“

Statt auf Masse setzt der Westen vermehrt auf die Klasse der hochtechnologischen, neuen Waffensysteme – Doch in der Praxis des Ukrainekriegs haben die Geräte verblüffend oft enttäuscht

ausgegangen waren. John Pike, ein führender westlicher Verteidigungsexperte, kommentierte dies seinerzeit: „Wenn den Europäern schon zu so einem frühen Zeitpunkt in so einer kleinen Mission die Munition ausgeht, fragt man sich, auf welche Art von Krieg sie sich vorbereitet haben.“

Ein weiteres Problem, das sich in der Ukraine zeigt, betrifft die Praxistauglichkeit westlicher Waffen abseits von Schießplatz und Manövergelände. Bereits seit etwa 2018 hat die Ukraine von den USA Panzerabwehrraketen des Typs Javelin erhalten. Die tragbaren Raketen wurden oft-

mals als modernste Panzerabwehrwaffe der Welt angepriesen.

Mittlerweile ist allerdings auch zu bemerken, wie sich beim Einsatz dieser „Superwaffe“ in der Ukraine Ernüchterung einstellt. Im Internet kursieren Videos, die zeigen, wie ukrainische Kämpfer auf russische Panzer sogar hintereinander mehrere Javelines abfeuern, die Raketen aber an den Panzern einfach abprallen. Experten hatten solche Fehlschläge zunächst mit der Überlagerung von Batterien in den tragbaren Waffen erklärt.

Der ehemalige US-Marine-Infanterist Brian Berletic wies in seinem Videoblog

„The New Atlas“ allerdings darauf hin, dass auch trainierte amerikanische Einheiten nur eine magere Erfolgsbilanz bei der Nutzung der Javeline vorweisen könnten. Dabei verwies er auf ein offizielles Dokument des US-Heeres zum Infanterietraining in Fort Benning (Georgia). Laut dieser Auswertung lag die Zahl effektiver Treffer bei der Übung mit Panzerabwehrwaffen wie Javeline und der schwedischen Entwicklung AT-4 lediglich bei 19 Prozent.

Die dürftige Erfolgsquote, die in Fort Benning festgestellt wurden, führte das US-Heer in einer Auswertung allerdings

auf eine mangelhafte Vorbereitung der Soldaten auf den Waffeneinsatz und auch auf ein fehlendes Verständnis für die Waffen zurück. „Hier geht es um US-Soldaten, die gut ausgebildet sind und viel Zeit zum Training haben. Sie wissen, wie die Waffen funktionieren. Was sie nicht gut genug verstehen, sind die Spezifikationen der Waffen, um diese effektiv anwenden zu können.“, so der Ex-Militär Berletic, und fügt an: „Nehmen Sie das Problem, dass die US-Soldaten unter Trainingsbedingungen mit diesen Waffen haben, und übertragen Sie es auf die Situation in der Ukraine.“

GESUNDHEIT

Alarmismus wegen eines neuen China-Virus

Ein vermutlich harmloser Erreger sorgt für Aufregung in Teilen der Fachwelt – Droht die nächste Hysterie?

Vor Ausrufung der Corona-Pandemie waren Artikel über Viren, die in zweieinhalb Jahren bei drei Dutzend Menschen zu banalen Erkältungssymptomen, aber keinen schweren Verläufen oder gar Todesfällen geführt haben, sicher niemals in einem renommierten Fachblatt wie „The New England Journal of Medicine“ (NEJM) erschienen. Doch mittlerweile wird offenbar jeder neu identifizierte Erreger aus dem globalen Reservoir der vermutlich rund 100 Millionen Virenarten als potentieller Gefahrenherd ausgemacht, über den die Welt Bescheid wissen muss.

Aktuell übernahmen 17 Virologen aus Singapur, Australien und der Volksrepub-

lik China um Xiao-Ai Zhang vom staatlichen Institut für Mikrobiologie und Epidemiologie in Peking die Rolle der Unheilsverkünder. Ihr Artikel „A Zoonotic Henipavirus in Febrile Patients in China“ in der NEJM-Ausgabe vom 4. August berichtet von der Entdeckung eines bislang unbekanntem Erregers aus der Gattung der Henipaviren, der den Namen Langyavirus (LayV) erhielt, weil er zuerst in der historischen Region Langya in der chinesischen Provinz Shandong nachgewiesen wurde.

Hier fanden die Wissenschaftler Ende 2018 im Rachenabstrich eines Bauern die RNA des LayV, bevor sie dann bis Anfang 2021 noch bei weiteren 34 Personen auf

das Virus stießen. Die Infizierten zeigten aber durchweg nur wenig spektakuläre Symptome: Fieber, Müdigkeit, Husten, Kopf- und Muskelschmerzen, Appetitlosigkeit und Übelkeit. Weil die Betroffenen fast alle Landwirte mit Kontakt zu Tieren waren, suchten die Forscher nach entsprechenden Wirten. Dabei spürten sie den Erreger auch in 262 Spitzmäusen sowie einigen wenigen Hunden und Ziegen auf. Darüber hinaus heißt es in dem Artikel: „Die Kontaktnachverfolgung bei neun Patienten mit engen Kontakten innerhalb der Familie ergab keine LayV-Übertragung.“

Das klingt zunächst sehr harmlos und maximal nach einer Zoonose ohne son-

derliches Gefahrenpotential. Zumal die Untersuchung der Virologen nicht einmal die Henle-Koch-Postulate hinsichtlich des eindeutigen Nachweises der Ursache-Wirkungs-Beziehung zwischen Erregern und Symptomen bei angeblichen Infektionskrankheiten erfüllen. Mit anderen Worten: Die Beschwerden der Probanden resultierten möglicherweise gar nicht aus dem LayV, denn es wurden zugleich noch weitere pathogene Viren im Körper der Erkrankten gefunden.

Eiligst „unter Beobachtung“

Deshalb warnt François Balloux vom University College London, einer der weltweit führenden Experten für Zoonosen,

auch vor jedwedem Versuch der direkten oder indirekten Gleichsetzung des Langya-Henipavirus mit dem Pandemie-Verursacher SARS-CoV-2.

Dennoch aber orakeln die Autoren des NEJM-Artikels mit düsterem Unterton, dass sich eine Übertragung des LayV-Virus von Mensch zu Mensch vielleicht doch nachweisen lasse, wenn man größere Stichproben als bisher betrachtete. Daraufhin hat das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) LayV eiligst „unter Beobachtung gestellt“. Damit sind durchaus noch unangenehme Überraschungen möglich.

Wolfgang Kaufmann



BURG RAGNIT

Ein Waffenmuseum in der Burg

Unternehmer setzt sich für das Denkmal ein – Café und Wanderwege sollen Touristen anlocken

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In vielen Städten des Königsberger Gebiets gibt es Kirchen oder Burgen, die für ihre besondere Geschichte und Schönheit bekannt sind. Eine der wichtigsten und größten Burgen der Region befindet sich am östlichen Stadtrand in der Stadt Ragnit [Neman]. Nachdem die Burg und die Stadt eine lange Periode der Vernachlässigung und des Verfalls durchgemacht hatten, haben sich in den letzten Jahren positive Veränderungen ergeben, die schon beim Betreten der Stadt zu erkennen sind.

Vor einigen Jahren gewann Ragnit den vom Föderalen Bauministerium veranstalteten gesamtrossischen Wettbewerb für die besten Projekte zur Schaffung eines angenehmen städtischen Umfelds und erhielt einen Zuschuss für die Verbesserung des zentralen Parks und des Gebiets um die Burg und den Mühlenteich.

Da der Park und das Gelände der Burg in unmittelbarer Nähe liegen, wurde beschlossen, beide zu einer Wanderroute zusammenzufassen. Der Park liegt auf einem Hügel und hat auf drei Seiten Zugang zum Wasser. Im Rahmen des Programms entstanden terrassenförmig angelegte Aussichtsplattformen, die einem Amphitheater ähneln, neue Wege, Bänke, eine Bühne, eine Anlegestelle für Boote und Katamarane, Beleuchtung und Brücken für Fischer sowie Panoramaschaukeln.

Darüber hinaus wurden die Fassaden der naheliegenden Häuser renoviert und mit Bildern historischer Panoramen der Stadt geschmückt. Im Jahr 2021 schloss die Stadt die ersten Landschaftsgestaltungsarbeiten ab.

Ein geschichtsträchtiger Ort

Im Jahr 1277 wurde die hölzerne Burg von Raganita von den Ordensrittern niedergebrannt. Im Jahr 1289 errichtete der Landmeister von Preußen, Meinhard von Querfurth, an ihrer Stelle eine Holz-Erde-Burg mit dem Namen Landeshut, die 1326 in Ragnit umbenannt wurde. Im Jahr 1397 begannen die Ordensritter an der Stelle,



Steht noch als Ruine da: Die Überreste von Burg Ragnit

Foto: J.T.

an der sie heute noch steht, mit dem Bau einer steinernen Burg. Sie wurde im Jahr 1409 fertiggestellt. Das Bauwerk hatte eine fast quadratische Form – 59 mal 58 Meter – und einen großen Innenhof. Auf den vier Etagen gab es elf große Säle und viele kleinere Wirtschaftsräume. Im Laufe der Jahrhunderte wurden die oberirdischen und unterirdischen Räume mehrmals umgebaut. Ein 25 Meter hoher Uhrenturm wurde zum festen Bestandteil der Burg.

Im Jahr 1825 beherbergte Burg Ragnit das Stadtgericht und das Gefängnis, das bis 1945 dort blieb. Während des Kriegs wurde die Burg stark beschädigt und war lange Zeit verlassen. In der Sowjetzeit diente sie als Kulisse für mehrere Kriegsfilme. Die Burg wurde 2007 offiziell als Kulturdenkmal von regionaler Bedeutung eingetragen. Im Jahr 2010 wurde sie der Russisch-Orthodoxen Kirche übertragen.

Vor drei Jahren pachtete der Unternehmer Iwan Artjuch die Burg, und seitdem arbeitet der Unternehmer mit Unterstützung von Freiwilligen und der Verwaltung der Stadt an der Burg, um sie zu erhalten und für Touristen attraktiver zu machen. Auf dem Burggelände wurde eine Fahrradtrasse angelegt und ein Informationszentrum mit einer interaktiven Tafel eingerichtet. Auf dem Hauptturm wurde eine neue Uhr mit Glockenspiel installiert.

Vergangenes Jahr erhielt Artjuch ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von umgerechnet fünf Millionen Euro, um die Burg zu restaurieren und in den wirtschaftlichen Verkehr zu bringen. Ragnit will ein Hotel, einen Konferenzsaal, eine Aussichtsplattformen, ein Café sowie Museumsräume eröffnen. Die Betonarbeiten zur Verstärkung der Mauern sind bereits im Gange. Es wird erwartet, dass die Mu-

seumssäle, in denen Beispiele mittelalterlicher Waffen ausgestellt werden sollen, bald geöffnet werden können.

Fertigstellung bis 2024

Ursprünglich hatte der Unternehmer die Absicht, die Burg so wiederherzustellen, wie sie im 15. Jahrhundert war. Experten waren jedoch der Meinung, dass die Wände einem Ziegeldach nicht standhalten könnten. Deshalb wollen sie anstelle eines Daches Metallrahmen verwenden, die die Silhouette der Burg nachbilden.

Für die Gäste von Ragnit gibt es in naher Zukunft also einiges zu besichtigen. Nun muss das Sanierungsprojekt in Ragnit noch alle erforderlichen Gutachten bestehen. Danach wird das Bauunternehmen mit der Sanierung des Denkmals beginnen. Die Arbeiten sollen im Jahr 2024 fertiggestellt sein.

CRANZ

Müllmuseum soll zum Nachdenken anregen

Exponate wurden aus Abfällen zu etwas Neuem zusammengebaut – Begeisterung bei Kindern und Jugendlichen

In der Nähe der Autobahn, die Cranz [Selenogradsk] mit Königsberg verbindet, nur wenige Kilometer vom Badeort entfernt, befindet sich ein sehr ungewöhnlicher Ort – die sogenannte ökologische Stadt der „Grünen Katze“.

Lustige Namen

Die Öko-Plattform hat ihre Arbeit im Jahr 2020 aufgenommen. Im September vergangenen Jahres, während einer großen Öko-Rallye, eröffnete an diesem Ort ein Müllmuseum namens „MU-MU-KA“ seine Türen. Vorbild für das außergewöhnliche Museum im Königsberger Gebiet war ein Museum in der Region Kaluga mit dem lustigen Namen „MU-MU“. Es wurde vor sechs Jahren eröffnet und beherbergt heute etwa tausend Exponate aus drei Dutzend Ländern.

Es wurde beschlossen, den „Zweig“ an der Ostsee nach diesem Beispiel zu grün-

den und ihn „MU-MU-KA“, was für „Musor Kaliningrad“ steht. Der Organisator beider Projekte ist derselbe, näm-

lich die Moskauer Kunstgruppe Buro. In Cranz hat sie mehrere kleine Privatmuseen eingerichtet für Katzen, Engel,

Schädel und Skelette sowie Eulen und Käuze.

Es ist erwähnenswert, dass es im Museum keinen Müll im eigentlichen Sinne gibt, sondern es handelt sich um Kunstobjekte, die von Künstlern aus Abfall hergestellt wurden. Einige Exponate des Museums sind bereits im Freien zu besichtigen, die auch die anspruchsvollsten Objekte im Eingangsbereich des Museums sind. Dazu gehören ein Elefant aus alten Monitoren, Tastaturen und Computern, ein Dinosaurier aus Autoteilen und eine alte Kleinbuskarosserie sowie ein großer Roboter.

Hinter den Vitrinen im Inneren des Museums befinden sich Dekorationen aus Computer-Mikrochips, Matten aus Plastik, ein geflochtener Samowar aus Papierröhren, eine Lampe aus Altlampen und vieles mehr. Es gibt auch viele Exponate, die man anfassen und auf denen

man sitzen oder sich sogar hinlegen kann.

Das Museum erfreut sich großer Beliebtheit, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Die Ausstellung wird regelmäßig von Schulkindern besucht.

Das Museum soll auch all jenen eine Plattform bieten, die sich mit Umweltfragen beschäftigen, die sich eingehend und professionell mit Ökologie beschäftigen oder erste Schritte in diese Richtung unternehmen, die einen gesunden Lebensstil führen und die Schönheit in allem sehen können, auch im Müll. Die Ausstellung sorgt nicht nur für Erstaunen und Freude, sondern regt auch zum Nachdenken über das Ausmaß der Umweltverschmutzung auf unserem Planeten an.

Die Gründer des Museums planen, in naher Zukunft einen Ökomarkt, eine Konzertbühne und einen Vortragssaal einzurichten. J.T.



Aus Abfall Neues geschaffen: Exponate des neuen Müllmuseums

Foto: J.T.

MELDUNGEN

Kampfjets in Ostpreußen

Tannenwalde – Russland hat Medienberichten zufolge drei Kampfjets ins Königsberger Gebiet verlegt. Die MiG-31 seien in der Ostsee-Exklave rund um die Uhr einsatzbereit, zitiert die staatliche Nachrichtenagentur RIA das russische Verteidigungsministerium. Die Jets seien mit Kinschal-Raketen ausgestattet. Der litauische Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas versicherte, dass dies nichts an der Sicherheitslage in der Region ändere und keine weitere Gefahr für Litauen darstelle. Nach Angaben des Ministers ist die russische militärische Kapazität im Königsberger Gebiet derzeit infolge des Ukrainekrieges erheblich reduziert. Die russische Exklave zwischen den NATO-Mitgliedern Litauen und Polen bleibt jedoch ein stark militarisiertes russisches Gebiet. Die drei Mig-31-Flugzeuge mit Kinschal-Hyperschallraketen seien auf den Flugplatz Tannenwalde [Tschkalowsk] verlegt worden, hieß es in einer Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums. Bob.

Wandertheater in Burgen

Allenstein – Es geht zurück zu den Anfängen der wandernden Bühnen, die gegen Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts im südlichen Ostpreußen Kinder und Erwachsene erfreuten. Selbst nach der Errichtung der festen Bühne des Treudank-Theaters, des heutigen Stefan-Jaracz-Theaters, in Allenstein waren die Schauspieler oft zu Vorstellungen in der Region unterwegs. Seit einigen Jahren macht das auch die Wanderbühne des Stefan-Jaracz-Theaters. Die Stücke des Theaters kann man bis zum 16. September in Allenstein, Hohenstein, Wartenburg, Neidenburg, Osterode, Heilsberg, Rößel und Rastenburg sehen. Geboten wird als erstes Shakespeares „Wie es Euch gefällt“, aber danach auch einige andere Stücke. U.H.

Wir gratulieren...

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Palfner, Hildegard, aus Ebenrode, am 29. August
Walleit, Erich, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 31. August
Zabel, Luise, aus Neidenburg, am 30. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hein, Hedwig, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Rosslan, Erich, aus Schuttchenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August
Zielasko, Kurt, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Rembitzki, Helmut, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. September
Sander, Hildegard, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August
Wilimzik, Ella, geb. **Grubert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Grüner, Ruth, geb. **Watteler**, aus Wehlau, am 29. August
Hanstein, Donata von, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 29. August
Ronneberger, Marga-Marta, geb. **Fortunewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Förster, Lisbeth, geb. **Slaby**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. August
Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, am 26. August
Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 26. August
Manke, Inge, geb. **Schneller**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 30. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ballnus, Kläre, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. August
Borawski, Erich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 30. August
Denda, Willi, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Fastnacht, Peter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 155, am 31. August

Klitsch, Irmgard, geb. **Petric**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. September
Köper, Elise, geb. **Albers**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 26. August
Ludwig, Heinz, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 28. August
Mosebach, Eva-Maria, geb. **Linoski**, aus Ortelsburg, am 31. August
Reiß, Erich, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 31. August
Slowik, Heinz, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 31. August
Spillner, Erika, geb. **Brakel**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 28. August
Wischniewski, Walter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bollig, Kurt, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 1. September
Kalisch, Oskar, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August
Klein, Hugo, aus Reimerswalde, Kreis Heilsberg, am 20. August
Nühlen, Hildegard, geb. **Sdorra**, aus Lyck, General-Busse-Straße 23, am 1. September
Pfeifer, Ilse, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 1. September
Reeg, Waltraut, geb. **Riemann**, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 30. August
Schmidtke, Gretel, geb. **Kersten**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August
Schneider, Anneliese, geb. **Engelbrecht**, aus Lötzen, am 30. August
Schützhold, Herta, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August
Tacke, Gertraud, geb. **Rogalski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Wayland, Ruth, geb. **Schettler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 26. August
Werner, Irmgard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August
Wickenberg, Traude, geb. **Abrams**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 29. August
Zimmermann, Waltraud, geb. **Schimkus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arndt, Reinhard, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 30. August
Jarst, Ewald, geb. **Jablonowski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Kästner, Christel, geb. **Reuber**, aus Groß Simnau, Kreis Mohrunen, am 27. August

Kubbos, Gerry, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 27. August
Leube, Gisela, geb. **Tolkmitt**, aus Neidenburg, am 31. August
Liss, Georg, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 28. August
Manzau, Lothar, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 26. August
Neumann, Gerhard, aus Ebenrode, am 28. August
Pillath, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Ramseger, Helga, geb. **Ginnuth**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 26. August
Schacht, Gerda, geb. **Schönsee**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 29. August
Szech, Horst, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 27. August
Theis, Ruth, geb. **Hartwig**, aus Neidenburg, am 1. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fandrey, Helmut, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 30. August
Fleisch, Brigitte, geb. **Pucks**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 30. August
Jahnke, Fritz, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 1. September
Marenski, Ortulf, aus Ortelsburg, am 29. August
Meininger, Gertrud, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 31. August
Ollech, Karl, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Richter, Elfriede, geb. **Torkler**, aus Kobillinnen, Kreis Lyck, am 30. August
Scharnowski, Reinhold, aus Ermental, Kreis Treuburg, am 1. September
Strick, Gertrud, geb. **Jelinski**, aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 31. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Balczun, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. August
Ballay, Willy, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Brust, Munin, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 30. August
Buchholz, Heinz, aus Neidenburg, am 30. August
Guenter, Barbara, aus Neidenburg, am 1. September
Hartwich, Erich, aus Schutt-schen, Kreis Neidenburg, am 29. August
Henke, Gerda, geb. **Böhnert**, aus Klogehnen, Kreis Mohrunen, am 29. August
Jahn, Gertrud, geb. **Symanzik**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 29. August
Jera, Manfred, geb. **Gerhardt**, aus Treuburg, am 29. August

**Werden Sie persönliches Mitglied der LO**

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen

und Seminaren der LO. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro.

Bitte schicken Sie Aufnahmeantrag, unter www.ostpreussen.de, per Post an: Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchstraße 4, 22087 Hamburg **Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kleinfeld, Eva, geb. **Termer**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 31. August
Schuff, Eva, geb. **Szielasko**, aus Treuburg, am 28. August
Tack, Eva, geb. **Melchien**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 27. August
Warstat, Eva, aus Wehlau, am 28. August
Wilhelm, Edith, geb. **Kulesa**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gogolla, Ruth, geb. **Chilla**, aus Reudorf, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Gruber, Magdalene, geb. **Sadowski**, aus Neidenburg, am 29. August
Häsel, Irmgard, geb. **Amonat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. August
Herr, Margarete, geb. **Zacharias**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 31. August
Kägebein, Christel, geb. **Scheufele**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 27. August
Kowalewski, Ulrich, aus Treuburg, am 28. August
Kowalzik, Brunhilde, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 26. August
Lukatis, Hildegard, geb. **Siegmund**, aus Kilianen, Kreis Treuburg, am 29. August
Mollenhauer, Edith, geb. **Gehlhaar**, aus Kirschappen, Kreis Fischhausen, am 31. August
Schwarz, Marlene, geb. **Dingenthal**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 27. August
Stettin, Edith, geb. **Lasarzik**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 27. August
Weschke, Ursel, geb. **Rosenbaum**, aus Stablack, Bornehner Straße 8, Kreis Preußisch Eylau, am 1. September
Wischniewski, Liesbeth, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 31. August

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bury, Christel, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 31. August
Cruspe, Edith, geb. **Trzaska**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Dannel, Dieter, aus Scheufelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Dörk, Werner, aus Kleeberg, Kreis Elchniederung, am 31. August
Falke-Schürmann, Brigitte, geb. **Saalmann**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 29. August

ANZEIGE

Erbarmung
 Frau **Ursel Weschke**
 geb. Rosenbaum
 aus Stablack (Pr. Eylau)
 begeht am 1. September 2022 ihren 90. Geburtstag
 Von ganzem Herzen gratulieren
Klaus-Dieter Weschke
Waltrud Potraffke
 Wir wünschen weiterhin viel Freude am Leben, beste Gesundheit und freuen uns auf viele interessante Unterhaltungen.

Fengler-Grutzeck-Hanert, Karin, geb. **Grutzeck**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. August
Franz, Edeltraut, geb. **Walendy**, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 31. August
Gohlke, Gerd, aus Königsberg, am 28. August
Ihde, Eva, geb. **Jaeckel**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 27. August
Kolschewski, Otto, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 28. August
Kutzinski, Heinz, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 31. August
Laskowski, Werner, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 28. August
Madaus, Elfriede, geb. **Hennig**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. August
Marzinowski, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 30. August
Mertins, Horst, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 28. August
Osterburg, Ingrid, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 27. August
Raphael, Siegfried, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 31. August
Reinhardt, Irene, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 29. August
Reuss, Kurt, aus Ankern, Kreis Mohrunen, am 30. August
Techt, Christel, geb. **Galka**, aus Skoppen/Reichenstein, Kreis Lötzen, am 1. September
Wolfschmidt, Hildegard, geb. **Slabi**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 26. August
Worfa, Helmut, aus Andreken, Kreis Lyck, am 28. August
Zollondz, Winfried, aus Lyck, am 31. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fleitmann, Klaus, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 27. August
Fröse, Klaus, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 31. August
Hofmann, Brigitte, geb. **Kumm**, aus Ortelsburg, am 30. August
Hufnagel, Dorothea, geb. **Kraemer**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 30. August
Jurtzig, Sigmar, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 28. August
Neidel, Vera, geb. **Saunus**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 27. August

Sanden, Jutta, geb. **Schulz**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 30. August
Schulz, Marianne, geb. **Hakelberg**, aus Ebenrode, am 31. August
Sengpiel, Ursula, geb. **Ciesla**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 31. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Buttler, Lothar, aus Borken, Kreis Treuburg, am 29. August

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Trakehner Verband

Neumünster – Das ist eine Sensation zum Trakehner Hengstmarkt am zweiten Adventswochenende in den Holstenhallen: Die legendäre Spanische Hofreitschule aus Wien startet die bis dato größte Tournee ihrer 456-jährigen Geschichte in der Pferdestadt Neumünster! Drei Auftritte der weltberühmten Schimmelhengste und ihrer eleganten Reiter rahmen den 60. Trakehner Hengstmarkt ein und begeistern mit Höhepunkten der klassischen Reitkunst. Schleswig-Holsteins Pferdestadt Neumünster hat die Ehre, den Auftakt der großen Europa-Tournee, die riesige Hallen in Oslo, Kopenhagen, Paris und Basel füllen wird, auszurichten.

Zusendungen für die Ausgabe 36/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 36/2022 (Erstverkaufstag 9. September) **bis spätestens Dienstag, den 30. August**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de,
 Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

der Landsleute sind herzlich willkommen.

Sonntag, 2. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade...

Wir freuen uns, möglichst viele Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen in Bad Nenndorf begrüßen zu können.

Kreistagsitzung

Gemäß Paragraph 4 Nummer 4 unserer Satzung vom 13. Oktober 2018 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagsitzung, die für den 1. Oktober, 9 Uhr, im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, anberaumt wird...

Preußischen Allgemeinen Zeitung bekanntzugeben. Alle Vorstands- und Kreistagsmitglieder sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagsitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugesandt.

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. 1. Stellvertreterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; 2. Stellvertreterin: Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; Kassenswart: Arnold Hesse, Am selstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewe-tel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf - Sonnabend, 10., bis Sonntag, 11. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf bei Hannover: Kreistreffen. Wir - der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevorteirter - freuen uns auf Sie.

Anfahrt zum Hotel Haase: Am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen. In 800 Meter Entfernung befindet sich der örtliche Bahnhof mit direktem S-

Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.

Sonnabend, 10. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase in Burgdorf, Lehrter Straße 12, 10,30 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park, ab 10.15 Uhr fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück, 11,30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Hotel Haase, 15,30 Uhr: Sondertreffen „Zinten-Stadt“ (für alle), ab 18.30 Uhr: gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 11. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“, 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im Hotel Haase mit Begrüßung durch die Kreisvertreterin Viola Reyentanz, Ostpreußenlied, Totenehrung (Arnold Hesse, Kreiskarteiführer und Kassenswart), Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott ...), Grußworte, Festansprache: Viola Reyentanz, Kreisvertreterin, zum Thema: „Heimattreue aus der Sicht einer Nachgeborenen“, Instrumentalstück, Schlusswort der Kreisvertreterin und der dritten Strophe des Deutschlandlieds, 16 Uhr: offizielles Ende des Hauptkreistreffens. Änderungen vorbehalten.

Matjesessen

Burgdorf - Freitag, 9. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Am Abend vor dem Kreistreffen findet unser traditionelles Matjesessen statt. Es bietet allen Landsleuten die Möglichkeit, den Abend in geselliger und angenehmer Runde zu ver-

bringen. Alle Landsleute und Besucher des Kreistreffens sind aufgefordert, sich bei bestehendem Interesse zu melden. Die Kosten hierfür trägt jeder selbst.

Ihre verbindliche Anmeldung für dieses Matjesessen richten Sie bitte an die Kreisvertreterin Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Aufgrund von durch Corona eventuell herrschenden Einschränkungen müssen wir uns Änderungen des Programms vorbehalten.

Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; Kassensverwalter: Günter Woyzschowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Hauptkreistreffen

Dortmund - Sonntag, 4. September, Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Hauptkreistreffen mit folgenden Tagesordnungspunkten: Chor, Begrüßung/Bericht Kreisvertreter, Eröffnung und Begrüßung Vorstand, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bericht Kassensprüfer/Entlastung, Bericht Sachverständigenrat, Chor, Geistliches Wort, Gedenkminute, Planungen 2022/2023, Grußwort Patenkreis, Grußwort ROSCH, Patenschaftsbetreuer, Ehrungen/Laudatio, Chor,

Schlusswort Vorstand, Chor - gemeinsames Singen.

Satzungsgemäße Änderungen vorbehalten. Einladungen zu diesem Hauptkreistreffen wurden allen Mitgliedern schriftlich satzungsgemäß übersandt.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de. Stellvertreterin: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel. Geschäftsstelle und Heimatmuseum: Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de. Öffnungszeiten der Geschäftsstelle: Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliederversammlung

Neumünster - Sonnabend, dem 3. September, 11 Uhr, Museum, Sudetenlandstraße 18h: Mitgliederversammlung mit Entlastung des alten Vorstandes und Vorstellung des neuen Vorstandes der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V.

Diese Mitgliederversammlung ist im Rahmen des Stadtteilfestes der Böcklersiedlung (Neumünster) vom 2. bis 4. September in den Räumen des Museums, das an allen drei Tagen geöffnet ist. Wir freuen uns auf regen Besuch! Dieter Milewski

Wechsel in der Redaktion „Lötzener Heimatbrief“

In der Redaktion des Lötzener Heimatbriefes gibt es eine Veränderung: Die Leitung der Redaktion, die langjährig in den bewährten Händen von Manfred E. Fritsche (mef) gelegen hat, wird neu besetzt. Fritsche hat anderweitig ehrenamtliche Aufgaben übernommen, die ihm den zeitlichen Einsatz für den Heimatbrief nicht mehr erlauben.

Die Bemühungen um eine Nachfolge und deren Einarbeitung wird mit ihm zusammen sehr tatkräftig vorangetrieben, damit der Heimatbrief in seiner gewohnten Qualität erscheinen kann.

Neue Kontaktadresse ist kgl-redaktion@web.de.

Für seine geleistete Arbeit gilt Herrn Fritsche unser besonderer Dank und wir wünschen ihm alles Gute auf seinem weiteren Weg.

Dieter Milewski

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Hauptkreistreffen

Hagen - Sonnabend, 27., bis Sonntag, 28. August, Raum Berlin+Siegen+Köln, Hotel Mercure, Hagen: Hauptkreistreffen mit unseren Gästen von der Kreisgemeinschaft

Rätsel

A collection of word search puzzles with clues in German, including 'Baumwollhose', 'Bewohner der Philippinen', 'häufig, mehrfach', 'Gaststätte, Café', 'Vorder-, Mittel-, Asiat', etc.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled, such as 4, 8, 9, 5, 4, 8, 1, 6, 7, etc.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

A 6x6 grid for a diagonal word search puzzle with numbers 1 through 6 in the first column.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei staatspolitische Begriffe. 1 ein Edelmetall, 2 Ostwind der Tropen, 3 vollendet, 4 vorderster Teil, 5 Gepäckstück, 6 4. Buch Mose

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Fußbekleidung. 1 Ruhe, Schweigen, 2 Bogengeschoss (Mz.), 3 kleines Endstück (Wurst), 4 Laufgerät, 5 Gedichtform von insgesamt 14 Zeilen

A circular diagram for a word chain puzzle with five numbered fields (1-5) and arrows indicating the direction of the words.

Heimatkreisgemeinschaften

Treuburg mit folgendem Programm:

Sonnabend, 27. August, 11 bis 12.30 Uhr, Archiv, Elbersufer 20: Möglichkeit zur Besichtigung, 14 Uhr: öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, 17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen, 17.30 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure, 19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin des Hotels.

Sonntag, 28. August, 9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Mercure, 11 Uhr: Feierstunde im Raum Berlin + Siegen + Köln des Hotels. Bitte die Tischaufteilung beachten. 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure, 17 Uhr: Ausklang. Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich.

Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

30 Jahre „Herder“

Mohrungen – Sonnabend, 27. August: Feier zum 30-jährigen Bestehen des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ unter der Leitung der 1. Vorsitzenden Urszula Manka. Die Feierlichkeiten beginnen mit dem Gottesdienst in der Kirche Blogostawionego Michala Kozala in Morag in der Zeromskiego Straße 4. Eine Delegation der Kreisgemeinschaft Mohrungen wird daran teilnehmen.

Gedenkstein

Groß Arnsdorf – Sonntag, 4. September, 12.30 Uhr, Immanuel-Kant-Platz: Erntedank-Andacht, danach wird der Gedenkstein mit einer namentlichen Liste in Deutsch und Polnisch der Gefallenen, Vermissten, Ermordeten und Gestorbenen in russischen Lagern aus Groß Arnsdorf, eingeweiht. Auch hier wird eine Delegation von der Kreisgemeinschaft Mohrungen anwesend sein.

Weitere Termine werden wir Ihnen zeitnah mitteilen. Kommen Sie gut durch die Sommerzeit! Bleiben oder werden Sie gesund!

Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276,

E-Mail: u-pokraka@t-online.de **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Kreistagssitzung

Bochum – Sonnabend, 3. September, 14.30 Uhr, Kunstmuseum, Kortumstraße 147, 44787 Bochum: öffent-

fentliche Sitzung des Kreistages mit Neuwahlen. *Ulrich Pokraka, Kreisvertreter*

Heimattreffen

Bochum – Sonntag, 4. September, 9 bis 17 Uhr, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne: Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Neidenburg.

Zwei Jahre konnten wir kein Heimattreffen veranstalten. Die Corona Pandemie verhinderte das zu unserem Ärger. Das Erich-Brühmann-Haus befindet sich gegenüber des Amtshaus Bochum Werne, wo auch unsere Heimatstube zu finden ist. Wir hoffen natürlich auf eine rege Teilnahme an diesem Treffen. Vor allem legen wir Wert auf jüngere Teilnehmer. Daher unsere Bitte! Lassen Sie sich von ihren Kindern und Enkelkindern bringen und ermöglichen so die Teilnahme der jüngeren Generationen.

Ab 9 Uhr ist der Saal geöffnet. Ab 11 Uhr beginnt eine kleine Feierstunde mit ein paar kurzen Reden. Im Anschluss daran, hält Reinhard Kayss einen Vortrag über Familienforschung. Nach einem kleinen Imbiss verbleibt noch genug Zeit für heimatliche Gespräche der Besucher. Zur Erfrischung wird dann Kaffee und Kuchen gereicht. Das Ende der Veranstaltung ist für 17 Uhr geplant.

Bitte enttäuschen Sie uns nicht und unterstützen dieses Treffen durch die Teilnahme, damit die Arbeit weiterhin Früchte trägt. Am Sonnabend, 3. September findet die Kreistagssitzung mit den Neuwahlen, im Kunstmuseum der statt Bochum statt.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck

Reise der Kreisgemeinschaft

Für das nächste Jahr ist die Reise vom 25. Juni bis 4. Juli geplant und führt über Breslau und Warschau. Änderungen vorbehalten. Bei Interesse melden Sie sich bei Christel Sender per E-Mail: ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de oder unter Telefon (0209) 207614.

Hauptkreistreffen

Herne – Sonntag, 18. September, ab 9 Uhr, Kulturzentrum: Hauptkreistreffen. Der Saal ist ab 9 Uhr geöffnet, die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr. Den musikalischen Part übernimmt, wie in jedem Jahr, der Posaunenchor der evangelischen Kirche Gelsenkirchen Resse. Als Festrednerin konnten wir die Historikerin Angelika Müller gewinnen. Der neue Vorstand des „Kulturvereins Heimat“ aus Ortelsburg wird ebenfalls anwesend sein. Die Heimatstube ist am Sonnabend, 17. September, nicht geöffnet, dafür aber am Montag, 19. September, sowie regulär am Dienstag, 20. September. Da noch ein paar Wochen bis dahin ins Land gehen, bitten wir auf die dann aktuellen Vorgaben der Landesregierung NRW bezüglich

der Corona-Schutzverordnung zu achten. Durch Corona bedingte Krankheitsfälle verzögert sich der Versand des Heimatboten in diesem Jahr. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 16., bis Sonnabend, 17. September, Bergström Hotel Lüneburg, Bei der Lünener Mühle, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 308-636, und Ostpreußisches Landesmuseum: Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg: Jahrestreffen mit folgendem Programm:

Freitag, 16. September, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung der KGO (Hotel Bergström, Raum „Ravel“), 18.30 Uhr: Begrüßungsabend (Hotel Bergström, Raum „Lindbergh“).

Sonnabend, 17. September: Führungen durch die neue Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums, Treffpunkt ist die Eingangshalle des Landesmuseums, 10.15 Uhr: „Geschichte Ostpreußens“, „Kunst und Kultur Ostpreußens“, „Flucht, Vertreibung, Ankunft“, anschließend Mittagspause, 12.30 Uhr: Einlass Raum „Lagerfeld“ (Hotel Bergström), 13.15 Uhr: Feierstunde mit einem Vortrag von Roman Gogan „Oberland – die verschwundene Landschaft“, 15 Uhr: gemütliches Zusammensein bei Kaffee und Kuchen (Raum: „Lagerfeld“).

Feierstunde

Lüneburg – Sonnabend, 17. September, ab 12.30 Uhr, im Rahmen des Jahrestreffens, Raum „Lagerfeld“, Hotel Bergström: Feierstunde mit folgendem Programm:

12.30 Uhr: Einlass in den Raum „Lagerfeld“, 13.15 Uhr: Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen, 13.20 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter, 13.25 Uhr: Totenehrung, 13.30 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters, anschließend Musikbeitrag, 13.50 Uhr: Grußwort des Bürgermeisters der Stadt Osterode am Harz, Jens Augat, 14.05 Uhr: Grußwort der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann (MDL), anschließend Musikbeitrag, 14.15 Uhr: Roman Gogan: „Oberland – die verschwundene Landschaft“, anschließend Musikbeitrag, 14.50 Uhr: Schlusswort des Kreisvertreters, 14.55 Uhr: Ostpreußenlied und Nationalhymne, 15 Uhr: Ende der Feierstunde, anschließend gemütliches Zusammensein bei Kaffee und Kuchen.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Vorstandssitzung

Verden – Sonnabend, 24. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Gesamt-Vorstandssitzung. Das Treffen findet unter den geltenden Corona-Schutz-Maßnahmen statt. Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Ges. Vorstands zwischenzeitlich übermittelt worden.

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 24., bis Sonntag, 25. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Kreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 24. September, 9.30 bis 10.30 Uhr: unser Heimatmuseum im Kreishaus Verden ist geöffnet. Um 10.30 Uhr findet der Empfang der Stadt und des Landkreises Verden durch Herrn Bürgermeister Lutz Brockmann für die Teilnehmer/innen und Gäste des Kreistreffens im Rathaus, Große Straße 40, 27283 Verden/Aller, mit der Möglichkeit zu Unterhaltungen mit den Gästen und Partnern bei einem zünftigen Glas Pilskaler. Ab 12 Uhr ist der reservierte Raum im Landhotel „Zur Linde“ in Verden, Theodinghauser Straße 16, geöffnet. Von

13.30 bis 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Landhotel „Zur Linde“: 1. Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende, 2. Totengedenken 3. Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung. 4. Feststellung der Beschlussfähigkeit, 5. Genehmigung der Tagesordnung, 6. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 21. September 2021, veröffentlicht im Kreisblatt Nummer 113, 7. Jahresbericht der Kreisvertreterin, Evelyn v. Borries, 8. Jahresbericht der stellvertretenden Kreisvertreterin, Christine Bilke-Krause, 9. Bericht der Schatzmeisterin, Erika Zschiesche und Genehmigung des Haushaltes 2023, 10. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes für das Geschäftsjahr 2021, 11. Wahl eines neuen Kassenprüfers für das Geschäftsjahr 2022 und 2023, 12. Deutsche Gesellschaft Natangen und deren Tätigkeit in Landsberg und Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Deutschen Minderheiten in Ostpreußen, 13. Spenden 14. Verjüngung des Vorstandes – Zukunft der Kreisgemeinschaft, 15. Verschiedenes. 15.30 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken mit typisch ostpreußischem Blechkuchen und genügend Zeit, um sich zu unterhalten und alte Erinnerungen auszutauschen und aufzufrischen. 16 Uhr: Der Beauftragte für Familienforschung beantwortet Ihre Fragen zu Ihren Nachforschungen und hilft Ihnen mit Tipps und Anregungen. (In einem extra Raum, nur für Interessierte) 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmern, Gerichte à la carte. 19.30 Uhr: Heimatabend im Landhotel Zur Linde: Wir singen gemeinsam unser Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“, anschließend wird ein Film über Ostpreußen gezeigt (Dauer etwa 45 Minuten), danach gemütliches Beisammensein mit „Schabbern“ und „Plachandern“.

Sonntag, 25. September 11 Uhr: Feierstunde im Landhotel „Zur Linde“ und im Bürgerpark Intrade des Posaunenchores Dörverden-Stedorf, Begrüßung durch die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Choral „Großer Gott, wir loben dich“, Geistliches Wort von Pfarrer Hermann Choral „Lobe den Herren, den mächtigen König“, Grußwort des Landrates des Kreises Verden, Peter Bohlmann, Grußworte der Gastdelegationen, Ansprache der Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Intrade des Posaunenchores Dörverden-Stedorf, Totengedenken, Choral „Nun danket alle Gott“, Schlusswort der Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, gemeinsamer Gesang: „Land der dunklen Wälder“, 12.15 Uhr: Abfahrt des Bus-Shuttles zum Bürgerpark, anschließend Kranzniederlegung am Mahmal im Bürgerpark (Bus-Shuttle hin und zurück oder Anfahrt mit Privat-PKW). Nach der Feierstunde: Fortsetzung des Heimattreffens im Landhotel „Zur Linde“. Es werden, wie auch in den vergangenen Jahren, zahlreiche Bildtafeln aufgestellt. *Evelyn v. Borries*



Ostpreußisches Landesmuseum

Nindorf-Hanstedt – Sonnabend, 27. August, 11 Uhr, Eingangstor Wildpark Lüneburger Heide, Wildpark 1: Elch-Besuch mit Kurator Christoph Hinkelmann und Museumspädagogin Silke Startmann. Gebühr: 5,- Euro zuzüglich 13,- Euro Eintritt für den Wildpark. Eigene Anfahrt. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

ANZEIGEN

Der richtige Weg,
anderen vom

Tode eines
lieben Menschen
Kenntnis zu geben,
ist eine
Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de



Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt,
der ist nicht tot, der ist nur fern;
tot ist nur, wer vergessen wird.
(Immanuel Kant)

Hilmar Petrat

* 28. 2. 1924 † 10. 8. 2022
in Bartzkehen / Kreis Ebenrode

Hilmar Petrat war Gründungsmitglied der Landsmannschaft Ostpreußen, Gruppe Hemer.

Er übernahm verschiedene Vorstandsfunktionen in der örtlichen Gruppe. Als Vorsitzender organisierte er in den Jahren 1990 bis 1994 mehrere Humanitäre Transporte in seine geliebte Heimat. Im Dezember 2005 wurde er zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Bis in sein hohes Alter war sein Rat und Wissen gefragt.

Wir werden Hilmar Petrat im Gedächtnis behalten.

Klaus-Arno Lemke
Vorsitzender Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Hemer

Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen
über weite Felder lichte Wunder geh'n ...

Paul Wilhelm Macht

* 23. Juli 1941 † 11. August 2022
Karwik, Kreis Johannisburg Neustadt am Rübenberge

In Liebe und großer Dankbarkeit
Ilse
Udo
Rüdiger und Bianka mit Franziska und Philip
Beate mit Aaron, Malina und Romano sowie Tilman

Früher wohnhaft: Nienburg, Ziegelkampstraße 23 bzw. Körnerstraße 7A
Traueranschrift: Familie Macht, Lohmannstraße 28, 27568 Bremerhaven

SPION AUS OSTPREUSSEN

Eine Sidewinder-Rakete für den KGB

Manfred Ramminger versuchte sich nach der Vertreibung aus seiner Heimat zunächst als Rennfahrer und Unternehmer

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die AIM-9-Sidewinder (auf Deutsch: Klapperschlange) ist eine noch heute verwendete Luft-Luft-Rakete aus US-amerikanischer Produktion, mit der seit 1953 mehr Flugzeuge abgeschossen wurden als mit jedem anderen Flugkörper. Ihre Trefferquote gilt als exzellent und lag beispielsweise zu Beginn des Vietnamkrieges bei 65 Prozent.

Deshalb war die Sowjetunion sehr daran interessiert, ein Exemplar dieser Rakete in die Hände zu bekommen. Und das gelang ihr bereits 1958. Damals feuerte eine taiwanische F-86 Sabre auf eine MiG-17 der Volksrepublik China, wobei die Sidewinder aber nicht explodierte, sondern im Rumpf der rotchinesischen Maschine stecken blieb. Der Blindgänger gelangte dann alsbald in die Hände von Experten des UdSSR-Konstruktionsbüros OKB-4 unter der Leitung von Matus Bisnowat. Damit schlug die Geburtsstunde des identischen „Lizenzmodells“ R-3/AA-2 Atoll alias Wypel K-13.

Allerdings verbesserten die USA die Wärmezielsuchköpfe ihrer Sidewinder-Raketen kontinuierlich, weshalb man in der Sowjetunion auch ein modifiziertes Modell haben wollte. Hierdurch kam der Auslandsgeheimdienst KGB ins Spiel, zu dessen Agenten der deutsche Ingenieur und Rennfahrer Manfred Ramminger zählte.

In Groß-Schorellen geboren

Dieser war am 15. Dezember 1930 in Groß Schorellen im Regierungsbezirk Gumbinnen geboren worden und hatte sich trotz der Vertreibung seiner Familie aus Ostpreußen beim KGB verdingt. Das resultierte aus dem Lebensstil von Ramminger, der stets mehr Geld ausgab, als er einnahm, und deswegen mindestens drei Mal Konkurs anmelden musste. Außerdem schien der Sohn eines Maurerpoliers auch fachlich nicht besonders kompetent zu



Beim Prozess 1970 in Düsseldorf: Manfred Ramminger (2.v.r.) muss sich verantworten

Foto: Ullstein

sein. Nach dem Studium der Ingenieurwissenschaften stieg Ramminger Mitte der 1950er Jahre in ein kleines Krefelder Bauunternehmen ein, wonach er den Mitgesellschafter aus der Firma drängte. Rammingers Unternehmen errichtete in der Folgezeit ein Kino, das nach kurzer Zeit wegen diverser Mängel saniert werden musste, sowie Gebäude für eine Geflügelfutter-Firma sowie einen Reitclub in Bayern.

Rammingers Leidenschaft galt Frauen, teuren Reisen und dem Rennsport, wobei er im Letzteren ebenfalls nur Mittelmaß blieb: Beim ADAC-1000-Kilometer-Rennen für Sportwagen auf dem Nürburgring erzielte er 1964 mit seinem Ferrari 250 GTO den 20. Platz und kam im Folgejahr als Co-Pilot von Wilhelm Wer-

300.000

D-Mark kassierte Manfred Ramminger vom KGB für die Sidewinder-Rakete, an denen er sich allerdings nicht allzu lange erfreuen konnte.

ner Prinz von Sayn-Wittgenstein als 23. ins Ziel.

Am Ende bestand Rammingers Firma bloß noch aus einem kleinen Büro samt Sekretärin, das ihm als Tarnung diente, während er den Coup seines Lebens vorbereitete. Der startete in der Nacht vom

21. zum 22. Oktober 1967. Damals schlich sich Ramminger gemeinsam mit Wolf-Diethard Knoppe, einem 32-jährigen Starfighter-Piloten und Hauptfeldwebel der Bundesluftwaffe, sowie dem Schlosser Josef Linowski auf den NATO-Luftwaffenstützpunkt Zell bei Neuburg an der Donau unweit von Ingolstadt. Knoppe, den Ramminger in dem von ihm gebauten Reitclub kennengelernt hatte, zeigte dann, wo die Sidewinder-Raketen lagen, wofür er 20.000 D-Mark Belohnung erhielt.

Linowski, der als Fahrer für den KGB-Spion fungierte, sollte einen der Flugkörper per Schubkarre aus dem nur sehr dürrig bewachten Militärobjekt hinaus-schaffen. Allerdings war die fast drei Meter lange und rund 80 Kilogramm schwere

Sidewinder nicht eben leicht zu transportieren, sodass Knoppe mit anpacken musste.

Dann passte die Rakete auch nicht auf den Rücksitz von Rammingers Mercedes, weshalb Linowski die Heckscheibe des Fahrzeugs einschlug und den ins Freie ragenden Teil der Sidewinder notdürftig mit einem Teppich verhüllte. Danach ging es zurück nach Krefeld, wo Ramminger die Rakete demontierte, um sie für den „Versand“ in die Sowjetunion vorzubereiten. Der war dann unkomplizierter als gedacht: Da der KGB-Spion versicherte, die „Maschinenteile“ seien weniger als tausend Mark wert, konnte er sie ganz bequem per Luftpost-Paket nach Moskau schicken – eine außen angebrachte „Kleinstausfuhr-Erklärung“ machte die Zollkontrolle überflüssig.

Rakete passte nicht ins Auto

Anschließend begab sich Ramminger persönlich mit dem Zünder der Rakete im Handgepäck nach Moskau. Dort musste er jedoch noch zehn nervenaufreibende Tage auf die Lieferung der Sidewinder warten. Diese war aus unerfindlichen Gründen über Paris und Kopenhagen zurück nach Düsseldorf gereist. Aber Ramminger hatte ja immerhin reichlich 300 D-Mark Porto bezahlt, also brachte die Post das Paket freundlicherweise noch ein zweites Mal auf den Weg nach Moskau, wo es dann endlich unversehrt eintraf.

Der KGB zahlte Ramminger für die Sidewinder 300.000 D-Mark, an denen er sich indes nicht lange erfreuen konnte, weil die Ermittler ihm Ende 1968 auf die Schliche kamen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte Ramminger am 7. Oktober 1970 mit Linowski zu vier Jahren Haft, während Knoppe für drei Jahre ins Gefängnis musste. Allerdings kam der KGB-Spion mit den ostpreußischen Wurzeln dann schon 1971 im Zuge eines Agentenaustauschs frei, wonach er bis zu seinem Tod in Krefeld im November 1997 ein unauffälliges Leben führte.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Musikalische Leidenschaft in Schlesien

Das traditionelle Schlesische Musikfest findet dieses Jahr in Jauer statt – Görlitz begehrt stattdessen das „Lausitz-Festival“

Einige Akteure und Initiativen bemühen sich seit Jahren, die Schlesischen Musikfeste wiederzubeleben – selbst außerhalb von Görlitz. Auch wenn diese Musikfeste, für die einst die Görlitzer Stadthalle erbaut worden war, früher den Ruhm der Neißestadt mitbrachten, hat das Fest auch noch eine andere Entwicklung.

Das erste Schlesische Musikfest fand 1830 im niederschlesischen Kynau [Zagórze Śląskie] statt, das für lange Zeit letzte dieser Reihe 1874 in Jauer [Jawor]. Dann ließ der aus Fürstenstein [Książ] bei Waldenburg [Walbrzych] stammende Diplomat, Intendant und Komponist Hans Heinrich XIV. Bolko Graf von Hochberg (1843–1926) dafür die Stadthalle in Görlitz bauen. Die im Jugendstil errichtete und 1910 eingeweihte Stadthalle bot 2700 Konzertbesuchern Platz.

Weil sich die Görlitzer Stadthalle heute gefühlt im Dauerrenovierungszustand befindet und trotz Fördermitteln seitens des Freistaates Sachsen und der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien in Höhe von 18 Millionen Euro kein Ende in Sicht ist, soll das Schlesische Musikfest nun wieder anderweitig in Niederschlesien stattfinden – in Jauer.

Seit 2019 arbeiten Einrichtungen der Musik- und Kulturpflege, der Landsmannschaft Schlesien und der Erika-Simon-Stiftung an der Wiederbelebung der Schlesischen Musikfestspiele. Chefin der Erika-Simon-Stiftung ist die aus Jauer stammende und jetzt in Görlitz lebende Waltraud Simon. Die Stadt ihrer Geburt hat sie im November vergangenen Jahres zur Ehrenbürgerin ernannt, nachdem sie mit ihrer Stiftung seit Jahren an der Sanierung der Friedenskirche zu Jauer beteiligt ist. Nun werden dort vom 17. bis 25. September die Schlesischen Musikfestspiele ihre Wiedergeburt erleben.

Lausitz-Fest bis 16. September

In Görlitz laufen die Dinge ganz anders. Hier wird an Stelle der einst so berühmten Schlesischen Musikfeste das Lausitz-Festival mit Strukturhilfefördermillionen zum Ausgleich für das Ende der Kohleförderung installiert. Das Lausitz-Festival wird von der gleichen Kultur-Service-Gesellschaft Görlitz organisiert, die auch für die Sanierung der Görlitzer Stadthalle zuständig ist.

Auf die Frage, warum man ein neues Konzept auf die Beine stellt, anstatt an ein

bereits so namhaftes anzuknüpfen, antwortete Mario Kuban von der Kultur-Service-Gesellschaft Görlitz: „Keines existiert ohne das andere. Die Stadthalle ist für uns eine traditionsreiche Stätte, wo wir als Kultur-Service-Gesellschaft aus



Stolz auf die Schlesischen Musikfestspiele: Waltraud Simon Foto: Wagner

Betreibersicht die Sanierung begleiten und wo wir möglicherweise spätere Betreiber sein werden“, so der Marketing-Leiter.

Kuban betonte, mit dem Lausitz-Festival und dessen „Untertitel ‚Europas größtes Kunstfestival‘ haben wir uns viel vorgenommen, was die internationale Wahrnehmung angeht“. Die Schlesischen Musikfestspiele seien schon etwas, was man immer im Gedächtnis habe, „auch wenn diese Musikfestspiele auf Schlesien beschränkt waren und damit Görlitz auch öfter mal Veranstaltungsort war; mit dem Lausitz-Festival gucken wir in die gesamte Lausitz. Wir schauen auch über die Grenzen hinaus. Es gibt ja auch Teile in der polnischen und der tschechischen Lausitz“, sagte er.

Über die Grenzen hinwegsehen

Internationale Größen verspricht Stephan Rauhut, Chef der Landsmannschaft der Schlesier auch in Jauer, denn als Mitinitiator der Schlesischen Musikfestspiele konnte er Professor Tomasz Tomaszewski (Violine) gewinnen. Am 17. September interpretiert Tomaszewski, erster Konzertmeister des Orchesters der Deut-

schen Oper Berlin und Gründer und Leiter des Kammerorchesters „Kammersolisten der Deutschen Oper Berlin“, mit Andreas Wenske (Oboe) und Matthias Eisenberg (Orgel) ab 17 Uhr in der Görlitzer Hoffnungskirche Werke unter anderem von Johann Sebastian Bach, Josef Gabriel Rheinberger und dem Görlitzer Karl Jonkisch.

Statt Stadthalle ist Görlitz damit nun ein Wurmfortsatz seiner eigenen Geschichte geworden. Mit dem Werk von Jonkisch wird der Bogen zu jenen Görlitzern gespannt, die in den 1990er Jahren schon einmal an die Musikfeste anknüpften. Jonkisch, der im Bistum Görlitz zuletzt als Diözesankirchenmusikdirektor tätig war, stand damals an der Spitze des Organisationskomitees. Er starb 2004. Das bislang letzte und 32. Schlesische Musikfest fand 2009 statt.

Das Görlitzer Konzert findet aus Anlass des 85. Geburtstages von Waltraud Simon statt, die sich mit der Erika-Simon-Stiftung ideell und finanziell am Schlesischen Musikfest beteiligt. *Chris W. Wagner*

• www.schlesische-musikfeste.eu und www.lausitz-festival.eu

DER TRAUM VOM FLIEGEN

Über heimatlicher Traumlandschaft

Nordvorpommern und Rügen im Flug erleben

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Sein Daumen ist nach oben gereckt: Der Pilot gibt das Klarzeichen. „Denn man los!“, kommt über Funk die Startfreigabe vom Flugleiter. Auf dem fliegerischen Programm steht heute ein Rundflug über Land und See. Statt in die Ferne zu schweifen. Corona-bedingt ohnehin ein schwieriges Unterfangen.

Der Motor dröhnt zunehmend lauter. Erstaunlich, wie sanft wenig später die Cessna-172 der „Ostsee-Flug-Rügen“ (OFR) von der 900 Meter langen Startbahn in der Nähe des Dörfchens Güttin abhebt. Dort, wo bis zur Wende ein holpriger Agrarflugplatz lag, dehnt sich heute eine befestigte Piste aus. Im Sommer herrscht hier reger Flugbetrieb. Manchmal startet oder landet dann alle zwei Minuten eine Maschine in der maximalen Größenordnung bis zur Dornier Do 228. Aber auch die Lufthansa-Ju 52 hat dem einzigen Flugplatz auf Deutschlands größter Insel schon einen Besuch abgestattet. Überwiegend sind es jedoch Geschäfts- und Rundflüge, die hier abrollen.

Stadtplan in Reliefgestalt

Unter uns schrumpft die Landschaft übersichtlich zusammen. Im Westen glitzert das blaue Band des Strelasunds mit seiner markanten Kirchturmkulisse. Das Gewässer wirkt aus 300 Metern Höhe wie ein breiter Graben, den wir mit flottem Luftsprung nehmen. Segelboote schweben wie Federn darauf. In Grün- und Braunmustern zeichnen sich die tückischen Flachwasserstellen scharf ab. Die Marinetechnikschule wirkt wie aus dem Lego-Baukasten. Wir zwei Passagiere an Bord der Maschine recken unsere Häuse von einer Fensterseite zur anderen und können uns an der amphibischen Miniaturwelt unter uns nicht satt sehen. Gleißende Sonne, ein kühler Nordwind und aufquellende Haufenwolken sorgen für eine geradezu atemberaubende Fernsicht: bis hin zu den dänischen Inseln Mön und Bornholm. „Das gibt's ganz selten“, freut sich auch der Pilot.

Frachter ziehen als weiße Striche, Kondensstreifen nicht unähnlich, ihre

einsamen Schaumbahnen durch die Ostsee. Im ICE-Tempo schweben wir unaufhaltsam weiter. Die Inselhauptstadt Bergen, ein Stadtplan in Reliefgestalt. Vorm Schloss von Ralswiek glaubt man schon den Seeräuber Störtebeker und seine Mannen kämpfen zu sehen. Kaum ist der flache Jasmunder Bodden in Sicht, beein-

chenstämmen aufleuchtet. Wie Insekten krabbeln die Klippen- und Strandwanderer darauf herum. Für Sekunden halten sie anscheinend inne, um der Maschine nachzublicken. Im Fährhafen Sassnitz sehen wir gerade noch Pkw auf den neuen Katamaran „Scane Jet“ rollen. Daneben die schier endlos erscheinende in-

Schon wenig später präsentiert sich das eiszeitlich hügelige Relief der Boddenlandschaft im nachmittäglichen Licht-Schatten-Spiel mit seinen prallen erdigen Rundungen. Über der EX-SED-Prominenteninsel Vilm, heute Naturschutzgebiet, nehmen wir Erich Honeckers Reetdachhaus ins Visier.

tonkulisse des ehemaligen Kernkraftwerks Lubmin. Dann nur noch Agrarlandschaft, ein bunter Flickenteppich der Natur aus grünen, gelben und braunen Feldern. Hier wird einem die geringe Bevölkerungsdichte Mecklenburg-Vorpommerns anschaulich vor Augen geführt.

Atemberaubender Blick

Der Pilot fliegt jetzt nicht mehr nur nach Sicht, sondern auch nach Karte und folgt der Bahnlinie Stralsund-Neubrandenburg. Die Bundesstraße 96 ist mal wieder hoffnungslos überfüllt. Uns schert's nicht: Wir haben freie Bahn.

Im Zeitraffertempo schlängeln sich die Flüsse Peene und Tollense zusammen. Rechts hinten der Kummerower See – ein blau-glänzender Spiegel. Wie ein norwegischer Fjord streckt sich der waldeingefasste 15 Kilometer lange Tollensee in die Moränen-Landschaft. Dann ein kurzer Blick in die fast kreisrunde mauerbewehrte Altstadt von Neubrandenburg mit ihren vier herausragenden Toren.

Kursänderung wieder nach Norden. Schon 50 Kilometer vor Stralsund sind die Türme und Kräne samt knapp 80 Meter hoher Schiffbauhalle klar auszumachen. Unser Pilot zieht die Cessna behutsam hoch. „Schließlich wollen wir unnötigen Lärm über der Stadt vermeiden“, ist seine Erklärung. Völlig neue Fotoperspektiven lassen uns aus dem Häuschen geraten.

Wie ein Merian Kupferstich

Aus 3000 Metern Höhe wirkt die Hansestadt schließlich nur noch wie ein luftiger Merian-Kupferstich, von gleißender Sonne schier vergoldet. Atemberaubend der Blick in unser Wohnquartier, das Heiliggeistkloster am Altstadtrand.

In greifbarer Nähe die langgestreckte Insel Hiddensee, geschwungen wie ein graziles Riesen-Seepferdchen. Garniert von hellen Sänden die Insel Bock, über der sich Wolkentürme recken. Schließlich wieder die Landung in Güttin: Ende eines zweistündigen Traumfluges über eine Traumlandschaft.

● Faszination Fliegen – Die Welt aus der Vogelperspektive Infos im Internet: www.ostseeflugruegen.de



Die Hansestadt Stralsund von ihrer schönsten Seite gesehen, im Vordergrund die „Gorch Fock“ (I)

Foto: Schmidt-Walther

druckt die Schaabe-Nehrung mit ihrem kilometerlangen weißen „Südsee-Strand“.

Licht-Schatten-Spiel

Eine elegante Kurve und Kap Arkona, das deutsche Nordkap, ist umrundet. Die beiden historischen Leuchttürme, bekannte Wahrzeichen auf der Steilküste – weg und vorbei. Unser Pilot meint dazu nur: „Über Rügen navigiert man nicht mehr, da genießt man nur noch.“

Die Maschine scheint das Wasser der Tromper Wiek nur so in sich hineinzu-saugen – bis Minuten später die Kreideküste der Stubbenkammer zwischen Bu-

zwischen luxuriös renovierte Beton-schlange von Prora. Erst aus luftiger Höhe werden die wahnwitzigen Dimensionen dieser früheren „Kraft-durch-Freude“-Ferienanlage und späteren Kasernen der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR erkennbar.

Kontrastprogramm: freundlich-verspielt hingegen das Seebad Binz. Aus dem Wald ragt der rosafarbene Turm des Jagd-schlusses Granitz, ein rügensches Architektur-Juwel. Hügelaufwärts windet sich im Schnecken tempo der schmalspurige „Rasende Roland“. Mini-Dampfwölkchen verraten seine Strecke durch den Wald.

Ehe uns die Inselschönheit recht bewusst wird, brummen wir auch schon über den Greifswalder Bodden mit seinem schiffsenigen Fahrwasser. Die roten und grünen Tonnen wirken wie in Seenot geratene Mensch-ärgere-dich-nicht-Figuren. Wie sich hier stattliche 300 Meter lange und 32 Meter breite 55.000-Tonnen-Frachter-Neubauten der früheren Volkswerft hindurchfädelten, erscheint zumindest aus unserer jetzigen Flug-Perspektive ein Rätsel.

An Steuerbord grüßen jetzt die altherwürdigen Türme von Greifswald, an Backbord die bedrohlich wirkende Be-

FASZINATION SEGELN

Die Pommernwoche – bis 1939 das maritime Ereignis

Pommern segelt! Großveranstaltungen begeistern – damals wie heute

Segelregatten ziehen stets viele Besucher an. An Ost- und Nordsee finden sie regelmäßig statt. Die Kieler Woche im Juni, die Hanse Sail Rostock im August. Doch wer weiß, dass einst die Pommernwoche die zweitgrößte Regattaveranstaltung im Deutschen Reich war? Sie fand letztmalig 1939 statt.

1912 erfolgte die Gründung des „Pommerschen Regatta-Verbandes“ unter Führung des Stettiner Yacht Clubs, der bereits 1877 gegründet wurde und seit der Vertreibung aus Stettin seinen Sitz in Lübeck hat. Der „Pommersche Regatta-Verband“ vereinte die meisten Segelvereine in der damaligen preußischen Provinz Pommern. Noch im selben Jahr wurde die erste Pommernwoche veranstaltet. Zwischen 1915 und 1919 musste kriegsbedingt pausiert werden. Die Veranstaltung begann stets in der Zeit nach der Kieler Woche. Ab 1926 wurde die Warnemünder Woche als Zubringerregatta für die Pommernwoche eingeführt.

Im Gegensatz zu anderen Segelveranstaltungen dieser Größe war die Pommernwoche auf mehrere Veranstaltungsorte aufgeteilt. Es begann meist mit einer ersten Wettfahrt von Warnemünde nach Stralsund und Sassnitz. Dann wurden einzelne Wettfahrten um Rügen, vor Stralsund und vor Greifswald abgehalten. Danach gab es eine Wettfahrt von Stralsund und Sassnitz nach Stettin, und von dort weiter nach Swinemünde. Höhepunkt war am letzten Wochenende die Regatta vor Swinemünde, da ging es bis 1914 um den begehrten und von Kaiser Wilhelm II. gestifteten Pokal. In späteren Jahren wurde für die zahlreichen Teilnehmer aus dem Baltikum eine weitere Regatta nach Danzig angeboten.

Kaiser Wilhelm II. war ein begeisterter Segler und absoluter Kenner. Mit seiner Jacht „Meteor“, die in England nach seinen Entwürfen gebaut wurde und als schnellste Jacht der Welt galt, nahm er sehr erfolgreich an Regatten teil, sehr



Die „Santa Barbara Anna“ mit Heimathafen Rostock ist zur Sassnitz Sail 2022 gekommen: Das Schiff ist ein traditionell getakelter Dreimast-Toppsegelschoner. Dieser Großseglertradition verpflichtet, pflegen die Mitglieder des Betreibervereins ihre Passion für das maritime Brauchtum

Foto: Stadthafen Sassnitz (HBEG mbH)

zum Ärger des Prinzen von Wales mit der „Britannia“, die bis dahin als schnellste Jacht galt. Die Kaisertochter Viktoria Luise erzählt in ihren Büchern gerne von der Segel- und Seefahrtbegeisterung der Familie, auch die Kaiserin hatte eine eigene Jacht, die „Iduna“.

In Swinemünde fand das diesjährige Ereignis, die „Sail Świnoujście“, vom 22. bis 24. Juli statt. Die Warnemünder Woche gab es auch zur DDR-Zeit, während die Rostocker Hanse Sail in diesem Jahr die 31. Wiederkehr beging. In Rostock war die „Gorch Fock“ (II) die Attraktion, die danach zum Großereignis in die ehemalige Hauptstadt Pommerns nach Stettin zur Teilnahme an der „Sail Szczecin 2022“, vom 19. bis 21. August 2022, fuhr. Am selben Wochenende fand in Sassnitz auf Rügen die „Sail Sassnitz“ statt, wo man hautnah Großsegler erleben konnte, sogar auf der „Santa Barbara Anna“ mitsegeln war möglich. Man kann wirklich sagen, ganz Pommern segelt! B. Stramm

„Für die Bundesrepublik ein echter Stresstest“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ein wirklich geistreicher Beitrag in der PAZ, der ein weites Medienecho verdient hätte“

Matthias Schöne, Hannover
zum Thema: Die Dialektik der Minderheiten (Nr. 32)



Ausgabe Nr. 32

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KOMPLETT ENTMANNTE CDU ZU: WO BLEIBT MERZ? (NR. 32)

Die Artikelüberschrift müsste eigentlich lauten: „Wo bleibt die CDU?“, denn Friedrich Merz ist derjenige, der diese Partei in der Rolle der Opposition in Stellung bringen soll. Hier sehen wir leider eine völlig apathische Politikervereinigung, die von ihrem Kern her nicht nur enthauptet, sondern auch komplett entmannt worden ist. Und dies vor dem Hintergrund, dass der Vorsitzende Merz glaubt, sich speziell für eine Gleichstellung stark machen zu müssen, die aber im Grundgesetz schon verankert ist.

Seine Vorgängerin im Amt hat die Jahre ihrer Amtszeit genutzt, nicht nur die CDU bis zur völligen Unkenntlichkeit herunterzuwirtschaften, zu verGrünen und zu verLinken. Dieses Ergebnis ist ihr auch in wirtschaftlichen und auch fast allen anderen politischen Bereichen gelungen. Negativ begleitet den Oppositionsführer, dass es der Ex-Kanzlerin gelungen ist, nicht nur ihn, sondern auch alle anderen männlichen Großmäuler in der CDU zur Räson gebracht beziehungsweise zur Aufgabe ihrer Parteiämter gezwungen zu haben, sobald der Verdacht aufkam, dass diese zu ihr eine oppositionelle Rolle eingenommen haben könnten.

Wer in der CDU etwas werden wollte, musste zuerst – selbst bei der Schwesterpartei CSU – artig kuschen, da half auch kein Kauderwelsch, und wer die Deutschlandfahne schwenkte, verlor seinen Posten. Die von ihr Gemaßregelten sind alle in der Deckung provinzieller Aufgaben verschwunden oder – wie Merz früher – in die freie Wirtschaft abgetaucht. Solchermaßen entkernt ist diese Partei, die sich mit ihrer Rolle in der Corona-Politik zusätzlich in Abseits begab und deren Minister sich ungeniert über die Pharmaindustrie bereicherten, für die meisten Ungewählten nicht mehr wählbar gewesen.

Problematisch ist, dass man jetzt in der Oppositionsrolle wegen dieser Corona-Politik mit den Wölfen heulen muss, da man das Impf-Desaster vorher gemeinsam mit den nun Regierenden angerichtet

hat. Innerparteilich ging man dann auch noch völlig instinktilos auf die konservativen Kräfte los, die sich in der Wertunion zusammenfanden und die der letzte noch tragfähige Pfeiler der alten CDU gewesen waren. Personen wie Max Otte, Hans-Georg Maaßen oder Werner Patzelt sind die Garanten, die eine konservative Wählerschaft für die CDU wieder an die Wahlurnen holen könnten.

Ob auch Merz diese Eigenschaften besitzt, Wähler wieder für die CDU zu begeistern und zum Wählen zu motivieren, ist eher fraglich. Als ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Investmentgesellschaft BlackRock in Deutschland besitzt er zwar eine wirtschaftliche Kernkompetenz, aber ob ihm die konservative Wählerschaft und die der Rentner, die derzeit durch den luxuriös frisch verheirateten Finanzminister der Regierung auf Sparbarkeit eingeschworen werden, hier eine weitere Zeitenwende zutrauen, ist mehr als fraglich.

Der Vertrauensschwund in die als Politblock auftretenden Parteien, die, hoffiert von einer Systempresse, keinerlei Opposition zulassen beziehungsweise diese offen und zum Teil grundgesetzwidrig bekriegen, ist zu groß. Wenn nur noch eine Hälfte der Gesamtbevölkerung zur Wahl geht, hat eigentlich jede Regierung die Legitimation für politisches Handeln eingebüßt.

Sollte es nicht zuvor zu einem Politcrash kommen, verbleiben der CDU/CSU noch drei Jahre, um eine Persönlichkeit zu formen und vorzustellen, die (wie Viktor Orbán in Ungarn) innen- und außenpolitisch ein glaubhaftes Konzept kompetent und souverän einer Wählerschaft präsentiert und die dem unerträglichen Wurschteln der inkompetenten rot/grün/liberalen Regierung ein Ende setzt.

Einzig als US-Vasall aufzutreten und amerikanischen Einflüsterungen zu gehorchen, ist als Politikkonzept zu dürftig und wird schon die SPD zu Grabe tragen. Die Uhr tickt für alle Altparteien. Gelingt es der CDU/CSU nicht, bleibt nicht nur Merz auf der Strecke.

Rudolf Neumann, Torsas/Schweden

EKSTASE VON BEGINN AN ZU: DIE DIALEKTIK DER MINDERHEITEN (NR. 32) UND: WIE DER NÜRNBERGER KODEX ENTSTAND (NR. 32)

Ich musste schmunzeln, leiste ich mir doch hin und wieder die PAZ. Insbesondere, weil mir die deutsche Kultur am Herzen liegt.

In dem Kulturbeitrag „Dialektik der Minderheiten“, wo es um die Machtstellung von dümmlichen Minderheiten geht, fehlt mir die explizite Auflistung von diesen 50 weiteren Intersexualitäten. Auch im Abschnitt ebenda über eine(n) katholischen Gott* fand ich, es fehle etwas. Nämlich, dass Gott* nie männlich war, wenn, dann aber sächlich – wie in Form von „das Wesen, the thing“ oder ein „it“ (es). Auch so wird man kaum behindert, sich einen Bärtigen auf dem Stuhl vorzustellen (König? Kaiser?).

Ekstase von Beginn an bis zum Schluss quer (sic.) über die Geschichtsseite zum Nürnberger Kodex: Ein Medium für Verquerte. Die juristische Ahndung fiel aus, weil man Ärzte brauchte für die Vertriebenen und Verletzten. Was das Blatt hier auflistet, ist purer Kommerz für Bildungsferne und soll blenden als Mediensatire. Bestenfalls wäre zu warnen wie auf den Zigarettenspackungen mit dem schwarzen Balken: „Ähnlichkeit mit unwahren Ereignissen“.

Ra Koch, Kyritz

DER SCHWERKRANKE MANN ZU: POLITIK UND REALITÄT AUF KOLLISIONSKURS (NR. 31)

Die Angst vor einem massiven Wohlstandsverlust ist in der Bevölkerung mit Händen greifbar. Die Bürger haben sich in den vergangenen Jahren von unhaltbaren Wohlstandsversprechen der Politik betauschen lassen. Doch nun droht in Deutschland laut Wirtschaftsexperten eine Jahrhundertrezession mit unabsehbaren Folgen.

Deutschland könnte diesmal zum schwerkranken Mann Europas werden.

Die energietechnischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten sind unüberschaubar. Um die ökonomische Zukunft dieses Landes ist es historisch schlecht bestellt. Mit dem politischen Slogan „Wandel durch Handel“ hat sich dieses Land ohne Not selbst in die Bredouille gebracht. Den Bürgern wurde ein imaginärer Wohlstand eingeredet, von dem das Gros der Gesellschaft bei Weitem nicht profitiert hat.

China rasselt im Taiwan-Konflikt gewaltig mit den Säbeln. Sollte es zum Krieg kommen, wäre der Ukrainekrieg dagegen nur ein kleines Vorspiel zur „Mutter aller Kriege“. Die Vereinigten Staaten sind auf einen ganz großen Krieg mit China vorbereitet. Die Folge wäre, dass die internationalen Lieferketten zusammenbrechen würden. Selbst die einfachsten Dinge des Alltags wären hierzulande kaum noch verfügbar.

Die politische Strategie der vergangenen Jahre, die eigene Industrieproduktion preiszugeben zulasten einer wirtschaftlichen Abhängigkeit von China, war einer der größten Fehler in der Geschichte der Bundesrepublik. Ob Europapolitik, Russlandpolitik, Chinapolitik, Energiepolitik, Asylpolitik, Klimapolitik, Wirtschaftspolitik oder Sozialpolitik. Die Epoche Merkel war für die Bundesrepublik der Jahre 1949 bis 2005 ein echter Stresstest. Ob sie ihn besteht und übersteht, ist keineswegs sicher.

Alfred Kastner, Weiden

EIN NEIN-SPRUCHBEUTEL ZU: „NEIN, NEIN, NEIN, NEIN, NEIN...NEIN!“ (NR. 30)

Der grüne Winfried Kretschmann scheint vergessen zu haben, wie das Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg zu ihm gekommen ist. Ja, das Amt hat sich dem Winni damals im Jahre 2011 förmlich aufgedrängt, fast ein Tatbestand der Nötigung. Kretschmann hätte damals „nein, nein, nein, nein, nein...nein“ brüllen können, hat er aber nicht. Egal, Baden-Württemberg muss ihn jetzt weitertragen, diesen Nein-Spruchbeutel.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AF-09-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ARISTOKRATIE

Die Letzte der Hechinger Hohenzollern

Vor 175 Jahren starb Eugénie de Beauharnais – Ihr Vermächtnis blieb die Villa Eugenia in Hechingen vis-à-vis der Hohenzollernburg

VON H. TEWS / M. STOLZENAU

Im schwäbischen Hechingen erinnert die Villa Eugenia an die letzte Fürstin von Hohenzollern-Hechingen. Das frühklassizistische Bauwerk ist nach Eugénie de Beauharnais benannt, die vor 175 Jahren gestorben ist.

Der brandenburg-preußische Zweig der Hohenzollern, welcher die preußischen Könige und deutschen Kaiser stellte, ist vergleichsweise jung und hat sich erst im 15. Jahrhundert gebildet. Der um 400 Jahre weitaus ältere Teil ist die schwäbische Linie mit der Stammburg der Hohenzollern bei Hechingen.

Die wie auf einem Vulkankegel stehende und die Landschaft beherrschende Burg steht vis-à-vis der im Vergleich eher schlichten Villa Eugenia in Hechingen, in die Eugénie mit ihrem Gemahl, dem Erbprinzen und späteren Fürsten Konstantin von Hohenzollern-Hechingen, im Jahr 1834 einzog. Zuvor ließen die beiden das von Josef Friedrich Wilhelm von Hohenzollern-Hechingen 1786/87 als Lustgartenhaus errichtete Bauwerk im spätklassizistischen Stil umbauen und um zwei Seitenflügel erweitern.

Mit Eugénie zog kaiserlicher französischer Glanz in die Villa Eugenia ein, denn sie war Stiefenkelin von Napoleon Bonaparte. Ihr Vater Eugène de Beauharnais war ein Sohn von Napoleons erster Ehefrau mit deren ersten Mann. Kaiser Napoleon schmückte seinen Stiefsohn später mit dem Titel Vizekönig von Italien. Nachdem er von Napoleon mit Prinzessin Auguste Amalie von Bayern verheiratet worden war, erhielt Beauharnais zusätzlich von seinem Schwiegervater, dem bayerischen König Maximilian I. Joseph, die Titel Herzog von Leuchtenburg und Fürst von Eichstätt verliehen.

Seine 1808 in Mailand geborene und als Eugénie Hortense Auguste Napoléone de Beauharnais getaufte Tochter durfte sich Prinzessin von Leuchtenburg nennen. Sie verbrachte ihre Kindheit und Jugend vor allem im Palais Leuchtenburg in München, im Schloss Ismaning und in der



Offene Pforten für die Kultur: Die nach Eugénie de Beauharnais benannte Villa Eugenia in Hechingen mit der Hohenzollernfahne

Residenz Eichstätt. Dazu kamen häufige Aufenthalte in dem von ihrem Vater errichteten Schloss Eugensberg im heutigen Ort Salenstein am Bodensee.

Ein Leben in Luxus

Dabei wuchs sie umgeben von großem Luxus auf. Von Zeitzeugen ist überliefert, dass ihr Vater in seinem Münchner Palais, das vom damaligen Stararchitekten Leo von Klenze erbaut worden war, einen größeren Prunk entfaltete, als das dem Hof der Wittelsbacher möglich war. Als ihr Vater 1824 starb, erbe die Prinzessin neben viel Geld das ebenfalls prunkvolle Schloss Eugensberg. Am 22. Mai 1826 heiratete sie im Dom zu Eichstätt den ebenfalls katholischen Erbprinzen von Hohenzollern-Hechingen. Ihre große Mitgift war ein Segen für das Fürstentum.

Das Erbprinzenpaar lebte abwechselnd auf Schloss Lindich bei Hechingen sowie auf Schloss Eugensberg. Eugénie besuchte zudem oft ihre Tante Hortense und ihren Cousin Louis Napoleon, den späteren Kaiser Napoleon III., und ihre Mutter, die in München residierte. Dort wurde die Erbprinzessin nach der Geburt der Prinzessin Elisabeth in Bayern 1837 deren Taufpatin. Das war niemand anderes als die spätere österreichische Kaiserin, die unter Kosenamen „Sisi“ zur Legende wurde.

Nach dem Tod ihres als König von Bayern regierenden Schwiegervaters Maximilian I. Joseph im Jahr 1825 und ihrem Verkauf von Schloss Eugensberg, der viel Geld einbrachte, intensivierte sie ihre Wohltätigkeit. Dazu kamen zahlreiche Um- und Ausbauten der fürstlichen Häu-

ser. Im Mittelpunkt stand die Villa Eugenia in Hechingen mit einem Gästehaus und einem englischen Landschaftsgarten. Das an Musik interessierte Fürstenpaar unterhielt eine Hofkapelle mit etwa 20 Musikern, gründete eine Musikgesellschaft sowie einen Musikverein und veranstaltete sonntägliche Hofkonzerte, zu denen auch die Musikliebhaber des Fürstentums zugelassen waren.

Liszt und Berlioz zu Besuch

Bei diesen Gelegenheiten fand sich in der Villa Eugenia viel Prominenz ein. Das reichte von Cousin Louis Napoleon über Hector Berlioz bis zu Franz Liszt, die der Hofkapelle einen guten Klang bescheinigten. Liszt hielt sich sogar einige Monate in Hechingen auf. Die Musik war wohl auch das wichtigste Bindeglied zwischen der

Fürstin Eugénie und dem Fürsten Konstantin, der auch selbst komponierte, wenn er sich nicht gerade in außerehelichen Affären übte.

Die Fürstin dagegen tröstete sich über diese Enttäuschung und ihre eigene Kinderlosigkeit außer mit der Musik vor allem mit immer mehr Frömmigkeit und Wohltätigkeit. Das war ihr Ventil. Doch diesem segensreichen Wirken mit Stiftungen für die Kirche, Kinderhäuser, Altersheime und Krankenhäuser waren nur wenige Jahre beschieden. Fürstin Eugénie erkrankte 1842 an Tuberkulose, die von den Hofärzten mit mittelalterlich-rückständigen und aus heutiger Sicht unverständlichen Methoden therapiert wurde. Das reichte vom „Inhalieren von Kuhlungsdämpfen“ bis zum „Verbrennen von Moxastäbchen auf ihrer Brust“.

1847 weilte sie zu einer erfolglosen Kur in Badenweiler. Auf der Rückreise starb die erschöpfte Fürstin am 1. September 1847 im Freudenstädter Hotel Post. Ihre letzte Ruhe fand sie vor dem Hochaltar der Stiftskirche in Hechingen. In der Stiftskirche des Ortes erinnert ein Gedenkfenster mit ihrem Abbild und im Hechinger Amtsgericht eine Büste an sie.

Einen Großteil ihres Vermögens von rund 850.000 Gulden bestimmte sie per Testament für wohltätige Zwecke. Nach ihrem Tod wurden die Konzerte in Hechingen beendet. Die kurze Zeit der kulturellen Blüte der Residenz war damit zu Ende. Der verwitwete Fürst zog sich 1848 auf seine Güter in Schlesien zurück und überließ per Urkunde vom 8. April 1850 sein Fürstentum der Hohenzollern-Verwandtschaft in Berlin.

So kam es, dass preußische Prinzen und Prinzessinnen die Villa Eugenia unter Beschlag nahmen. Danach begann der Verfall für das geschichtsträchtige Bauwerk. Seit 2001 kümmert sich ein Förderverein um die Erbpflege und die Sanierung des Gebäudes, das mit Mitteln des Landes Baden-Württemberg und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz auf einem guten Weg ist. Danach soll das Haus wieder ein Ort der Musik werden.

SKLAVENHANDEL

Was hatten Brandenburger in Afrika zu suchen?

Der Große Kurfürst wird mittels eines Kunstwettbewerbs auf seine koloniale Vergangenheit untersucht

Im Vergleich zu England, Spanien oder Frankreich nimmt sich die deutsche koloniale Vergangenheit recht bescheiden aus. Trotzdem ist man hierzulande eifriger darum bemüht diese geschichtlichen Altlasten aufzuarbeiten als anderswo. Die Berliner, die mit der Rückgabe der Benin-Bronzen und auch im Humboldt-Forum die deutsche koloniale „Schmach“ verarbeiten, sind darin Weltmeister. Komendes Jahr zieht man die Schlinge noch enger. Dann zeigt die Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) im Berliner Schloss Charlottenburg eine Sonderausstellung, die sich erstmals mit kolonialen Spuren in ihren Schlössern, Gärten und Sammlungen befasst. Dazu schreibt die SPSG jetzt einen offenen Kunstwettbewerb aus.

Die Sonderausstellung findet im Rahmen des Jahresthemas „Churfürst – Kaiser – Kolonien“ statt. Für die Dauer der Schau – vom 1. Juli bis zum 31. Oktober 2023 – soll das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620–1688) vor dem

Schloss durch eine zeitgenössische künstlerische Intervention kommentiert und bewertet werden. Das Denkmal wurde von dem Bildhauer Andreas Schlüter zwischen 1696 und 1700 geschaffen und steht

seit 1951 im Ehrenhof des Schlosses. Zu Füßen des reitenden Kurfürsten sind vier Menschen in Ketten dargestellt.

Unter der Regentschaft Friedrich Wilhelms wurde 1682 die Brandenburgisch-

Afrikanische Compagnie (BAC) gegründet, die in wenigen Jahren mehrere Festungen an der westafrikanischen Küste, darunter auch das nach dem Kurfürsten benannte Großfriedrichsburg, baute. In welchem Umfang sich die brandenburgische Handelsgesellschaft am Versklavungshandel beteiligte, ist nicht abschließend geklärt. Die Angaben in der Forschung variieren von 17.000 bis zu 30.000 durch die BAC gekaufte Afrikaner.

Für den Kunstwettbewerb haben interessierte Künstler bis zum 30. September Zeit, eine erste Ideenskizze einzureichen. Ausgangspunkt der danach folgenden Sonderausstellung ist die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit der von der SPSG verwalteten Schlösser, Gärten und Sammlungen. Im Jahr 2020 hat die SPSG dazu eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe gegründet. Sie soll dauerhafte und nachhaltige Strukturen für die Bearbeitung und Vermittlung kolonialer Kontexte entwickeln und adäquate Maßnahmen veranlassen und begleiten.

SPSG/tws



Angekettete Sklaven? Reiterstandbild des Großen Kurfürsten im Schloss Charlottenburg

MUSIKFEST

Estland singt auf Usedom

Heringsdorf – Zum Ausklang der Saison auf der Insel Usedom lädt das Hauptprogramm des Usedomer Musikfestivals mit rund 35 Konzerten und über 350 Musikern vom 17. September bis 8. Oktober ein, Estland musikalisch zu entdecken. „Von tausendjähriger Folklore, über klassisch-romantische Sinfoniekonzerte bis hin zu Jazz und Experimentalkunst der Gegenwart, Estland ist musikalisch ein Riese, der mit Vitalität und Vielfalt beeindruckt“, so Intendant Thomas Hummel. Ein Höhepunkt ist das groß angelegte estnische Sängerfest am 24. September im Dom der Herzogstadt Wolgast, auf dem fast hundert Sänger des Chores der Estnischen Akademie der Wissenschaften das kleinste der baltischen Länder besingen. Denn noch bevor die Esten einen eigenen Staat hatten, fanden sie sich als singende Nation zusammen. Weitere Informationen sowie Kartenbuchungen im Internet: www.usedomer-musikfestival.de. H. Sch.

● FÜR SIE GELESEN

Banales und Richtiges

Es gibt Bücher, deren Inhalt schon bald nach ihrem Erscheinen obsolet wird, ohne dass den Autor eine Schuld hieran trifft. Das gilt auch für „Hassliebe. Warum Deutsche und Russen nicht miteinander können“ von Anna Rose. Die in Russland geborene Journalistin und Übersetzerin, die an der Berliner Humboldt-Universität promovierte und für die Regierungszeitung „Rossijskaja Gaset“ und für den kremlkritischen Radiosender „Echo Moskwy“ als Deutschlandkorrespondentin tätig war beziehungsweise noch ist, will uns Deutschen einen Spiegel vorhalten und zugleich Verständnis für die russische Befindlichkeit von heute wecken.

Allerdings sind viele der Themen, die sie anspricht, aus jetziger Sicht deutlich zu banal. Warum sich russische Frauen besser kleiden als ihre Geschlechtsgenossinnen hierzulande und Russen ein anderes Verhältnis zur Ordnung haben als die peniblen Deutschen, interessiert niemanden mehr ernsthaft, seit ein blutiger Krieg zwischen Russen und Ukrainern tobt, zu dem wir uns positionieren müssen, was eindeutig zu Lasten der Russen geht. Obwohl diese als Volk natürlich nicht alle hinter Putin stehen. Dennoch hat sich zumindest die Liebe erst einmal auf unabsehbare Zeit erledigt...

Politische Fehleinschätzungen

Ansonsten enthält Roses Buch auch zahlreiche eklatante politische Fehleinschätzungen, wobei damit nicht nur die stereotyp-negativen Aussagen über die AfD gemeint sind. So vertritt die Autorin die Ansicht, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel Russland als „unberechenbaren Feind“ betrachtet habe und zur „kalten Kriegerin“ geworden sei, um den USA zu „imponieren“. In Wirklichkeit war freilich meist das Gegenteil der Fall – vor allem während der Ära Trump.

Andererseits liegt Rose aber auch vielfach richtig. Das gilt beispielsweise für die Passagen, in denen sie die Berichterstattung der bundesdeutschen Mainstream-Medien kritisiert. Diese haben die russischen Warnungen vor der radikalislamischen Terrorgefahr tatsächlich verharmlost oder gar ins Lächerliche gezogen. Und die Autorin unterscheidet dezidiert zwischen Mittel- und Westdeutschen, was angesichts der geschichtlichen Entwicklung auch durchaus ratsam ist. Dabei kommt sie zu folgendem Urteil: „Der Drang nach Belehrung und die Überheblichkeit der Westdeutschen sind das Teufelszeug, das es verhindert, dass das russische und das deutsche Volk zueinander finden.“

Allerdings haben die Ost- beziehungsweise Mitteldeutschen zwischen 1945 und 1994 genügend üble Erfahrungen mit den russischen Invasoren und Besatzern gemacht, welche noch heute für reichlich Distanz oder gar Abscheu sorgen. Oder anders ausgedrückt: Wenn man im Osten der Bundesrepublik heute mehr Putin-Sympathisanten trifft als im Westen, ist das weniger ein Ausdruck von Russenliebe als von Protest gegen das ampelbunte politische Establishment in Berlin.

Wolfgang Kaufmann



Anna Rose: „Hassliebe. Warum Deutsche und Russen nicht miteinander können“, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2021, broschiert, 349 Seiten, 18 Euro

CAMPINGFÜHRER



Traumstrände und Sonnenschein

Antike Stätten auf dem Festland, dem Peloponnes und auf den Inseln – Griechenland hat viel Interessantes zu bieten, das Camper entdecken können

FOTO: IMAGOFANE EDITION

Wohnmobil-Touren in die wilde Mani – das Bild zeigt den Strand des Badeortes Finikounta – zu den berühmten Ausgrabungsorten der Antike oder in Städte wie Athen – wer Griechenland mobil bereisen möchte, für

den hält der neue „Camper Guide Griechenland“ nützliche Informationen bereit. Neben Tourenvorschlägen werden reich bebildert Sehenswürdigkeiten sowie Campingplätze beschrieben und Ratschläge gegeben. **MRK**

Marco Polo: „Camper Guide Griechenland“, MairDumont Verlag, Ostfildern, 1. Auflage 2022, broschiert, 216 Seiten, 19,95 Euro

BIOGRAPHIE

Werdegang eines Fernsehkochs

Frank Rosin beschreibt seinen Aufstieg aus einfachen Verhältnissen zum Sternekoch, der durch Restaurant-Sendungen berühmt wurde

VON ANGELA SELKE

Der durch sein Sterne-Restaurant, aber hauptsächlich durch seine im Fernsehen ausgestrahlten Restaurant-Doku-Serien bekannte Koch Frank Rosin hat zusammen mit Andreas Hock seine Biographie geschrieben. Das Buch „Ehrlich wie 'ne Currywurst“ beschreibt seine harte Kindheit als Sohn eines Lieferanten für Gastronomiebedarf und einer Imbissbudenbesitzerin. Sein Vater war streng und verdunkelte eine ansonsten unbeschwerte Kindheit. Die Mutter war immer für ihren Sohn da und kochte mit der Hauptzutat, die allen Gerichten etwas Besonderes gab: Liebe.

Rosin wusste schon früh, dass er Koch werden und auch, dass er ein eigenes Restaurant eröffnen wollte. Dazu benötigte er ein Lokal in möglichst bester Lage mit guter Ausstattung und vor allem zuverlässigem Personal. Rosin bekam das alles zunächst nicht, denn es fehlte an Geld.

So baute er seine Zukunft mit Hilfe von Freunden und seiner Mutter auf und kaufte 1991 mit 24 Jahren ein renovierungsbedürftiges Restaurant. Mit den Jahren wurde das „Restaurant Rosin“ in Dorsten immer beliebter. Eines Tages kam der Fernsehsender Kabel 1 auf ihn zu, um mit ihm eine Koch-Dokumentation zu drehen. Die Serie „Rosins Restaurants“ läuft bereits seit 13 Jahren. Mittlerweile ist Rosin berühmt und Millionär. Sein Lokal erhielt einen Michelin-Stern und Jahre später noch einen zweiten. Der ausge-

bildete Koch hat durch Schulungen gelernt, wie man seine Mitarbeiter motiviert und Verantwortung an sie überträgt. Inzwischen hat er sich immer mehr aus seinem Restaurant zurückgezogen und alle Aufgaben an seine Angestellten delegiert.

Rosin schildert in frischen und ehrlichen Worten seine Kindheit und den beruflichen Werdegang. Das Buch ist allerdings nur für seine Fans ein Muss und für Menschen, die für diese Branche arbeiten sehr interessant, da er gute Ratschläge bereithält. Für andere Leser ist es zwar nett, aber nicht bereichernd. Die Essenz des Buches ist: „Sei strebsam, hab eigene Ideen und gib nie auf, dann wirst du dein Ziel irgendwann erreichen.“ Sein Vater hat ihm vor allem diesen Rat gegeben: Sei Augen und Ohren. Den hat er auf jeden Fall beherzigt und vieles abgesehen, nachgekocht und verbessert.

Wichtig war Rosin vor allem „ehrlich wie 'ne Currywurst“ zu sein. Er habe in seinen Rezepten und Sendungen nie falsche Tatsachen gezeigt, alles sei wirklich so gewesen, wie dargestellt.

Frank Rosin wurde 1966 geboren und lebt mit seiner Familie im Ruhrgebiet.



Frank Rosin/Andreas Hock: „Ehrlich wie 'ne Currywurst“, Ecowin Verlag, Elsbethen 2022, gebunden, 190 Seiten, 24 Euro

LEBENSWEGE

Frauen, die die Welt bewegten

Eine neue Sachbuchreihe des Berliner Adrian Verlags beschreibt unter anderem den Aufstieg Marie Curies zur Nobelpreisträgerin

VON SILVIA FRIEDRICH

Für Mädchen von heute ist es kaum nachvollziehbar, dass Frauen in früheren Zeiten nicht zum Universitätsstudium zugelassen wurden und ihr Lebensweg von Gesetzen bestimmt wurde, die von Männern gemacht waren und die ihnen den Zugang zur Bildung verwehrten.

Maria Sklodowska alias Marie Curie, die 1867 in Warschau geboren wurde, erging es ebenso. Eine neue Sachbuch-Reihe zeigt in drei Bänden „Wer war/Wer ist“, spannende Lebensläufe bemerkenswerter Frauen der Vergangenheit und Gegenwart, wie Marie Curie, Malala Yousafzai, der Kinderrechtsaktivistin aus Pakistan, und Kamala Harris, der Vizepräsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika.

Besonders macht diese Bücher, dass sie sich sehr persönlich den Menschen annähern. Es wird nicht nur der Ruhm und die Bedeutung der jeweiligen Persönlichkeit beleuchtet, sondern die Lebensgeschichte mitreißend erzählt. Wer war Marie Curie, woher stammte sie, wie sah ihr Leben als kleines Mädchen in Warschau aus und welche Entbehrungen musste sie erfahren? Wie kam es, dass sie zu einer der bedeutendsten Wissenschaftlerinnen aller Zeiten wurde?

Selbst viele Erwachsene wissen nicht, wie Marie aufwuchs und dass sie die von einer Lehrerin heimlich gegründete Universität besuchte, deren Kurse in Privathäusern abgehalten wurden. Wie sich ihr

weiterer Lebensweg gestaltete, ist so fesselnd beschrieben, dass man das Buch in einem Rutsch durchlesen mag. Nun ist Wissenschaft nicht jedermanns Sache, doch werden alle Begriffe, die Kindern, aber auch Erwachsenen vielleicht nicht klar sind, erklärt. So gibt es genaue Erläuterungen, was Radioaktivität ist, wovon es sich bei Elementen handelt, was das Periodensystem der Elemente ist, was es mit dem Nobelpreis auf sich hat und vieles mehr.

Am Ende zeigen zwei nebeneinanderstehende Zeitlinien des Lebens Madame Curies und der Geschichte, welche Dinge sich zu Lebzeiten der Wissenschaftlerin auf dem Globus ereigneten. Curie entdeckte neue chemische Elemente, von denen die Welt bis dahin nichts gewusst hatte. Dass ihre Arbeit aber auch hochgefährlich ist, war damals niemandem bewusst. So starb die große Wissenschaftlerin früh an den Folgen ihrer Forschungen.

Die Illustrationen sind in schwarz-weiß gehalten. Eine sehr zu empfehlende Buchreihe, in der hoffentlich noch viele weitere Ausgaben den Buchmarkt bereichern werden.



Megan Stine/Alexandra Helm/Ted Hammond: „Wer war Marie Curie?“, Adrian Verlag, Berlin 2022, gebunden, 12,95 Euro

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Geschichte der Jagd in Ostpreußen

Zwischen Weichsel und Memel, Rominter Heide und Elchwald – Neue Ausstellung in Ellingen

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Viele Tierarten sind ausgestorben, weil sie zu intensiv bejagt wurden. Dies geschah auch bereits mit den damaligen Jagdmethoden vor mehreren Jahrhunderten in den Wäldern Ostpreußens.

Die Hintergründe, die mit der Besiedlung früher menschenleerer Räume, dem Raubbau und der Abholzung von Wäldern sowie der unkontrollierten Bejagung des vorhandenen Wildes, die erst mit der Einrichtung von Forstämtern durch den Deutschen Orden, den preußischen Herzögen und dem deutschen Kaiser eine Lenkung erfuhren, wird in dem Heft „Auf der Pirsch in Heide, Wald und Moor“ des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen beschrieben, das nun zu einer aktuell laufenden Ausstellung zur Geschichte der Jagd zwischen Weichsel und Memel erschienen ist.

Um 1230, als der Deutsche Orden das Preußenland missionierte, war das Gebiet zu rund 80 Prozent mit Wald bewachsen, wobei Laubwald vorherrschend war. Mit der Gründung zahlreicher Siedlungen wurden Teile des Waldes gerodet und die darin lebenden Tiere bejagt. Um 1790 waren nur noch 30 Prozent der Fläche, meist mit Nadelwald, bedeckt, der Rest war als Acker- oder Weideland kultiviert. Dadurch gingen die masttragenden Gehölze wie Eichen, Buchen oder Linden zurück, was durch die Zerstörung des Lebensraumes Auswirkungen auf den Tierbestand hatte.

So starben bereits 1627 der letzte Auerhahn, 1644 das letzte Wildpferd und 1756 das letzte Wisent durch Bejagung, aber auch der Braunbär, der Wolf, der Luchs, die Wildkatze, der Auerhahn und das Haselhuhn. Andere Populationen gingen stark zurück wie der Elch, der Hirsch und das Rehwild.

Der Deutsche Orden erlaubte die freie Jagd auf alle Wildtiere. Jagdschutzverordnungen wurden als unnötig erachtet. In den Leibrevieren der Hochmeister jedoch durften nur diese selbst der Jagd nachgehen. In der Zeit unter Herzog Albrecht von Preußen entstanden um 1570 „Wildhäuser“ oder „Jagdbuden“, die den Jägern des Hofes als Unterkunft dienten.

Elchfleisch für die Dienerschaft

Wildbret spielte in dieser Zeit eine große Rolle und war der Hauptteil der fleischlichen Kost. Elchfleisch war populär, jedoch nicht so beliebt wie Hirsch oder Rind, weshalb es oftmals der Dienerschaft gegeben wurde. Häute und Felle waren abzuliefern und dienten der Herstellung von Kleidungsstücken und Sattelzeug. Elchklauen wurden in der Volksmedizin gegen Gicht und Kopfschmerzen verwendet.

Erst unter Herzog Albrecht wurde der Bevölkerung die allgemeine Jagdfreiheit entzogen und eine zentrale Forstverwaltung eingeführt. In der Waldordnung von 1582 wurde in den drei Kreisen des Herzogtums je ein Waldvogt als Aufseher für die Reviere eingesetzt. Ihnen folgten um 1650 die Oberförster mit ihren Forstmeistern. Einige Reviere wie die Rominter Heide wurden zu Leibrevieren erklärt, in denen die Obrigkeit vor allem Rothirsche jagte.

Dies geschah in der Form der Hetzjagd mit Hunden, der Treibjagd, der Pirschjagd und der Verwendung von Gruben und Fallen. Lebende Tiere wurden gefangen, um die Wildgärten des Landes zu füllen, um sie zu zähmen oder für Tierkämpfe vorzuhalten.

Für die preußischen Herzöge war die Jagd ein Zeitvertreib mit Gästen, bei denen hunderte von Tieren ihr Leben lassen mussten. Kurfürst Johann Sigismund erlegte nachweislich zwischen 1612 und 1618



Plakat der neuen Ausstellung

Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

38 Bären, 1998 Rothirsche, 2344 Rehe und 4008 Wildschweine. Bei einer fünftägigen Jagd zu Ehren des polnischen Königs August II. wurden über 400 Elche und Hirsche abgeschossen. Neben den Jagden der preußischen Könige dezimierten im Siebenjährigen Krieg die Russen so rücksichtslos den Wildbestand, dass 1780 alle Forstämter über den schlechten Zustand der Reviere klagten, der sich durch die folgenden Napoleonischen Kriege nochmals verschlechterte. Erst um 1860 konnten sich die Reviere wieder erholen.

Wilhelm II. entdeckte die Rominter Heide als Jagdrevier

Kaiser Wilhelm II., der normalerweise in der Schorfheide bei Berlin jagte, entdeckte die Rominter Heide und besuchte sie erstmals am 23. September 1890. Danach wurde ein großes Gebiet mit einem 100 Kilometer langen Zaun eingegattert und für die Öffentlichkeit gesperrt. An der Rominte entstand das Kaiserliche Jagdschloss Rominten im nordischen Stil wie auch im gleichen Stil die Hubertuskapelle. Jährlich zwei bis drei Wochen kam der

Kaiser um die Zeit der Hirschbrunft im September nach Rominten. Bis 1913 erlegte er in diesem Revier 321 Hirsche.

Nach der Abdankung des Kaisers wurde die Heide Staatsrevier der Weimarer Republik, und nach der Machtübernahme durch das NS-Regime erhob Reichsjägermeister Hermann Göring Anspruch auf sein späteres Lieblingsrevier. Er bildete aus mehreren Forstämtern ein Elchschutzgebiet, den „Deutschen Elchwald“.

Da Göring an den kriegspolitischen Geschäften in Berlin wenig Interesse hatte, verlegte er sein Büro nach Rominten. Er hielt sich für einen guten Jäger und war besessen, den stärksten Hirsch der Welt zu schießen, was ihm am 22. September 1942 mit dem „Matador“ auch gelang. Bevor die Sowjets 1944 nach Rominten kamen, befahl Göring, alles, was die Jäger aufspüren konnten, zu erlegen. Die Sowjets sollten möglichst wenig Wild vorfinden. Am 16. Oktober 1944 verließ Göring den Reichsjägerhof, der zurückgelassene Hausverwalter zündete wenige Tage später das Gebäude an, das völlig niederbrannte.

Das Schriftwerk schließt mit Lebensläufen von verdienstvollen Forstmännern, die in Ostpreußen wirkten und gibt einen kurzen Ausblick auf die Jagd zwischen Weichsel und Memel nach 1945.

● **Ausstellung** „Auf der Pirsch in Heide, Wald und Moor – Die Jagd in Ostpreußen“, zu der dieses Heft erschienen ist, ist bis 27. November im Kulturzentrum Ostpreußen im Ellinger Barockschloss zu sehen. Das mit vielen farbigen Abbildungen versehene 50-seitige auf hochwertigem Kunstdruckpapier mit Unterstützung des Förderkreises Ostpreussisches Jagdmuseum und der Hanns-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung gefertigte Heft kann vom Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen in der Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440, Fax: (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 6,50 Euro zuzüglich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen zu der laufenden Ausstellung gibt es auch unter: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

ZUFALLSFUND

Brand in Lötzen

Als ich neulich in ein Fotoalbum meines Vaters schaute, das er noch kurz vor seinem Tod (1981) angelegt hatte, dann aber nicht mehr beschriftet konnte, löste sich beim Durchblättern durch Zufall eines der Bilder und fiel heraus.

Bisher hatte ich immer gedacht, es handele sich dabei um einen Flugzeugabsturz (nach Abschuss), denn mein Vater diente während des Zweiten Weltkriegs bei der Flak-Artillerie. Ich hatte mir das Foto allerdings nie näher angesehen, konnte es zeitlich und lokal auch nicht einordnen. Umso erstaunter war ich deshalb, als ich jetzt sah, dass mein Vater es auf der Rückseite beschriftet hatte. Der Text dort lautet: „Brand der Landwirtschaftsschule in Lötzen am 31.12.1940. Riesige Flammen und Rauchwolken vor Eintreffen der Feuerwehr.“

Als ich mir daraufhin das Bild genauer anschaute, stellte ich fest, dass es tatsächlich auf der Bismarckstraße in Lötzen aufgenommen worden war. Links ist nämlich mein Elternhaus, die Villa Barbara (Bismarckstraße 6, heute ul. Pionierska 9) zu erkennen. Unsere Wohnung war im obersten Stockwerk und ist auf dem Bild auch sichtbar. Rechts, also gegenüber dem Haus, erblickt man deutlich den Treppenaufgang zur Brunokirche.

Offensichtlich hat mein Vater das Bild aus einem Gebäude schräg gegenüber (Ecke Bismarck- und Wilhelmstraße) aufgenommen, das heute aber nicht mehr steht. Dort ist nämlich ein



Lötzen am 31.12.1940: Die Rauchwolken stammen vom Brand in der Landwirtschaftsschule Foto: Reith

Neubau, in dem sich unten eine Bäckerei mit einem kleinen Café befindet, in dem wir schon ausgezeichneten Kuchen gegessen haben.

In dem Standardwerk von Max Meyhöfer „Der Kreis Lötzen“ (1961) liest man auf Seite 185 den Hinweis, dass das Gebäude der Landwirtschaftsschule Silvester 1941 (!) durch Brand zwar schwer beschädigt, aber sofort wiederhergestellt wurde.

Nach der Aufzeichnung meines Vaters war es jedoch ein Jahr eher, nämlich Silvester 1940, und eigentlich war mein Vater in solchen Dingen sehr genau. Abgesehen davon dürfte er angesichts des mittlerweile begonnenen Russland-Feldzuges über Silvester 1941 gar keinen Urlaub bekommen haben, um nach Lötzen zu fahren. Es darf deshalb angenommen werden, dass der Autor des genannten Buches wohl die Wörter „Silvester“ und „Neujahr“ verwechselt hat, denn Neujahr 1941 würde dann ja mit der Angabe meines Vaters nahezu wieder übereinstimmen. Wolfgang Reith

● AUFGESCHNAPPT

Bei historischen Quellen wird zwischen „Tradition“ und „Überrest“ unterschieden. „Traditionsquellen“ entstanden, um der Nachwelt bewusst Informationen zu überliefern. „Überrestquellen“ hingegen geben unbeabsichtigt Auskunft über die Vergangenheit. Gerade für Letzteres gibt es überraschende Fundorte. So etwa in einer erstmals 1936 erschienen Agatha-Christie-Geschichte, die in deutscher Übersetzung den Titel „Der Stein des Anstoßes“ trägt. Hier fällt Erstaunliches ins Auge. In einer nebensächlichen Szene ist von einem Volksfest die Rede, auf dem eine „tätowierte Dame“ als Attraktion präsentiert wird. Offenbar gab es eine Zeit, in der die Besichtigung einer „tätowierten Dame“ etwas derart Besonders war, dass man dafür Eintritt zahlte. Heute kann man sich das sparen, bereits bei einem Gang durch eine beliebige sommerliche Innenstadt wird man einer Vielzahl von „tätowierten Damen“ (und natürlich auch Herren) ansichtig. Ob dies eine positive Entwicklung ist, entscheide jeder für sich. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Der frühere Präsident des Ifo-Instituts, Ökonomen Hans-Werner Sinn, erklärt im Gespräch mit der „Berliner Zeitung“ (19. August) die Zwecklosigkeit des deutschen Ausstiegs aus fossilen Energieträgern wie Erdöl:

„Wenn wir auf Erdöl verzichten, geben wir es für andere Länder frei, die es zu fallenden Preisen gerne kaufen und an unserer Stelle verbrennen, allen voran China ... Wegen der Freigabe der Mengen geht der Klimawandel genauso schnell weiter wie ohne unseren Verzicht. Unsere Verzichtspolitik schädigt das Herzstück der deutschen Industrie, nämlich die Automobilindustrie, stärkt unsere Konkurrenten und reduziert den Lebensstandard der europäischen Bevölkerung, ohne der Umwelt auch nur ein bisschen zu helfen.“

Boris Reitschuster beschreibt auf seinem Blog (20. August), was heutige mächtige Weltveränderer mit dem alten Sozialismus und Kommunismus gemein haben:

„Große Teile der Wirtschaft bzw. der wirtschaftlichen Elite – man nehme als beispielhaft das Weltwirtschafts-Forum und die Internet-Giganten – wollen im Schulterchluss mit linken Aktivisten die Welt umbauen. WEF-Chef Schwab nennt das ‚Great Reset‘. Sie fühlen sich geradezu berufen für diesen Umbau, weil sie sich im Besitz einer ‚Wahrheit‘ glauben, und eines Auftrags, die Welt zu retten. Genau das verbindet sie mit den Sozialisten bzw. Kommunisten.“

Der österreichische „Exxpress“ (22. August) zitiert den Schweizer Politiker und Polizisten Fredy Fässler, der für den Fall eines größeren Stromausfalls warnt:

„Stellen Sie sich vor, Sie können kein Geld mehr am Geldautomaten abheben, Sie können im Laden nicht mehr mit der Karte bezahlen oder an der Tankstelle tanken. Die Heizung funktioniert nicht mehr. Es ist kalt. Die Straßen werden dunkel. Es ist denkbar, dass die Bevölkerung rebelliert oder dass es zu Plünderungen kommt.“

Christian Dürr, Fraktionschef der FDP im Bundestag, äußerte in der ARD-Sendung „Hart aber fair“ (22. August) heftige Kritik an Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) wegen dessen Vorschlag, statt zu duschen lieber einen Waschlappen zu benutzen:

„Dieses herablassende von oben, nach dem Motto ‚Ich empfehle euch Kindern mal sich so und so zu verhalten‘ finde ich absolut merkwürdig und offen gestanden angesichts der Krise unangebracht. Deswegen kann sich Herr Kretschmann solche Hinweise wirklich sparen.“

● WORT DER WOCHE

„Die vom Finanzminister geplante Reform ist kein Geschenk, sondern ein Inflationsausgleich. Wer ihn verweigert, schädigt bewusst die Mitte der Erwerbsgesellschaft.“

Gabor Steingart zum angeblichen Entlastungspaket von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) auf „Focus online“ am 17. August

DER WOCHENRÜCKBLICK

Wir haben die Kraft!

Wie uns der Winnetou-Streit ernüchtert, und nach welchem Gebot der Kanzler lebt

VON HANS HECKEL

Zeitenwende“ – das klingt dramatisch, damals, am 27. Februar, drei Tage nach Ausbruch des Ukrainekrieges. Und auch unheimlich: Was kommt da auf uns zu? Plötzlich redeten Eben-Noch-Pazifisten dauernd über Krieg und für Waffenlieferungen und die dringend notwendige Aufrüstung der Bundeswehr. Droht ein Weltkrieg? Mit Atomwaffen gar? Kinder, ist das gruselig, so die verbreitete Stimmung.

Manche jedoch hatten eine alte Weisheit nicht vergessen, die ein wenig Hoffnung verheißt, und die da lautet: Ein jedes Ding hat zwei Seiten, so auch dieses hässliche hier. Seit Jahrzehnten gerieten die „Probleme“, mit denen wir uns im Feuereifer herumschlugen, immer abseitiger, nahmen sich die Debatten zunehmend bizarrer aus. Beispielhaft für den Strudel des Absurden mag das „Gendersternenchen“ stehen und all die „Ismen“ wie Rassismus, Sexismus und haste nich’ gesehn, die überall angeblich lauern und die daher mit stetig wachsender Hysterie zu bekämpfen waren.

Jetzt, so die leise Hoffnung, da uns echte Herausforderungen von historischem Ausmaß um die Ohren fliegen und mit voller Wucht ans Existenzielle prallen, jetzt sehen wir endlich wieder klarer und lassen uns nicht mehr herumscheuchen von den Ideologen und Denunzianten mit ihren herbeigsabbelten Scheinproblemen.

Und? Pustekuchen. Wir haben vergebens gehofft. Woher wir das wissen? Vom Ravensburger Verlag. Da müssen sich bloß ein paar linke Eiferer aufplustern, schon nimmt Ravensburger-Chef Clemens Maier das neue Buch „Der junge Häuptling Winnetou“ beflissen vom Markt und faselt zur Begründung irgendwas von der „geschichtlichen Wirklichkeit“, der „Unterdrückung der indigenen Völker“ (Meint der die letzten Deutschen in unseren Großstadtghettos? War nur Spaß), von „romantisierenden Bildern“ und angeblichen „Klischees“ – trostlos.

Trotz allem wollen wir die Flinte noch nicht ins Korn werfen, denn es ist historisch betrachtet nichts Neues, dass sich in einer „Zeitenwende“ die alte und die neue Epoche erst einmal mischen. Das aus der Zeit Gefallene verschwindet häppchenweise, denn die alten Geister wehren sich verbissen gegen ihren Untergang.

Als Symbol dieses Widerstands könnte der Waschlappen in die Geschichte eingehen, den uns der grüne Landesvater von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, als Alternative zum Duschen empfiehlt. Man könnte es den uneingestanden Offenbarungseid nennen. Sie wissen zwar (immer noch) nicht, was sie tun. Sie ahnen aber, was dabei herauskommt: nichts Gutes. Daher das wirre Gefuchtel mit peinlichen Ermahnungen ans Volk, hohlen Versprechungen und dröhnenden Parolen wie Habecks „Putin hat das Gas, aber wir haben die Kraft“. So tönt ein Regime kurz vor seiner Kapitulation. Hätte er, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, noch gar nicht nötig. Aber er muss es ja wissen.

Mit der steigenden Nervosität der Regierenden wächst auch das Chaos, das sie veranstalten. Erinnern Sie sich noch an die „Übergewinnsteuer“? Damit wollte die rotgrüne Abteilung der Ampel jene Konzerne zur Kasse bitten, die an den steigenden Energiepreisen saftig verdient haben. Der Plan folgte dem alten linken Trick: Wenn Du das Volk ungestraft plündern willst, wecke den Neidhummel in den Menschen. Der lässt sich nämlich widerstandslos ausnehmen, solange man ihm nur das Gefühl gibt, dass andere noch viel hemmungsloser gerupft werden. Die Genugtuung über das Leid der anderen übersteigt beim Neidhummel stets den Schmerz über eigene Einbußen.

Der Dank der Finnen ist uns gewiss

Ist die Übergewinnsteuer im Energiesektor erst platziert, könnte man sie ja Schritt für Schritt überall einführen. Ein linker Traum: So bestimmen endlich Politiker, welches Unternehmen wie viel verdienen darf, ganz unabhängig von dessen tatsächlicher Wirtschaftlichkeit: Guten Morgen Planwirtschaft.

Aber daraus wurde vorerst nichts, stattdessen kam nahezu das Gegenteil, das aus marktwirtschaftlicher Sicht auch nicht besser ist: die Gasumlage. Die angepeilten 34 Milliarden Gesamteinnahmen gehen zu rund zwei Dritteln an den Uniper-Konzern, der bislang an den deutschen Gasimporten prächtig verdient hat, ohne dass jemand nach einer „Übergewinnsteuer“ gerufen hätte.

Das liegt wahrscheinlich daran, dass die Importe ja wegen der Energiewende dermaßen expandiert sind. Und wo Energiewende draufsteht, ist kein „Übergewinn“ groß genug. Davon profitieren auch die chinesischen Hersteller von Solaranlagen, die von deut-

schen Haushalten per Solarförderung himmlisch profitiert haben. Uniper gehört übrigens zu mehr als der Hälfte dem finnischen Staat, der uns gewiss sehr dankbar sein wird für den Milliardensegens aus Germanien.

Hört sich alles nicht so gut an und könnte irgendwann Ärger geben im Volk. Aber so weit sind wir noch nicht, solange Robert Habeck in den Umfragen als beliebtester Politiker abschneidet. Der Minister hüllt seinen faulen Zauber in so wunderschöne Auftritte, dass man ihn einfach lieben muss. Ein Problem ist da eher schon der Kanzler mit seinem Cum-Ex-Schatten. Scholz kann sich immer noch an nichts mehr erinnern, weiß aber hundertprozentig genau, dass alles, woran er sich nicht mehr erinnern kann, vollkommen korrekt abgelaufen ist. Wie das zusammenpasst? Sie sagen es: gar nicht. Damit ruht die moralische Autorität unseres Regierungschefs einzig und allein auf dem elften Gebot: „Du sollst Dich nicht erwischen lassen!“ Ein ziemlich wackeliges Podest. Und wenn die Politik an Cum Ex völlig unschuldig war, warum gibt es dann keine Disziplinarverfahren gegen beteiligte Beamte, die das ja dann aus eigenem Antrieb gemacht haben müssen? Fragen über Fragen.

Die man Scholz nicht stellen kann, weil er ja nichts mehr weiß, weshalb manche frechen Kommentatoren bereits die Frage nach der Diensttauglichkeit des Sozialdemokraten stellen. Kann ein derart zerstreuter Mensch die Regierung unseres Landes führen?

Derweil vergeht kaum ein Tag, ohne dass die Deutschen mit weiteren stimmungmachenden Nachrichten traktiert werden: Die Lufthansa kündigt an, die Zahl ihrer Flüge im Winterhalbjahr drastisch zusammenzuziehen. Betroffen seien vor allem innerdeutsche und innereuropäische Verbindungen.

Warum ausgerechnet die? Weil die Passagiere auf diesen Strecken auf andere Verkehrsmittel ausweichen könnten. Gemeint war wohl vor allem die Bahn. Hier zeigt sich: Die Lufthansa kennen die Realität auf unseren Schienen wirklich nur von ganz weit oben. Es herrscht jetzt schon Chaos. Nun hat die Bundesregierung auch noch beschlossen, wegen der Energiekrise Kohlezügen Vorrang vor Personenzügen zu geben, die warten sollen oder ganz ausfallen, wenn die Kohle vorbeifährt. So findet sich manch veränderter Flugreisender bald vergessen und verzweifelt auf einem Abstellgleis im kalten, dunklen Nirgendwo wieder. Welch Sinnbild für den Zustand Deutschlands.

Sie wissen zwar (immer noch) nicht, was sie tun. Sie ahnen aber, was dabei herauskommt: nichts Gutes



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de